

50Hertz Transmission GmbH – Heidestraße 2 – 10557 Berlin

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

50Hertz Transmission GmbH

TG
Netzbetrieb

Heidestraße 2
10557 Berlin

Datum
10.01.2022

Unser Zeichen
2021-005839-04-TG

Ansprechpartner/in
Frau Froeb

Telefon-Durchwahl
030/5150-3495

Fax-Durchwahl

E-Mail
leitungsauskunft@50hertz.com

Ihre Zeichen
30820 - wib/len

Ihre Nachricht vom
03.01.2022

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Christiaan Peeters

Geschäftsführer
Stefan Kapferer, Vorsitz
Dr. Dirk Biermann
Sylvia Borchering
Dr. Frank Golletz
Marco Nix

Sitz der Gesellschaft
Berlin

Handelsregister
Amtsgericht Charlottenburg
HRB 84446

Bankverbindung
BNP Paribas, NL FFM
BLZ 512 106 00
Konto-Nr. 9223 7410 19
IBAN:
DE75 5121 0600 9223 7410 19
BIC: BNPADEFF

USt.-Id.-Nr. DE813473551



1. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel - Bereich "Klimapark Steinhöfel"

Sehr geehrte Frau Lenke,

Ihr Schreiben haben wir dankend erhalten.

Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind.

Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung äußern wir uns als Leitungsbetreiber nicht.

Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.

Freundliche Grüße

50Hertz Transmission GmbH

Kretschmer

Froeb

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

AMT LEBUS

Der Amtsdirektor

Amt Lebus • Breite Straße 1 • 15326 Lebus



Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



Auskunft erteilt : Frau Bittelmann
Amt für Bürgerservice sowie Stadt-
und Gemeindeentwicklung

Sprechzeiten : Di 9.00 - 12.00 u. 13.00 - 18.00 Uhr
Do 8.30 - 12.30 Uhr

 k.bittelmann@amt-lebus.de

 033604 44565 Fax 033604 44513

Lebus, den 19.01.2022

- AZ: 31323 – 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Demnitz
- AZ: 31322 – 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Hasenfelde
- AZ: 31326 – 1. Änderung des Flächennutzungsplans für die Ortsteile Schönefelde / Gölsdorf
- AZ: 31320 – 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf
- AZ: 31321 – 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Arensdorf
- AZ: 31325 – 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Tempelberg
- AZ: 31324 – 2. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Steinhöfel

Anforderung einer Stellungnahme gemäß § 4 Absatz 1 BauGB

Stellungnahme Amt Lebus

Sehr geehrte Damen und Herren,

es sind, nach Prüfung der von Ihnen zur Verfügung gestellten Unterlagen zum o.g. Verfahren, keine unmittelbaren Auswirkungen auf die städtebauliche Ordnung und Entwicklung der amtsangehörigen Gemeinden des Amtes Lebus zu erkennen. Aus diesem Grund gibt es für die 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Demnitz, des Ortsteils Hasenfelde, der Ortsteile Schönefelde / Gölsdorf, des Ortsteils Heinersdorf, des Ortsteils Arensdorf, des Ortsteils Tempelberg sowie für die 2. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Steinhöfel keine Einwendungen oder Hinweise.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

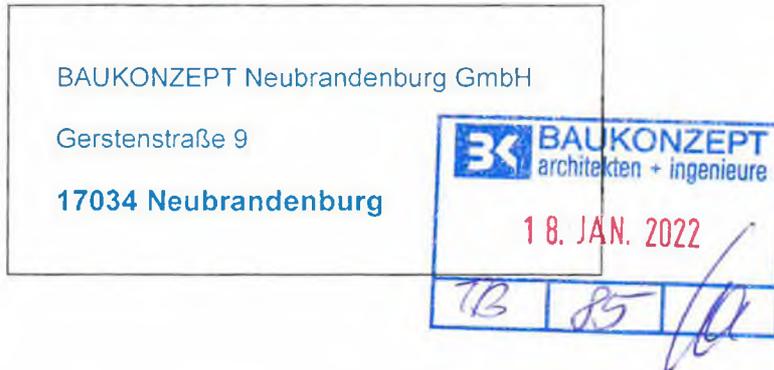
Katrin Bittelmann
Sachbearbeiterin
Bauverwaltung



Der Amtsdirektor

Bad Saarow | Diensdorf-Radlow | Langewahl | Reichenwalde | Wendisch Rietz

Amt Scharmützelsee | Forsthausstraße 4 | 15526 Bad Saarow



Gläubiger-ID: DE95AMT00000233678
Bearbeiter: Herr Passow
Telefon: (033631) 45 –154
Telefax: (033631) 45 –1815
E-Mail: Passow@amt-scharmuetzelsee.de
Amt: Bau- und Liegenschaftsamt
Aktenzeichen: 11-561-Stellungnahme TÖB „1. Änderung des Flächennutzungsplans“
Datum: 13. Januar 2022

Frühzeitige Beteiligung und Unterrichtung der Behörden nach § 4 (1) BauGB und der Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB an „1. Änderung des Flächennutzungsplans“ der Ortsteile Heinersdorf, Arensdorf, Hasenfelde, Demnitz, Tempelberg, Schönfelde/Gölsdorf des Amtes Odervorland

Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Gemeinde Langewahl

Aktenzeichen: 31320, 31321, 31322, 33123, 31325, 31326

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 03.01.2022 darf ich Ihnen mitteilen, dass die Gemeinde Langewahl keine Bedenken gegen die o.g. Planung erhebt.

Der Planung wird zugestimmt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Passow

SB Bau- und Liegenschaftsamt

Ines Wiehn

Von: Lenke, Lydia
Gesendet: Freitag, 11. Februar 2022 07:54
An: Schulz, Fanny-Maria
Betreff: WG: Stellungnahmen

Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Erledigt

Mit freundlichen Grüßen

Von: Nieswand, Franziska <nieswand@amt-schlaubetal.de>
Gesendet: Donnerstag, 10. Februar 2022 15:36
An: Info <Info@baukonzept-nb.de>
Betreff: Stellungnahmen

Sehr geehrte Damen und Herren,

hinsichtlich der,

1. Änderung des FNP Ortsteil Heinersdorf
 - B-Plan „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf“
 - B-Plan „Klimapark Steinhöfel, OT Schönfelde/Gölsdorf“
1. Änderung des FNP für OT Schönfelde/Gölsdorf
 - B-Plan „Klimapark Steinhöfel, OT Tempelberg
 - 1.Änderung des FNP des Ortsteils Tempelberg
 - 1.Änderung des FNP des Ortsteils Arensdorf
 - B-Plan „Klimapark Steinhöfel, OT Arensdorf
2. Änderung des FNP des OT Steinhöfel
 - B-Plan „Klimapark Steinhöfel, OT Steinhöfel
 - B-Plan „Klimapark Steinhöfel, OT Neuendorf im Sande“
 - 1.Änderung des FNP des OT Demnitz
 - B-Plan „Klimapark Steinhöfel, OT Demnitz
 - B-Plan „Klimapark Steinhöfel, OT Hasenfelde“
 - 1.Änderung des FNP des OT Hasenfelde“

haben wir keinerlei Einwendungen.

Bei Fragen stehe ich Ihnen unter der folgenden Rufnummer zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Franziska Nieswand
Amt Schlaubetal
-SB Bauamt-
Bahnhofstraße 40

15299 Müllrose
Tel.: 033606/ 899 35
Fax: 033606/ 899 33

Internet: www.amt-schlaubetal.de



Die personenbezogenen E-Mail-Adressen und die der Fachämter des Amtes Schlaubetal dienen nur dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.

Für rechtsverbindliche Erklärungen und Anträge, die nach geltendem Recht der Schriftform bedürfen und durch ein elektronisches Dokument in Verbindung mit einer qualifizierten elektronischen Signatur ersetzt werden könnten, ist folgende E-Mailadresse eingerichtet: elpost@amt-schlaubetal.de.

Die Rahmenbedingungen für die elektronische Kommunikation finden Sie unter: www.amt-schlaubetal.de/impressum.

Schulz, Fanny-Maria

Von: Mettke, Denise <D.Mettke@amt-seelow-land.de>

Gesendet: Mittwoch, 5. Januar 2022 11:21

An: Info <Info@baukonzept-nb.de>

Betreff: 31320, 30810

Sehr geehrter Herr Meißner,

ich wünsche Ihnen ein frohes & gesundes neues Jahr 2022!

Die Gemeinden Falkenhagen (M.), Lietzen und Vierlinden haben keine Einwendungen bzw. Anmerkungen oder Hinweise zu ihren o.g. Vorhaben.

Mit freundlichem Gruß

i.A. Denise Mettke
Sachbearbeiterin Bauplanung

Amt Seelow-Land
Abt. III - Bauamt
Küstriner Str. 67
15306 Seelow

Tel.: 03346-804937
Fax: 03346-88805
Web: www.amt-seelow-land.de



LAND BRANDENBURG

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
OT Wünsdorf, Wünsdorfer Platz 4-5 D-15806 Zossen

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



Brandenburgisches Landesamt
für Denkmalpflege und
Archäologisches Landesmuseum
Abteilung Denkmalpflege

OT Wünsdorf
Wünsdorfer Platz 4-5
D-15806 Zossen
Dezernat Praktische Denkmalpflege
Bearbeiterin: Wiesner
Telefon: 03 37 02 / 211 13 40
Durchwahl: 03 37 02 / 211 12 00
Telefax: 03 37 02 / 211 12 02
E-mail: sarah.wiesner@bldam-brandenburg.de
Internet: www.denkmalpflege.brandenburg.de

Zossen, den 01.02.2022

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

2.00 -

Landkreis Oder-Spree, 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Orts- teils Heinersdorf

Beteiligung am 03.01.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Denkmalpflege, nimmt als Träger öffentlicher Belange gem. § 1 Abs. 5 Ziff. 5 BauGB unter Hinweis auf das BbgDSchG vom 24.05.2004 als zuständige Denkmalfachbehörde wie folgt Stellung:

Gemäß § 19 Abs. 1 BbgDSchG sind einem Antrag alle für die Beurteilung des Vorhabens und die Bearbeitung des Antrags erforderlichen Unterlagen, wie Pläne, Dokumentationen, Bestandsuntersuchungen, Fotografien oder Gutachten usw., beizufügen. Leider fehlen dem Flächennutzungsplanentwurf für eine Beurteilung möglicher Auswirkungen des Vorhabens auf das Erscheinungsbild betroffener Denkmale jegliche Grundlagen.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes betrifft die Umgebung folgender Gartendenkmale:

- Behlendorf, Gutsanlage mit Park
- Heinersdorf, Gutsanlage mit Herrenhaus, ehemaligem Inspektorenhaus, Speicher, Scheune, Kuhstall, Pferdestall, Remise, Untergeschoss mit Inschriftenteilen und Erweiterungsbau der ehemaligen Schmiede, Brennerei mit Speicher und Transformatorenturm, Torpfeilern, Hof- und Straßenpflasterung sowie Gutspark
- Jahnsfelde, Gutshaus und Gutspark

- Lietzen-Nord, Gesamtanlage der Komturei Lietzen mit Komtureikirche, Herrenhaus, Park, Umfassungsmauer, Mühlengebäuden und Speicher
- Müncheberg, Jüdischer Friedhof
- Steinhöfel, Historische Ortslage Steinhöfel mit Schlossanlage und der den Park erweiternden Feld-, Wiesen- und Waldflur
- Steinhöfel, Schloss und Schlosspark mit Bibliotheksgebäude im Park
- Trebnitz, Gutsanlage mit Herrenhaus, Ehrenhof und Park sowie Wohn- und Wirtschaftsgebäuden

Bestandteil des Kunstwertes von Gartendenkmalen ist oftmals der Ausblick weit in eine von Wiesenauen und landwirtschaftlichen Nutzflächen geprägte reizvolle Landschaft, deren ästhetische Wirkung sich aus deren Unberührtheit ergibt. Im Sinne einer "ornamented Farm" wurde die bis an Gutshäuser heranreichende Wiesenauenlandschaft in das künstlerische Gesamtkonzept von Gutsanlagen einbezogen.

Da denkmalpflegerische Belange durch die Errichtung von Photovoltaikanlagen nicht ausgeschlossen werden können und der Umgebungsschutz von städtebaulich bzw. räumlich stark wirksamen Bau-, und technischen Denkmalen im Sinne von § 2 (3) BbgDschG, sowie die besondere Eigenart historischer Kulturlandschaften im Sinne von §1 (15) BbgNatSchG u.U. betroffen sein können, ist der Antrag noch nicht beurteilungsfähig. Die Auswirkungen der vorliegenden Planung auf Substanz und Erscheinungsbild des Denkmals sind durch ein gartendenkmalpflegerisches Fachbüro zu untersuchen. Gutachten müssen, ausgehend von dem jeweiligen Denkmalwert und den äußeren Rahmenbedingungen, wie beispielsweise der Topographie, eine denkmalfachliche Untersuchung einschließlich einer Sichtfeldanalyse enthalten. Die Basis für die Beurteilung der Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes oder der Substanz eines Gartendenkmals bildet dabei die gartendenkmalpflegerische Zielstellung, also der anzustrebende Zustand, den das Gartendenkmal optimal annehmen sollte, und nicht der Bestand, bei dem z.B. gartenkünstlerisch bedeutende Sichten durch eine aktuelle unzureichende Pflege gestört sind.

Baudenkmale und technische Denkmale, die eine starke Ortsbildprägende Fernwirkung als Teil einer Kulturlandschaft gem. §1 BbgNatSchG haben und im Sinne des Umgebungsschutzes von der Maßnahme betroffen sein können wie z.B. Kirchtürme oder Schornsteine, sind in diese Untersuchung miteinzubeziehen. In diesem Zusammenhang wird auf das hilfreiche Arbeitsblatt Nr.51 „Raumwirkung von Denkmälern und Denkmalensembles“ (Online verfügbar unter <https://www.vdl-denkmalpflege.de>) der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger hingewiesen, welche zu prüfende Kriterien bei der Untersuchung der Genehmigungsfähigkeit von städtebaulich wirksamen Bauvorhaben genauer definiert.

Wir empfehlen, vor Beginn der für das Antragsverfahren obligatorischen Untersuchungen in einer gemeinsamen Abstimmung mit den Denkmalbehörden die konkreten Aufgabenstellungen für die betroffenen Denkmale zu präzisieren, um im Interesse aller Beteiligten schnellstmöglich zu optimalen Ergebnissen zu kommen.

2. Hinweis

Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass die Denkmalliste des Landes Brandenburg fortgeschrieben wird.

3. Hinweis

Da bei dem Vorhaben Belange der Bodendenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Haus ggf. eine weitere Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

i.V. 

Haiko Türk

Dezernatsleiter

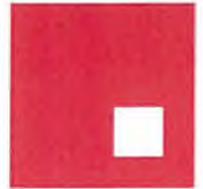
Verteiler:

Abteilung Bodendenkmalpflege

Untere Denkmalschutzbehörden der Landkreise LOS



LAND BRANDENBURG



Brandenburgischer Landesbetrieb
für Liegenschaften und Bauen

Geschäftsbereich Facilitymanagement

Postadresse: Müllroser Chaussee 48
15236 Frankfurt (Oder)

Dienstsitz: Müllroser Chaussee 50
15236 Frankfurt (Oder)

Bearb.: Herr Göran Meusel

Gesch.-Z.: FM LM Me VV2500 LOS

Telefon: 0335 60676-9829

Fax: 0335 60676-9830

Goeran.Meusel@blb.brandenburg.de

BLB | Müllroser Chaussee 48 | 15236 Frankfurt (Oder)

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



Potsdam, 1. Februar 2022

**Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf“ und 1. Änderung des
Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel**

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB

Ihre Schreiben vom 03.01.2022, Az.: 30810-, 31320 – wib/len

A. Allgemeine Angaben:

Stadt / Gemeinde / Amt: Steinhöfel OT Heinersdorf
 Flächennutzungsplan: 1. Änderung
 Bebauungsplan: Klimapark Steinhöfel,
OT Heinersdorf
 Planfeststellung:
 Klarstellungs- und Ergänzungssatzung
 Sonstiges

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange:

Brandenburgischer Landesbetrieb
für Liegenschaften und Bauen
Liegenschaftsmanagement
Müllroser Chaussee 48
15236 Frankfurt (Oder)

Telefon: (03 35) 60676 – 9829
Telefax: (03 35) 60676 – 9830
Bearbeiter: Herr Meusel
AZ. FM LM Me-VV2012 LOS

Keine Äußerung

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können

(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

1. Einwendungen:

.....
.....

2. Rechtsgrundlage:

.....
.....

3. Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen):

.....
.....

Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angaben des Sachstandes und des Zeitrahmens:

.....
.....

Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu den o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit der Begründung und Rechtsgrundlage:


Goran Meusel

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Fontainengraben 200 • 53123 Bonn

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Frau Lenke
Gerstenstr. 9
17034 Neubrandenburg

Nur per E-Mail lenke@baukonzept-nb.de

Aktenzeichen	Ansprechperson	Telefon	E-Mail	Datum,
45-60-00 / K-VII-5-22	Herr Schmidt	0228 5504- 4575	baiudbwtoeb@bundeswehr.org	04.01.2022

Anforderung einer Stellungnahme;

BETREFF 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel
hier: Beteiligung als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
BEZUG Ihr Schreiben vom 03.01.2022 - Ihr Zeichen: 31320 - wib/len

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.



BUNDESAMT FÜR
INFRASTRUKTUR,
UMWELTSCHUTZ UND
DIENSTLEISTUNGEN DER
BUNDESWEHR

REFERAT INFRA I 3

Fontainengraben 200
53123 Bonn
Postfach 29 63
53019 Bonn

Tel. + 49 (0) 228 55044575
Fax + 49 (0) 228 55489-5763

WWW.BUNDESWEHR.DE

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Schmidt

Allgemeine Information: Im Zuge der Digitalisierung bitte ich Sie, Ihre Unterlagen in digitaler Form(E-Mail /Internetlink) bereitzustellen und an den Organisationsbriefkasten BAIUDBwToeB@bundeswehr.org zu senden. Diese Vorgehensweise führt zu einer effizienten Arbeitsweise und schont die Umwelt. Sollte dies nicht möglich sein, bitte ich um Übersendung als Datenträger (CD, DVD, USB-Stick).
Postalisch übermittelte Antragsunterlagen werden nur auf ausdrücklichen Wunsch zurückgesandt.

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

INFRASTRUKTUR



BVVG
Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

10437 Berlin, Schönhauser Allee 120 · Telefon: 030/4432-0
Fax: 030/4432-1215 · Internet: www.bvvg.de

BVVG Berlin/Brandenburg/Sachsen · Schönhauser Allee 120 · 10437 Berlin

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



BVVG Niederlassung
Berlin/Brandenburg/Sachsen
Schönhauser Allee 120
10437 Berlin

Gruppe
VV2

Ihr Gesprächspartner
Benjamin Wirthgen

Aktenzeichen

Telefon 030-4432 1433 Fax 030-4432 2250

E-Mail
wirthgen.benjamin@bvvg.de

Datum
18. Jan. 2022

Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf“
1. Änderung des Flächennutzungsplans des OT Heinersdorf
Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
Az.: 30810/31320 – wib/len
Schreiben vom 03.01.2022

Sehr geehrter Herr Meißner,

für die Informationen zu o. g. Vorhaben bedanken wir uns. Zu den zugeschickten bzw. im Internet bereitgestellten Unterlagen nehmen wir wie folgt Stellung:

Belange der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) werden durch die Planung nicht berührt.

Von weiteren Beteiligungen im Rahmen des Aufstellungsverfahrens bitten wir abzusehen, sofern damit nicht eine erhebliche Ausweitung des Geltungsbereichs verbunden ist.

Freundliche Grüße


Tamino Claus
Gruppenleiter VV1



Benjamin Wirthgen
SPE-Referent

31320

Deutscher Wetterdienst
Wetter und Klima aus einer Hand



Deutscher Wetterdienst - Postfach 60 05 52 - 14405 Potsdam

Finanzen und Service

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

Ansprechpartner:
Carsten Schneider
Telefon:
069 8062 5171
E-Mail:
Carsten.Schneider@dwd.de

Geschäftszeichen:
PB24PD/07.63.07/
004-2022
Fax:
069/8062-11919

UST-ID: DE221793973



Potsdam, 24. Januar 2022

Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange

1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Ihr Schreiben vom 03.01.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) bedanke ich mich für die Beteiligung als Träger öffentlicher Belange am Genehmigungsverfahren zur 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel und nehme hierzu wie folgt Stellung.

Das geplante Vorhaben beeinträchtigt nicht den öffentlich-rechtlichen Aufgabenbereich des Deutschen Wetterdienstes.

Deshalb werden dagegen keine Einwände erhoben.

Sofern Sie für Vorhaben in Ihrem Einzugsgebiet amtliche klimatologische Gutachten für die Landes-, Raum- und Städteplanung, für die Umweltverträglichkeit (UVP) o. ä. benötigen, können Sie diese bei uns in Auftrag geben bzw. Auftraggeber in diesem Sinne informieren.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner des DWD gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Leifheit
Leiter Verwaltungsbereich Ost



www.dwd.de

Dienstgebäude: Güterfelder Damm 87-91 – 14532 Stahnsdorf, Tel. 069 8062 5171
Konto: Bundeskasse Trier - Deutsche Bundesbank Saarbrücken - IBAN: DE81 5900 0000 0059 0010 20, BIC: MARKDEF 1590
Der Deutsche Wetterdienst ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr
Das Qualitätsmanagement des DWD ist zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2015 (Reg.-Nr. 10700719 KPMG)





Die Autobahn Nordost

Die Autobahn GmbH
des Bundes

Niederlassung Nordost
An der Autobahn 111
16540 Hohen Neuendorf

T: +49 3302 804-0

F: +49 3302 804-1391

E: nordost@autobahn.de

www.autobahn.de

Die Autobahn GmbH des Bundes · An der Autobahn 111 · 16540 Hohen Neuendorf

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

30810 bis 30817 – wib/len, C5-KM,

03.01.2022

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Name, Durchwahl

Karsten Mausolf, -1421

Datum

09.12.2021

- Stellung*
- Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, Ortsteil Ahrensdorf“ (SO)
 - Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, Ortsteil Demnitz“ (SO)
 - Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, Ortsteil Göhlsdorf“ (SO)
 - Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, Ortsteil Hasenfelde“ (SO)
 - Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, Ortsteil Heinersdorf“ (SO)
 - Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, Ortsteil Neuendorf im Sande“ (SO)
 - Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, Ortsteil Steinhöfel“ (SO)
 - Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, Ortsteil Tempelberg“ (SO)
- einschließlich entsprechender Änderungsverfahren des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Steinhöfel, Landkreis Märkisch-Oderland

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vorgelegten Planunterlagen zum o. g. Vorhaben wurden geprüft. Aus der Sicht der Autobahnverwaltung ergeht dazu folgende Stellungnahme.

Der Geltungsbereich der o. g. Bebauungspläne befindet sich nördlich der Autobahn (A) 12 in einem minimalen Abstand von etwa 2 km zur befestigten Fahrbahn. Daher ergeben sich aus heutiger Sicht keine Berührungspunkte zwischen den o. g. Bauleitplanverfahren und den Autobahnplanungen der Niederlassung Nordost der Autobahn GmbH des Bundes. Eine Beteiligung der Autobahnverwaltung im weiteren Planverfahren zu diesem Vorhaben ist nicht mehr erforderlich.

Sollten künftig Planungen in der Nähe von Autobahnen vorgenommen werden, ist das Baugesetzbuch hinsichtlich der Beteiligung Träger öffentlicher Belange zu beachten. Ferner sind die Festlegungen des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007, BGBl. I S. 1206, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Mai 2021, BGBl. I, Nr. 27, S. 1221, einzuhalten. Gemäß § 9 Abs. 1 und 2 FStrG sind

- die Errichtung von Hochbauten jeder Art bis 40,0 m neben Bundesautobahnen, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, untersagt sowie

Geschäftsführung

Stephan Krenz (Vorsitzender)

Gunther Adler

Anne Rethmann

Aufsichtsratsvorsitz

Dr. Michael Güntner

Sitz

Berlin

AG Charlottenburg

HRB 200131 B

Steuernummer

30/260/50246

Bankverbindung

UniCredit Bank

IBAN

DE10 1002 0890 0028 7048 95

BIC HYVEDEMM488



**Die
Autobahn**
Nordost

- die Errichtung, Änderung oder veränderte Nutzung von baulichen Anlagen bis jeweils 100,0 m neben Bundesautobahnen zustimmungspflichtig.

Mit freundlichen Grüßen

Reimund Griesche
Abteilungsleiter

Karsten Mausolf
Sachbearbeiter

Stellungnahme zu Belangen des Anlagenschutzes (§18a LuftVG)

Datum: 31.01.2022
SIS/ND Aktenzeichen: V202200087

Bezeichnung der Maßnahme: Gemeinde Steinhöfel: Bebauungsplan "Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf" sowie 1. Änderung des FNP

Art der Maßnahme: Bebauungsplan

Bauherr:

Name:
Adresse:
E-Mail:

Anfrage von:

Aktenzeichen: 30810 / 31320 - wib/len

Datum: 03.01.2022

Name: BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH

Adresse: Gerstenstraße 9, 17034 Neubrandenburg

E-Mail: info@baukonzept-nb.de

Objekt:

Planversion:
Plandatum:
Dauer: unbefristet

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die oben aufgeführte Planung werden Belange der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH bezüglich §18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) nicht berührt. Es werden daher unsererseits weder Bedenken noch Anregungen vorgebracht. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht notwendig.

Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder gemäß § 31 LuftVG unberührt.

Wir haben das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) von unserer Stellungnahme informiert.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Dr. Peter Heßler
Satelliten- und Technische Dienste
Systems & Infrastructure Services

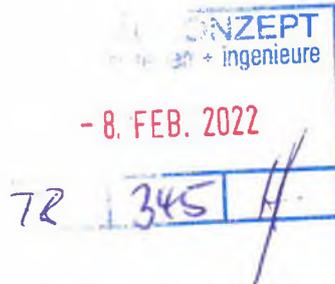
i. A. Rico Kuchenbecker
Satelliten- und Technische Dienste
Systems & Infrastructure Services

(Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.)

E.DIS Netz GmbH, Langewahler Straße 60, 15517 Fürstenwalde/Spree

Baukonzept
Neubrandenburg GmbH

Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



1. Änderung des FNP des Ortsteils Heinersdorf und Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf“

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 03. Januar 2022 und teilen Ihnen mit, dass vorbehaltlich weitere Abstimmungen zur Sicherung unseres vorhandenen Anlagenbestandes gegen die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes keine Bedenken bestehen.

Unseren aktuellen Bestand haben Sie bereits per Mail erhalten, diesen bitten wir bei konkreten Planungen zu berücksichtigen und die Abstände bei Näherungen einzuhalten. Hier betrifft es u.a. die im Plangebiet 1 von Südost nach Nordwest querende 20KV Leitung.

Ein Schutzstreifen im Bereich unserer Kabelanlagen von 2,5m ist vorzusehen. Eine ständige Zugänglichkeit zu unseren Anlagen muss sichergestellt sein. Ebenfalls müssen unsere Trassen auch mit Technik (Fahrzeugen/Bagger) befahrbar bleiben.

Vor Baubeginn ist eine aktuelle Leitungsauskunft rechtzeitig bei den zuständigen Regionalstandorten unseres Unternehmens einzuholen.

Zu den Einspeisepunkten zur Fortleitung der regenerativ erzeugten Energie geben wir in dieser Stellungnahme keine Auskunft. Es kann jedoch aufgrund dessen ein Netzausbau auch außerhalb der Grenzen der o.g. Pläne erforderlich sein.

Freundliche Grüße

i.A. 
Daniel Bollert

i.A. 
Patrick Streichan

E.DIS Netz GmbH

Langewahler Straße 60
15517 Fürstenwalde/Spree

www.e-dis-netz.de

Ihr Ansprechpartner

Patrick Streichan
Verteilnetze Bau/Betrieb
Netzregion Dahme-Oderland

T +49 33 61-77 73-1 65

F +49 33 61-77 73-1 80

patrick.streichan@e-dis.de

Unser Zeichen: NV-OD-B

Datum

2. Februar 2022

Bankverbindung
Deutsche Bank AG
Fürstenwalde/Spree
IBAN DE75 1207
0000 0254 5515 00
BIC DEUTDE33110000

Gläubiger-ID
DE62ZZZ00000175587

Sitz: Fürstenwalde/Spree
Amtsgericht Frankfurt (Oder)
HRB 16068
St.Nr. 061 108 06416
USt-IdNr. DE285351013

Geschäftsführung
Stefan Blache
Andreas John
Michael Kaiser



E.DIS Netz GmbH Langewahler Straße 60 15517 Fürstenwalde/Spree

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Lydia Lenke
Gerstenstr. 9

17034 Neubrandenburg

E.DIS Netz GmbH

MB Fürstenwalde
Langewahler Straße 60
15517 Fürstenwalde/Spree
www.e-dis-netz.de

T +49 3361-7773-167

EDI_Betrieb_Fuerstenwalde@e-dis.de

Fürstenwalde/Spree, den 18.01.2022

Spartenauskunft: 0424782-EDIS in Steinhöfel Tempelberger Weg 4

Anfragegrund: Stellungnahme & TöB **Projektname:** 1. Änderung des FNP's des OT

Erstellt am: 18.01.2022 **Projektzusatz:**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersenden wir Ihnen die gewünschte Spartenauskunft.

Im Bereich Ihrer Spartenanfrage befinden sich Versorgungsanlagen der E.DIS Netz GmbH.

Das rot umrandete Gebiet auf den Plänen stellt den Anfragebereich dar.

Folgende Planauszüge und sonstige Dokumente wurden übergeben:

Sparte	Spartenpläne ausgegeben	Sicherheitsrel. Einbauten	Sperrflächen	Leerauskunft
Gas:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Strom-BEL:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Strom-NS:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Strom-MS:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Strom-HS:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Telekommunikation:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Fernwärme:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Dokumente				
Indexplan:	<input checked="" type="checkbox"/>	Vermessungsdaten:		<input type="checkbox"/>
Gesamtmedienplan:	<input checked="" type="checkbox"/>	Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen:		<input checked="" type="checkbox"/>
Skizze:	<input checked="" type="checkbox"/>			

Bitte beachten Sie hierzu die Bestätigung über erfolgte Planauskunft / Einweisung, insbesondere die Informationen zu 'Örtliche Einweisung / Ansprechpartner' auf Seite 3, die 'Besonderen Hinweise' auf Seite 4, das Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen und die beigefügten Pläne.

Freundliche Grüße
E.DIS Netz GmbH
MB Fürstenwalde

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift gültig.

1/4

Geschäftsführung:
Stefan Blache
Andreas John
Michael Kaiser

Sitz: Fürstenwalde/Spree
Amtsgericht Frankfurt (Oder)
HRB 16068
St.Nr. 061 108 06416
Ust.Id. DE285351013
Gläubiger Id: DE62ZZZ00000175587

Deutsche Bank AG
Fürstenwalde/Spree
IBAN DE75 1207 0000 0254 5515 00
BIC DEUTDE33HAN

Commerzbank AG
Fürstenwalde/Spree
IBAN DE52 1704 0000 0650 7115 00
BIC COBADE33HAN



Bestätigung über erfolgte Planausgabe / Einweisung

Achtung:

Arbeiten in der Nähe von Strom- und Gasverteilungsanlagen sind mit Lebensgefahr verbunden!!

Für das Bauvorhaben 0424782-EDIS, Steinhöfel Tempelberger Weg 4
genaue Bezeichnung: Ort, Straße, Hausnummer, bzw. Leitungsabschnitt oder zwischen Hausnummern

Stellungnahme & TöB, Sonstiges 10.02.2022
auszuführende Arbeiten voraussichtlicher Beginn der Arbeiten

wurde Herr/Frau Lydia Lenke Tel.: +49 (0) 395 / 42559-37 /

Beauftragter der Firma Baukonzept Neubrandenburg GmbH

Anschrift 17034 Neubrandenburg, Gerstenstr. 9
Ort, Straße, Hausnummer

über den Gefährdungsbereich nachstehender Verteilungsanlagen (hierzu gehören z. B. Rohrleitungen, Stationen, elektrische Freileitungen und Kabel, Armaturen, Anlagen für den Kathodenschutz, Steuer - und Messkabel, Erdungsanlagen u. a.) im Baustellenbereich eingewiesen.

Auskünfte über Verteilungsanlagen, die sich nicht im Eigentum des Netzbetreibers befinden, müssen bei den zuständigen Netzbetreibern (Übertragungsnetzbetreiber, Stadtwerke, Wasserzweckverbände, private Eigentümer, ...) eingeholt werden.

Eventuell kann die Gemeinde über weitere Versorgungsträger Auskunft erteilen.

Die Einweisung erfolgte mittels Aushändigung von Plänen (mit Übergabedatum).

Die Weitergabe an Dritte ist nicht erlaubt!

Für die Lagerichtigkeit der in den ausgegebenen Plänen eingezeichneten Anlagen, Kabel, Rohrleitungen und Neben-/Hilfseinrichtungen, insbesondere für Maßangaben, übernimmt der Netzbetreiber keine Gewähr.

Bei Arbeiten im Gefährdungsbereich (Nieder- und Mittelspannung 2m, Hochspannung 6m) von Verteilungsanlagen ist der genaue Verlauf, insbesondere die Tiefe, durch Graben von Suchschlitzen in Handschachtung oder in leitungsschonender Arbeitstechnik, wie z.B. der Einsatz eines Saugbaggers, festzustellen.

Bei Unklarheiten ist in jedem Fall Kontakt mit dem zuständigen Kundencenter/Standort des Netzbetreibers aufzunehmen.

Außerdem sind die Informationen zu "**Örtliche Einweisung / Ansprechpartner**" (Seite 3), die "**Besonderen Hinweise**" (Seite 4), das "**Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen**" sowie die spartenspezifischen Verhaltensregeln besonders zu beachten.

Die übergebenen/empfangenen Pläne sind gut lesbar und entsprechen dem nachgefragten Gebiet.

Die übergebenen/empfangenen Pläne geben den Zustand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauarbeiten aktuelle Pläne vor Ort vorliegen.

Kontaktadresse /
Meisterbereich E.DIS Netz GmbH, Fürstenwalde/Spree +49 3361-7773-167
Telefon

Spartenauskunft: 0424782-EDIS, Steinhöfel Tempelberger Weg 4



Örtliche Einweisung / Ansprechpartner

Örtliche Einweisung notwendig

Vorgehensweise bei einer örtlichen Einweisung:

Für die Vereinbarung des Einweisungstermins setzen Sie sich bitte mit dem zuständigen Ansprechpartner in Verbindung. Die Durchführung des Einweisungstermins muss auf diesem Formular durch die Unterschrift der E.DIS Netz GmbH und Ihrem Unternehmen bestätigt werden.

Termin durchgeführt am

Unterschrift EDIS Netz GmbH

Unterschrift Unternehmen

Vor Baubeginn ist eine Abstimmung erforderlich

Im Bereich des Vorhabens befinden sich Telekommunikationsanlagen (Rohranlagen/ Kabel) in Planung/ im Bau. Vor Baubeginn ist eine Abstimmung mit der e.discom Telekommunikation GmbH erforderlich. Bitte wenden sie sich an Tel.: +49 331 9080 2490 oder e-mail: disposition@ediscom.net.

Für Rückfragen steht Ihnen gern zur Verfügung:

Standort Fürstenwalde

Langewahler Straße 60

15517 Fürstenwalde/Spree

E-Mail: EDI_Betrieb_Fuerstenwalde@e-dis.de

Stromversorgungsanlagen: +49 3361 7773-167

Gasversorgungsanlagen: -

Kommunikationsanlagen: +49 331 9080 3000

Hochspannungsanlagen: +49 15254700407 +49 1732695463

(wenn nicht erreichbar: bitte folgende Nummer kontaktieren: +49 3361 7332333)

Standort Seelow

Moerser Straße 5

15306 Seelow

E-Mail: EDI_Betrieb_Fuerstenwalde@e-dis.de

Stromversorgungsanlagen: +49 3346 8839-167

Gasversorgungsanlagen: -

Kommunikationsanlagen: +49 331 9080 3000

Hochspannungsanlagen: +49 15254700407 +49 1732695463

(wenn nicht erreichbar: bitte folgende Nummer kontaktieren: +49 3361 7332333)

Vor dem Beginn der Arbeiten, muss eine weitere Auskunft bei der E.DIS Netz GmbH eingeholt werden, falls irgendeine Ungewissheit hinsichtlich der Leitungsführung besteht oder die Arbeiten nicht umgehend ausgeführt werden. Übergebene Bestandspläne bzw. Kopien dieser sowie diese "Bestandsplan-Auskunft" müssen bei der bauausführenden Firma vor Ort vorliegen.

Spartenauskunft: 0424782-EDIS, Steinhöfel Tempelberger Weg 4



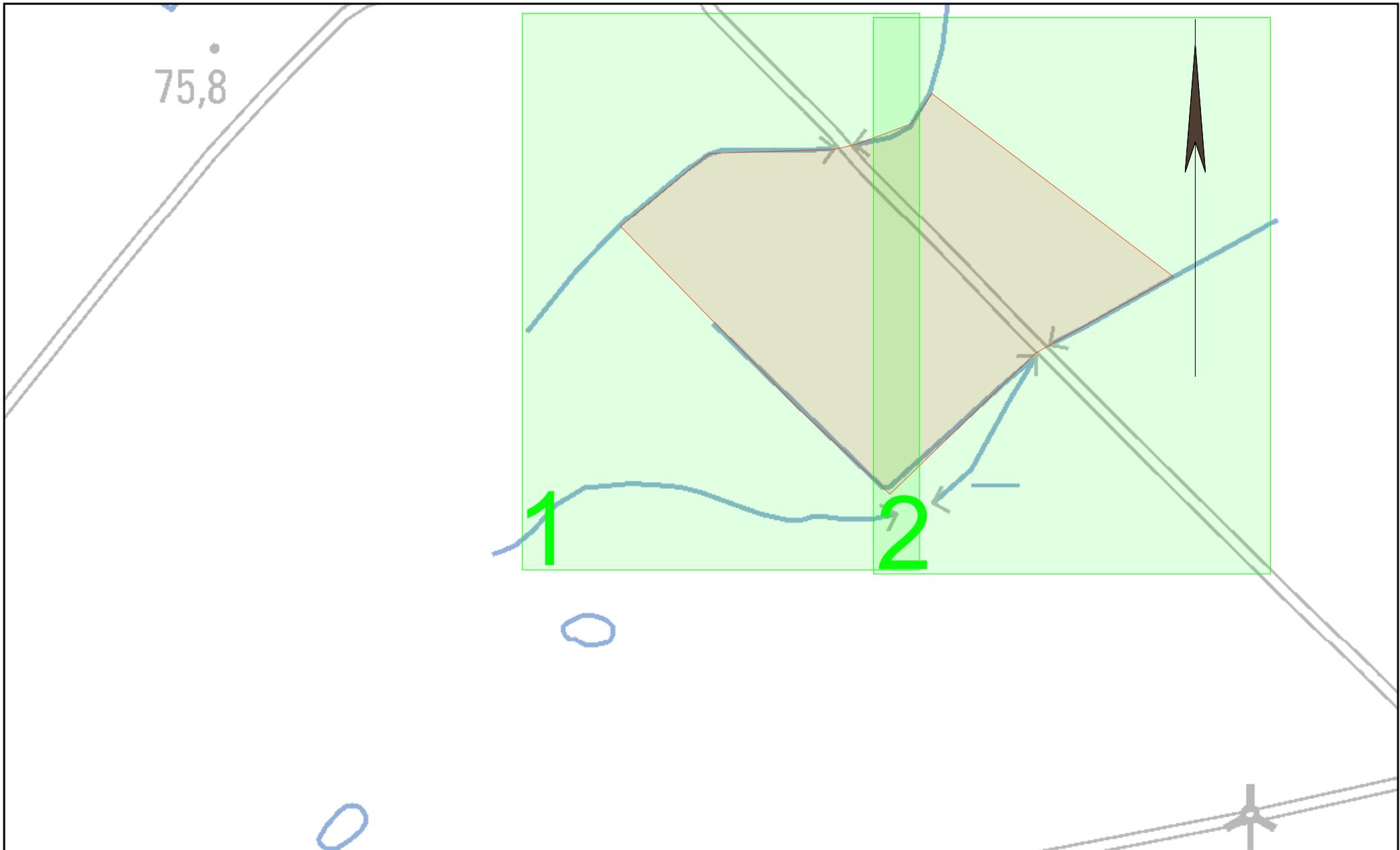
Besondere Hinweise:

Fürstenwalde/Spree, den 18.01.2022

Ort, Datum

Spartenauskunft: 0424782-EDIS, Steinhöfel Tempelberger Weg 4

4/4



Die Karte ist Eigentum der E.DIS Netz GmbH.
 Sie ist nur für den internen Verwendungszweck zu nutzen
 und muss datensicher entsorgt werden.
 Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

1:5234

Kartenname: Index
 Anfragenummer: 0424782-EDIS
 Plannummer:
 zuständig: MB Fürstenwalde
 Ausgabedatum: 18.01.2022

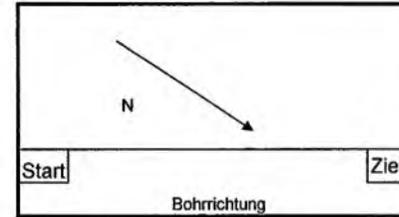
Ort/Ortsteil: Steinhöfel
 Straße: Tempelberger Weg 4

- Farblegende**
- Strom-HS
 - Strom-MS
 - Strom-NS
 - Fernmelde
 - Gas-HD
 - Gas-MD
 - Gas-ND
 - Straßenbel.

Bohrprotokoll

Auftraggeber: eon / e.dis
 Bauleiter: V. Richter

Datum: 11.07.2007
 Kst.: 3037432
 Bohrung-Nr.: 1





Bohlen & Doyen
 Bauunternehmung GmbH

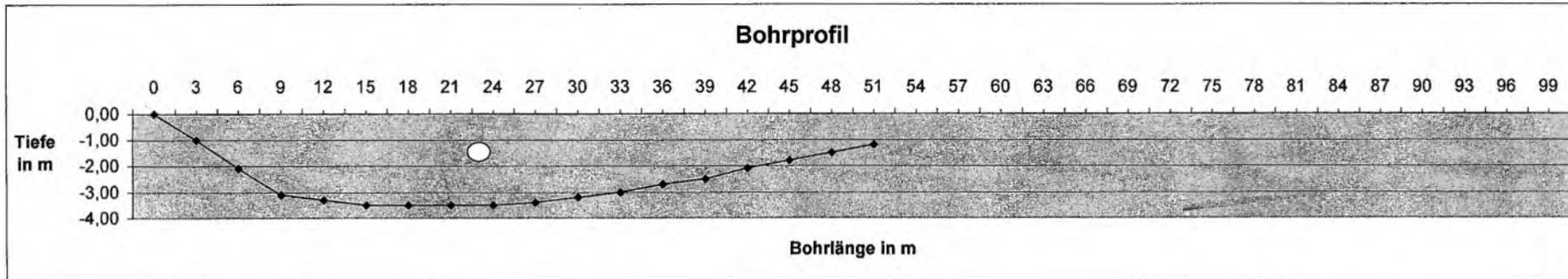
Bohlen & Doyen Bauunternehmung GmbH
 Gewerbeparkring 17
 15 299 Müllrose
 Tel. : 033606 / 889-0
 Fax: 033606 / 889-39

Ort: Heinersdorf
 Bohrstrecke von: DL Querung
 Medienrohr: 1 x KSR 140 x 14,6
 Bohrmanschaft: Pfende/Möwe
 Bohranlage Typ: Ditch Witch

Pilotbohrung Länge : 51,00 m Tiefe am Bohrende: 1,20 m

Lfd. Meter	0	3	6	9	12	15	18	21	24	27	30	33	36	39	42	45	48	51	54	57	60	63	66	69	72	75	78	81	84	87	90	93	96	99			
Tiefe in m	0,00	-1,00	-2,10	-3,10	-3,30	-3,50	-3,50	-3,50	-3,50	-3,40	-3,20	-3,00	-2,70	-2,50	-2,10	-1,80	-1,50	-1,20																			

Durchlass \varnothing 600



Unterschrift Bohrleiter

Signature

Unterschrift Vertreter des AG

Bohrprotokoll

Auftraggeber: eon / e.dis

Datum: 12.07.2007

Bauleiter: V. Richter

Kst.: 3037432

Bohrung-Nr.: 2

Ort: Heinersdorf

Bohrstrecke von: Querung eines d 600 DL

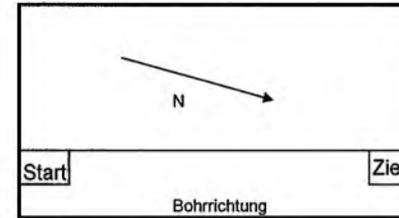
Medienrohr: 1 x KSR 140 x 14,6

Bohrmannschaft: Pfende/Krüger

Bohranlage Typ: Ditch Witch

Pilotbohrung Länge: 51,00 m

Tiefe am Bohrende: 1,20 m



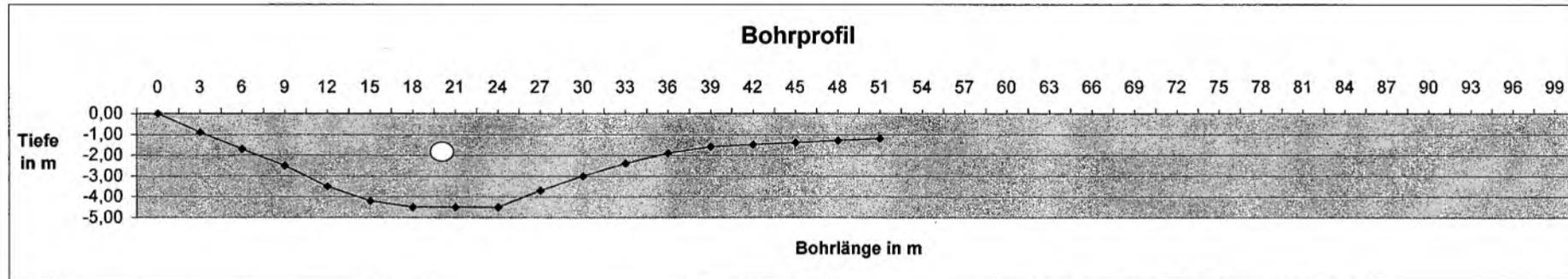


Bohlen & Doyen
Bauunternehmung GmbH

Bohlen & Doyen Bauunternehmung GmbH
Gewerbeparkring 17
15 299 Müllrose
Tel. : 033606 / 889-0
Fax: 033606 / 889-39

Lfd. Meter	0	3	6	9	12	15	18	21	24	27	30	33	36	39	42	45	48	51	54	57	60	63	66	69	72	75	78	81	84	87	90	93	96	99		
Tiefe in m	0,00	-0,90	-1,70	-2,50	-3,50	-4,20	-4,50	-4,50	-4,50	-3,70	-3,00	-2,40	-1,90	-1,60	-1,50	-1,40	-1,30	-1,20																		

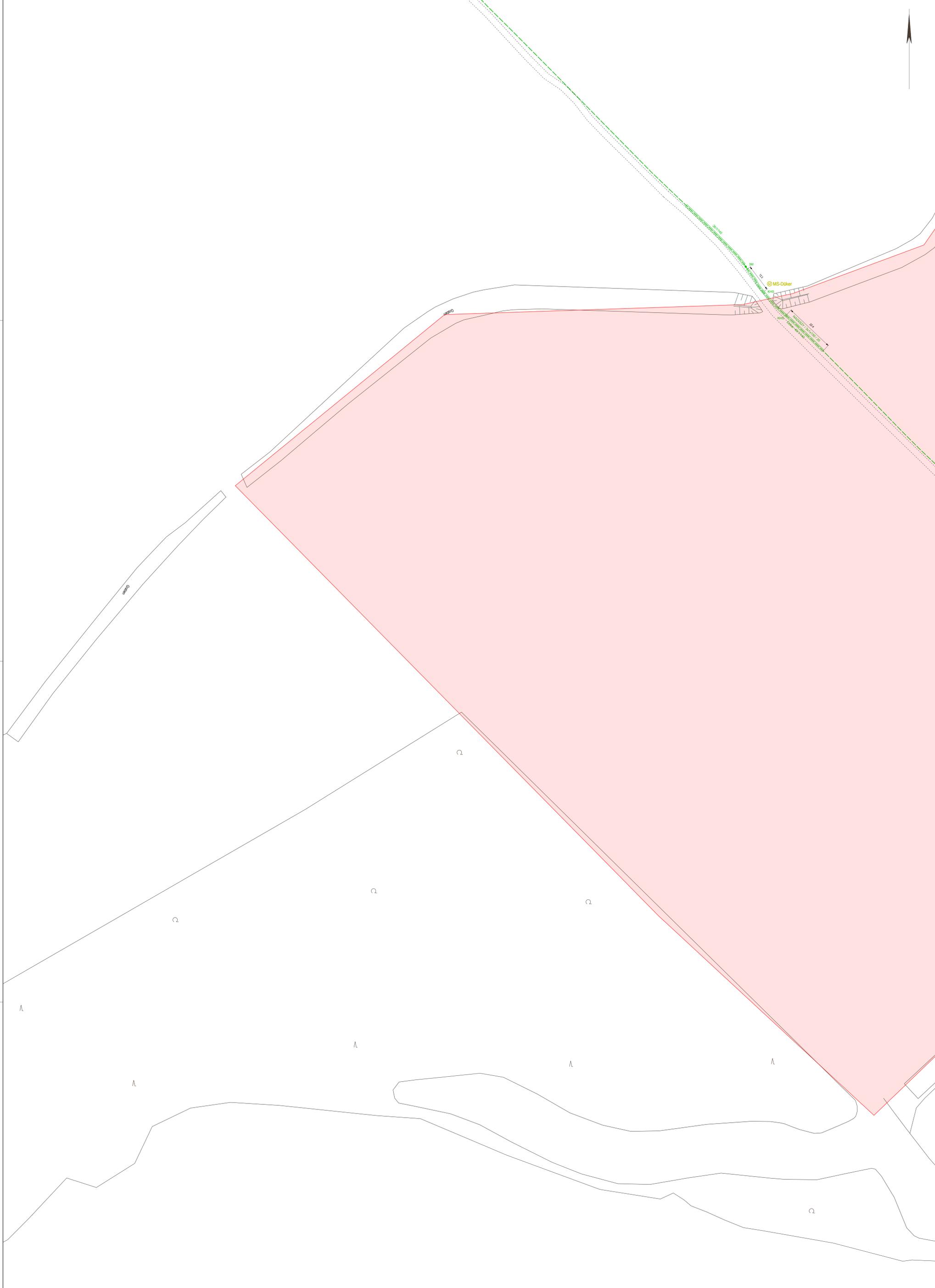
d 600 DL

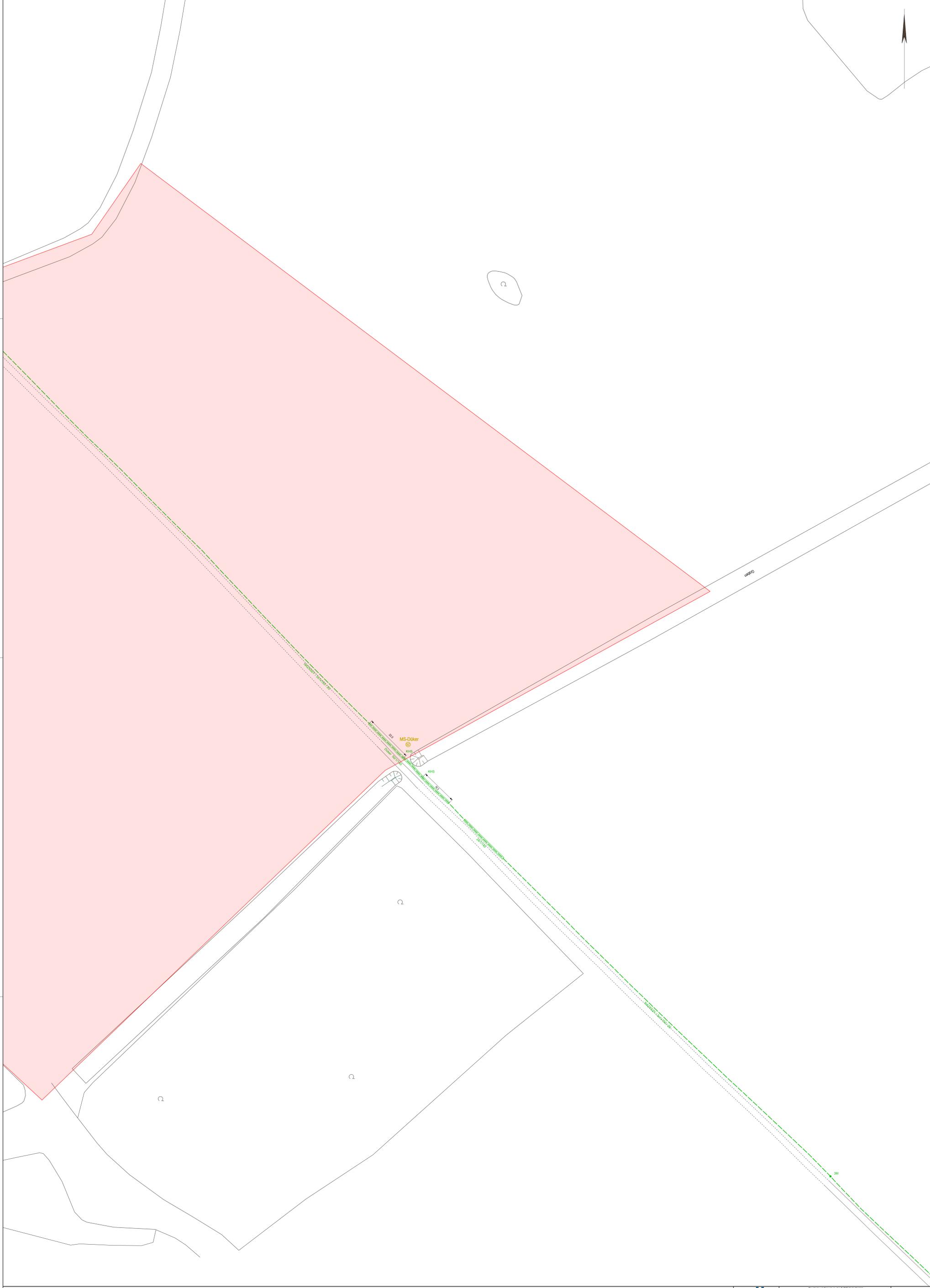


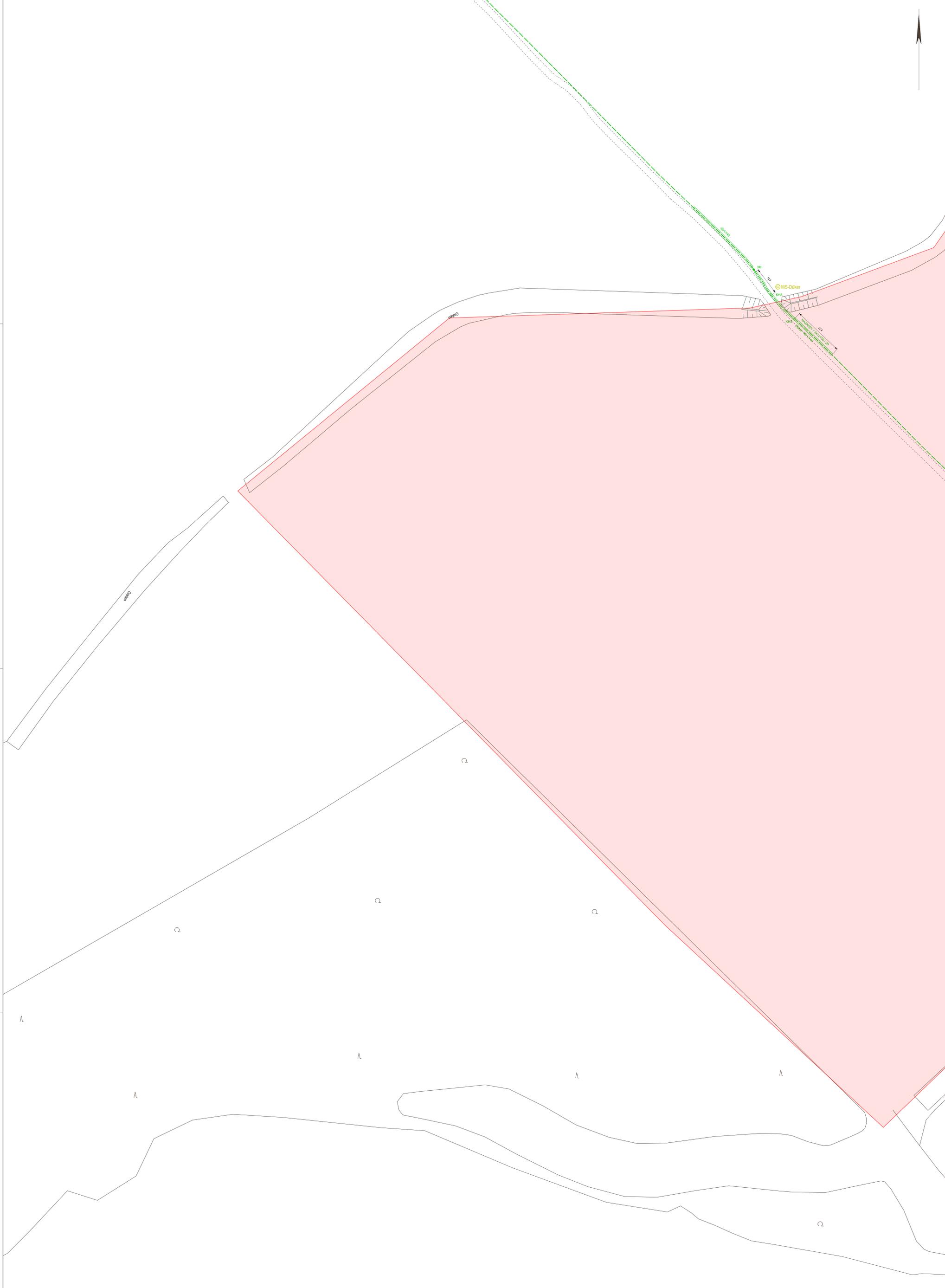
Unterschrift Bohrleiter

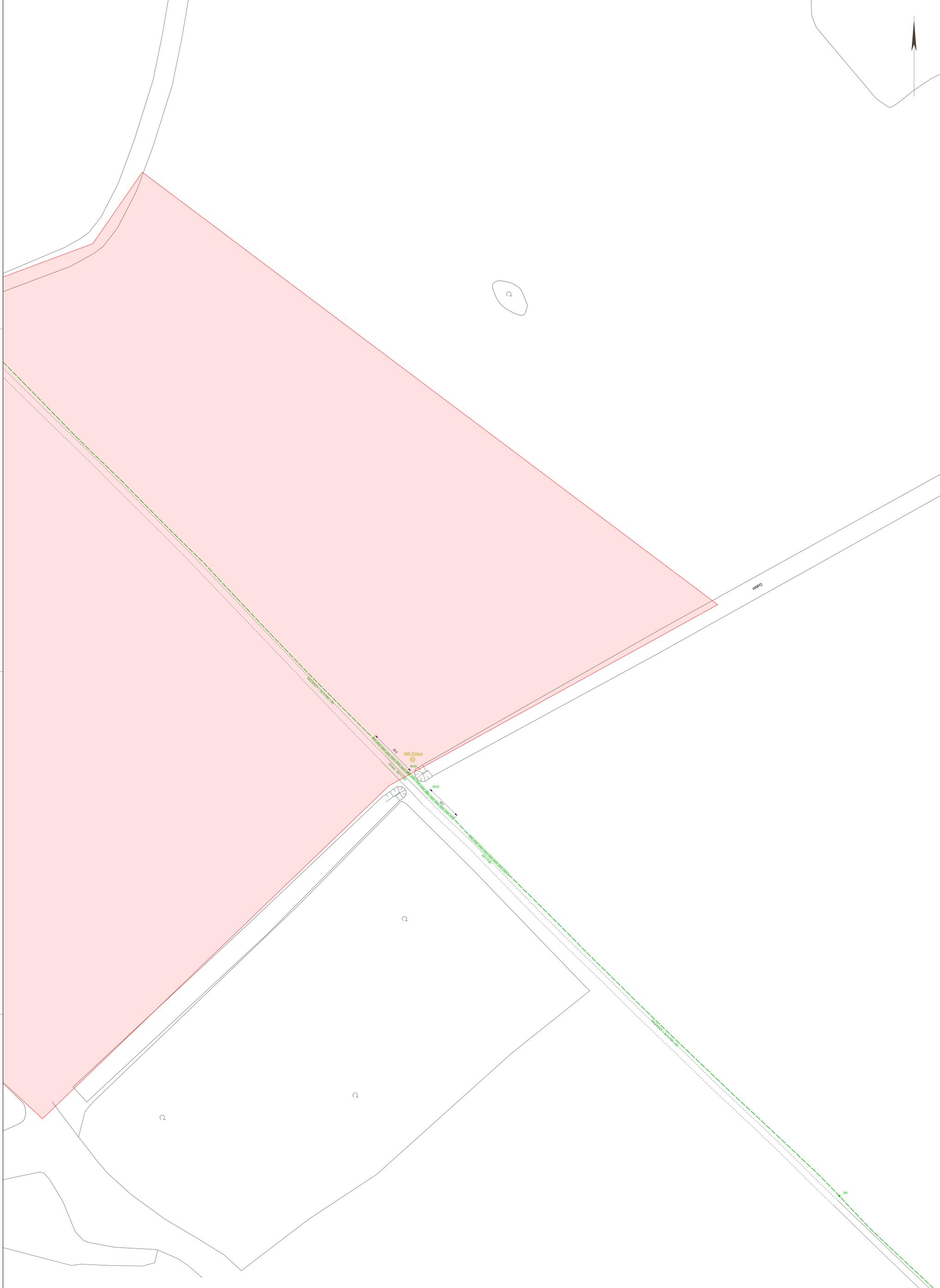
Signature

Unterschrift Vertreter des AG









Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen

1. Allgemeine Hinweise

Jahr für Jahr entstehen bei Erdarbeiten im Bereich von unterirdisch verlegten Verteilungsanlagen zahlreiche Schäden. Neben den erheblichen Sachschäden ist im Schadensfall eine Gefährdung von Personen nicht auszuschließen. Um dies zu vermeiden sind folgende Hinweise zu beachten:

- **Die für die Durchführung der Arbeiten bestehenden einschlägigen Vorschriften und Regeln werden durch diese Hinweise, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhalten, nicht berührt.**
- **Überall in der Erde können Verteilungsanlagen liegen.
Personen, die Verteilungsanlagen beschädigen, gefährden sich selbst und andere.
Eine Beschädigung kann zur Unterbrechung der Versorgung führen.
Deshalb: Vorsicht bei Erdarbeiten jeder Art!**
- Die Anwesenheit eines Beauftragten des Netzbetreibers an der Aufgrabungsstelle entbindet das ausführende Unternehmen nicht von seinen Sorgfaltspflichten und von der Haftpflicht bei evtl. auftretenden Schäden.
- In der Nähe von Gebieten mit Kampfmitteln sind die hierfür geltenden Bestimmungen einzuhalten.
- Verteilungsanlagen werden nicht nur in öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, sondern auch in privaten Grundstücken verlegt (z.B. Gärten, Felder, Wiesen, Wälder). Hierzu gehören z.B. Rohrleitungen, sonstige Betriebseinrichtungen, Hoch-, Mittel- und Niederspannungskabel, Armaturen, sonstige Einbauteile, Anlagen für den kathodischen Korrosionsschutz, Steuer- und Messkabel, Erdungsanlagen, Warnbänder u. a.
- Jeder Bauunternehmer hat bei Durchführung ihm übertragener Hoch- und Tiefbauarbeiten auf öffentlichem und privatem Grund mit dem Vorhandensein unterirdisch verlegter Ver- und Entsorgungsleitungen zu rechnen und seine Mitarbeiter und gegebenenfalls Subunternehmer zu unterweisen und zu überwachen. Die Erkundigungs- und Sicherungspflicht ergibt sich aus der DIN 18300 (VOB Teil C) Pkt. 3.1.3 und 3.1.5, dem DVGW-Arbeitsblatt GW 315 und den einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften.
- Der Einsatz von Subunternehmern für die Tiefbauarbeiten setzt Übernahme und Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht voraus. Der Hauptunternehmer hat alle in einer eventuellen Einweisung gegebenen Informationen, übergebene Bestandspläne bzw. Kopien und die „Bestandsplan-Auskunft“ an die bauausführenden Firmen zu übergeben. Auch wenn das Tiefbauunternehmen für eigenes Verschulden gem. §§ 823, 31 BGB selbst haftet, bleibt der Hauptunternehmer für eventuell entstandene Leitungsschäden und deren Regulierung primär gegenüber dem Netzbetreiber haftbar.
- Bei Beginn der Bauarbeiten müssen Leitungsauskünfte neuesten Standes vorliegen. Bei Abweichungen von der Bauplanung oder Erweiterung des Bauauftrages muss eine neue Leitungsauskunft eingeholt werden. Der Unternehmer hat sich vor Arbeitsaufnahme davon zu überzeugen, dass alle Planangaben eindeutig erkennbar sind und dass die Planauskunft tatsächlich mit der Anfrage übereinstimmt.
- Unsere Leitungstrassen und Erdungsanlagen sind bei den Bauarbeiten zu berücksichtigen und vor Beschädigung zu schützen. Bei Arbeiten in der Nähe von Kabeln sind insbesondere die Unfallverhütungsvorschriften DGUV Vorschrift 3 (Elektrische Anlagen und Betriebsmittel), DGUV Vorschrift 70 (ehemals BGV D 29), DGUV Vorschrift 38 (ehemals BGV C 22) und DGUV Regel 100-500 (ehemals BGR 500 Kap.2.12 -Erdbaumaschinen) zu beachten. Die jeweils gültigen gesetzlichen Vorschriften (z.B. Landesbauordnung, Baugesetzbuch) sind zu beachten. In Leitungsnähe sind Erdarbeiten unbedingt mit Hand und mit äußerster Vorsicht auszuführen. Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist gegebenenfalls durch Kabelortung oder Quergrabungen in Handschachtung festzustellen. Das Abgreifen (Ausmessen) von Maßen aus der Leitungsdokumentation ist nicht zulässig. Leitungsverdrängungen von Parallelkabel (u. a. in Mehrspartenplänen) können zusätzliche Verfälschungen der Leitungslagen in der Dokumentation darstellen.
- Bagger oder sonstige maschinelle Aufgrabungsgeräte sowie spitze Geräte (Dorne, Schnurpfähle) dürfen im Gefährdungsbereich der Verteilungsanlagen nur dann eingesetzt werden, wenn deren genaue Lage bekannt und eine Beschädigung ausgeschlossen ist. Dies gilt insbesondere auch für den Einsatz von grabenlosen Verlegeverfahren (z.B. Bodenraketen).
- Werden Verteilungsanlagen oder Warnbänder an Stellen, die in keinen Plan eingezeichnet sind angetroffen, so ist der Betreiber der Verteilungsanlage unverzüglich zu ermitteln und zu verständigen. Die Arbeiten sind in diesem Bereich zu unterbrechen, bis mit dem Zuständigen Einvernehmen über das weitere Vorgehen erzielt wurde.

2. Verhaltensregeln bei Freileitungen

- Achtung: Wer Freileitungen – gleichgültig mit welchen Gegenständen – **berührt**, befindet sich in **akuter Lebensgefahr**. Eine **Annäherung an die Leitung innerhalb des Schutzbereiches kommt wegen eines Überschlages einer Berührung gleich**.
- Vor Beginn der Arbeiten sind alle beteiligten Personen über die Gefahren bei Arbeiten in der Nähe bzw. unter Freileitungen zu unterweisen.
- Bei Verwendung von Baugeräten, wie Bagger, Krane, Kipper-Lastwagen, Leitern, Bauaufzügen, Baugerüsten usw. sowie Transport und Lagerung von Baumaterialien sind folgende Schutzabstände lt. DGUV Vorschrift 3 von spannungsführenden Leitungen einzuhalten:

Bei Freileitungen mit Spannungen	Schutzabstände
Bis 1000 Volt (Niederspannung)	1 m nach allen Seiten
über 1 kV bis 110 kV	3 m nach allen Seiten
unbekannt	5 m nach allen Seiten

- Im Zweifelsfalle erteilt der zuständige Standort des Netzbetreibers über die Höhe der Spannung einer Freileitung sowie über den erforderlichen Schutzabstand Auskunft. Neben der ergonomischen Komponente ist auch ein technisches Versagen von Geräten und Betriebsmitteln für die Einhaltung der Abstände zu berücksichtigen.
- Die einzuhaltenden Schutzabstände beziehen sich auf die tatsächliche Lage der Leiterseile. Daher ist das mögliche seitliche Ausschwingen der Leiterseile bei Wind zusätzlich zu beachten. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass sich der Durchhang der Leiterseile witterungs- und belastungsabhängig erheblich ändern kann. Innerhalb des Spannungsfeldes ist sicherzustellen, dass durch Aufschüttungen etc. der Mindestabstand von 6 m zwischen Leiter und Erdoberfläche eingehalten wird. Bei der Ermittlung des Abstandes sind der größte Durchhang und die Windlast unter Anwendung der DIN EN 50341 bzw. die DIN EN 50423 zu berücksichtigen. Bei Unsicherheiten bezüglich Durchhangs- und Abstandsermittlung ist im zuständigen Standort des Netzbetreibers Auskunft einzuholen.
- Bei einer unumgänglichen Annäherung an die Schutzabstände sind wahlweise folgende Maßnahmen zu treffen, damit die genannten Abstände mit Sicherheit nicht unterschritten werden:
 - Aufstellen von Warnposten, welche die Bewegung der Geräte überwachen und die Verantwortung für die Sicherheit übernehmen.
 - Aufstellen von Sperrschranken, welche den Schutzabstand absichern.
 - Umgeben der Freileitung mit einem Schutzgerüst (nur bei abgeschalteter Leitung und unter Aufsicht eines Mitarbeiters des Netzbetreibers).
 - Wenn obige Maßnahmen nicht durchgeführt werden können, muss in Verbindung mit einem Mitarbeiter des zuständigen Standortes des Netzbetreibers eine andere Lösung gefunden werden, wie z. B. bei kreuzenden Fahrwegen das Aufstellen einer **Höhenbegrenzung** vor und hinter der Freileitung.
- Sollten Schutzabstände oder obige Maßnahmen nicht eingehalten werden können, so muss die betreffende Anlage bzw. Leitung freigeschaltet werden. Hierfür sind rechtzeitige Informationen und Abstimmungen mit dem zuständigen Standort des Netzbetreibers durchzuführen.
- Bitte setzen Sie sich zur Abstimmung der weiteren Verfahrensweise mit dem zuständigen Standort des Netzbetreibers in Verbindung:
 - **wenn Masterder** (z. B. verzinktes Bandeisen) beschädigt werden.
 - **zu eventuellen Möglichkeiten der Freischaltung, Umsetzung bzw. Isolierung von Freileitungen.**
 - wenn trotz aller Sorgfalt eine Freileitungsanlage beschädigt wird, um weitere Schäden und Gefahren abzuwenden. Die Gefahrenstelle ist zu sichern und die Arbeiten sind bis zum Eintreffen des Mitarbeiters des Netzbetreibers einzustellen.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass eine beschädigte Freileitung vor „Freigabe“ durch unseren Mitarbeiter auf keinen Fall berührt werden darf, da hier **Lebensgefahr** besteht.

3. Verhaltensregeln bei Kabeln

- Die Verlegetiefe von Verteilungsanlagen beträgt zwar in der Regel 60 – 150 cm; abweichende Tiefen sind jedoch aus den verschiedensten Gründen möglich (selbst 10 – 20 cm), aber auch größere Tiefen sind aus verschiedensten Gründen, wie z.B. Niveauänderungen, möglich.
- Kabel sind bei Legung mit sogenannten Kabelsteinen, Ton- bzw. Kunststoffhauben oder Schutzrohren abgedeckt und/oder durch Trassen- oder Kunststoffbänder gekennzeichnet oder liegen frei im Erdreich. Bei Arbeiten im Erdreich darf nicht auf das Vorhandensein derartiger Schutz-/Warnmaßnahmen vertraut werden, da diese z. B. durch Baumaßnahmen nachträglich entfernt sein können. Diese können die Kabel auch nicht gegen mechanische Beschädigungen schützen, sondern lediglich auf das Vorhandensein von Energieanlagen aufmerksam machen (Warnschutz!). Für den Fall abweichender Legetiefen oder Leitungsverläufen kann ein Mitverschulden des Netzbetreibers bei Leitungsbeschädigungen nicht begründet werden.
- Kabel können sowohl mit rotem bzw. schwarzem Kunststoffmantel als auch mit Jute/Metall-Außenmantel angetroffen werden. In den Plänen werden grundsätzlich alle Verteilungsanlagen als System dargestellt, das heißt, ein Kabelsystem kann im Erdreich als 3 x Einleiterkabel bzw. 1 x Mehrleiterkabel vorkommen. Werden in der Nähe von Verteilungsanlagen Erdungsleitungen (meist verzinkte Bandeisen oder Kupferseile) freigelegt, dürfen diese nicht unterbrochen werden, da sie Schutzfunktionen erfüllen. Wir weisen darauf hin, dass auch Kabel anderer Versorgungsträger bzw. stillgelegte Kabel angetroffen werden können.
- Baumaschinen sind bis zu einer Annäherung an die Trasse einzusetzen, die mit Sicherheit eine Gefährdung der Verteilungsanlagen ausschließt. Erforderlichenfalls sind besondere Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Diese sind, ebenso wie Rohrvortriebs-, Bohr- und Sprengarbeiten, das Einschlagen (Rammen) von Pfählen, Bohlen und Spundwänden, das Einspülen von Filtern für Grundwasserabsenkungen, der Einsatz von Durchörterungsgeräten u. ä. mit dem Netzbetreiber abzustimmen. Im Bereich von Kabelanlagen dürfen Pfähle, Dorne oder andere spitze Gegenstände nicht in den Erdboden getrieben werden. Werden Warnbänder, Schutzrohre, Kabelabdecksteine, Erdungsanlagen oder Kabel angetroffen, so ist die Arbeit mit besonderer Vorsicht (ggf. Handschachtung) fortzusetzen. Freigelegte Kabel müssen beim Verfüllen wieder ordnungsgemäß abgedeckt, verdichtet und mit Kabelwarnband (20 cm über Kabelscheitel) versehen werden. Erst ab einer Überdeckung von 40 cm (30 cm nach ATV DIN 18300) ist eine lagenweise, maschinelle Verdichtung zulässig.
- Lageänderungen und/oder das Verfüllen von freigelegten Verteilungsanlagen dürfen vom ausführenden Unternehmen nicht selbstständig, sondern nur in Abstimmung mit dem Netzbetreiber vorgenommen werden.
- Schachtdeckel müssen stets zugänglich bleiben. Hinweisschilder oder andere Markierungen dürfen ohne Zustimmung nicht verdeckt oder entfernt werden.
- Wenn unzulässige Näherungen von Kabeln zu Gasverteilungsleitungen festgestellt werden, ist der Netzbetreiber zu informieren. (Sicherheitsbereich: 10 cm (MS-Kabel 20 cm) bei Kreuzungen, 20 cm) (MS-Kabel 40 cm) bei Parallelverlegung. Für lichte Mindestabstände von Kabeln zu Gasverteilungsanlagen gelten die Werte im Merkblatt „Verhaltensregeln bei Gasanlagen“.
- Bitte setzen Sie sich zur Abstimmung der weiteren Verfahrensweise mit dem zuständigen Kundencenter/Standort des Netzbetreibers in Verbindung:
 - bevor mit den Arbeiten begonnen wird. Unsere Verteilungsnetze sind ständigen Veränderungen unterworfen. Aus diesem Grund haben die anliegenden Pläne eine begrenzte Gültigkeitsdauer. Der zuständige Standort nimmt gegebenenfalls eine örtliche Einweisung vor. Es werden Aufträge zur Kabelortung und Kabelfeststellung ggf. Schalthandlungen abgestimmt.
 - wenn es, bedingt durch Ihre Baumaßnahmen bzw. Planungen, zur Überbauung unserer Kabel, zur Veränderung der Legetiefe bzw. zur Behinderung Ihrer Baumaßnahme durch unsere Verteilungsanlagen kommt. Beantragen Sie bitte die Umlegung unserer Verteilungsanlagen bzw. die Legung dieser im Schutzrohr durch den Netzbetreiber. Der Netzbetreiber wird dann bei Erfordernis dem Antragsteller auf Grundlage des Antrages ein Angebot für die Umlegung unterbreiten und dafür sorgen, dass die notwendigen Maßnahmen gefahrlos und entsprechend geltenden Richtlinien durchgeführt werden. Ggf. sind für Planungszwecke Quergrabungen in Handschachtung durchzuführen.
 - wenn durch den Bauausführenden Kabel in einer Baugrube freigelegt werden. Ihr Netzbetreiber wird eventuell durch Beistellen eines erfahrenen Mitarbeiters dafür Sorge tragen, dass diese Arbeiten gefahrlos und sachlich richtig durchgeführt werden.

- wenn eingetragene Leitungslagen nicht aufgefunden werden. Es kann nicht automatisch von dem Nichtvorhandensein dieser Leitungen ausgegangen werden.
- wenn in der Nähe von Verteilungsanlagen Schutzrohre und Erdungsanlagen angetroffen werden, die nicht in den Bestandsplan-Ausschnitten enthalten sind.
- Wenn trotz aller Sorgfalt Kabel oder Schutzrohre beschädigt (auch (leichte) Beschädigungen, die nicht zur unmittelbaren Zerstörung des Kabels führen, wie z.B. leichte Pickhiebe) werden, dann gilt zur Abwendung weiterer Schäden und Gefahr:
 - Die Bauarbeiten sind sofort einzustellen, der Gefährdungsbereich ist sicher zu verlassen. Die Schadenstelle ist außerhalb des Schutzbereiches gegen Betreten zu sichern.
 - Es besteht Lebensgefahr für alle Personen in der Umgebung der Schadenstelle. Es können noch lebensgefährliche Schrittspannungen auftreten.
 - Einem beteiligten Fahrzeug oder Gerät darf man sich auf keinen Fall nähern, auch wenn die Spannung abgeschaltet zu sein scheint.
 - Fahrzeugführer dürfen den Fahrzeugstand nicht verlassen, sondern sollten versuchen durch Schwenken des Auslegers das Kabel oder durch Wegfahren des Fahrzeuges, den Kontakt zum Kabel zu unterbrechen, um so aus dem Gefahrenbereich zu gelangen. Sich nähernde Personen sind zu warnen.
 - Unverzüglich Störungsnummer „Strom“ anrufen.
 - Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass ein beschädigtes Kabel vor „Freigabe“ durch unseren Mitarbeiter auf keinen Fall berührt werden darf, da hier Lebensgefahr besteht.

4. Verhaltensregeln bei Gasanlagen

- Beschädigungen (auch ohne Gasaustritt z. B. Deformierung oder Beschädigung der Umhüllung) von Verteilungsanlagen sind sofort und unmittelbar an die o. g. Entstörungsnummer zu melden.
- Ist die Rohrumhüllung beschädigt worden, so darf die Verfüllung erst nach Instandsetzung und mit Zustimmung des Netzbetreibers erfolgen.
- Im Netz eingebaute Armaturen dürfen nur vom Fachpersonal des Netzbetreibers oder auf dessen ausdrückliche Anweisung bedient werden!
- Die Anwesenheit eines Beauftragten des Netzbetreibers an der Aufgrabungsstelle entbindet das ausführende Unternehmen nicht von seinen Sorgfaltspflichten und von der Haftpflicht bei evtl. auftretenden Schäden.
- In Leitungsnähe sind Erdarbeiten generell nur von Hand oder Saugbagger und mit äußerster Vorsicht auszuführen.
- Lageänderungen und/oder ggf. das Verfüllen von freigelegten Verteilungsanlagen dürfen vom ausführenden Unternehmen nicht selbstständig, sondern nur in Abstimmung mit dem Netzbetreiber vorgenommen werden und nur nach dessen Anweisung erfolgen.
- Werden Warnbänder, Schutzrohre, Kabel oder Gasleitungen angetroffen, so ist die Arbeit mit besonderer Vorsicht (Handsichtung) fortzusetzen. Freigelegte Gasleitungen müssen beim Verfüllen wieder ordnungsgemäß abgedeckt, verdichtet und mit Gaswarnband (30 cm über der Gasleitung) versehen werden. Erst ab einer Überdeckung von 40 cm ist eine lagenweise, maschinelle Verdichtung zulässig.
- Straßenkappen müssen stets zugänglich bleiben. Hinweisschilder oder andere Markierungen dürfen ohne Zustimmung nicht verdeckt oder entfernt werden.
- Bei Anwendung grabenloser Verfahren im Bereich von Gasleitungen gelten die unten aufgeführten Mindestabstände. Die grabenlosen Verfahren sind im Vorfeld dem Netzbetreiber anzuzeigen und mit ihm abzustimmen. Erforderlichenfalls wird der Netzbetreiber die Abstände erweitern und die Herstellung von zusätzlichen Suchschachtungen im gefährdeten Bereich bzw. die Freilegung der Kreuzung der Gasleitung als Auflage erteilen. Im Bereich von Gasleitungen sind grabenlose Verlegungsverfahren nur zulässig, die eine genaue Position des Vortriebs unter Beachtung der Sicherheitsabstände gewährleisten. Zur Sicherstellung der Lage der eingezogenen Leitung sind durch den Bauherrn ggf. auch Maßnahmen erhöhten Aufwandes durchzuführen.
- Kreuzungen von Gasleitungen sind grundsätzlich rechtwinklig und als Unterkreuzung auszuführen. Bei Vorhandensein eines Schutzstreifens sind Knickpunkte außerhalb davon anzuordnen.
- Werden Gasleitungen gekreuzt, die im Bohrverfahren errichtet worden sind, sind grundsätzlich Suchschachtungen zur Freilegung des Bohranfangs und des Bohrendes durchzuführen.
- Bei Kreuzung von Gasleitungen mit einer Baustraße für Schwerlastverkehr (≥ 40 t), für das Kreuzen der Gasleitung durch Land- und Fortwirtschaftsfahrzeuge (≥ 40 t) sowie Aufstellung von Kränen auf Gasleitungen sind bei dem Netzbetreiber die Sicherheitsmaßnahmen im Einzelfall abzufragen.
- Vor Ramm- und Bohrarbeiten ist die genaue Lage der Gasleitung durch Ortung und/oder Suchschachtung festzustellen. Der Abstand richtet sich nach der Intensität der übertragenen Schwingungen und wird vom Netzbetreiber individuell festgelegt. Kann die genaue Lage der Gasleitung nicht festgestellt werden (z. B. bei gesteuerten Bohrungen $> 2,0$ m Tiefe), so ist von der Achse der Gasleitung (Lageplan) zur Außenwand der Spundung allseitig ein Mindestabstand von 3,00 m einzuhalten.
- Eine Überbauung von Gasleitungen oder die Überpflanzung mit Bäumen oder tiefwurzelnden Gehölzen ist nicht zulässig. Um den kathodischen Korrosionsschutz von Leitungen nicht zu gefährden, dürfen keine elektrisch leitenden Verbindungen zu metallischen Gasrohrleitungen hergestellt werden. Außerdem sind in der Örtlichkeit vorgefundene Messsäulen durch ein Erdkabel mit der Stahlleitung, dem Mantelrohr sowie dem Steuerkabel verbunden. Bei Kreuzungen bzw. Parallelverlegungen sind Beeinflussungen auszuschließen.
- Bei der Verfüllung des Rohrgrabens sind freigelegte Gasverteilungsanlagen mind. 0,10 m allseitig mit steinfreiem neutralem Boden (Rundkorn 0 – 2 mm) zu umhüllen. Die Weiterverdichtung hat lagenweise zu erfolgen. Zur weiteren Verfüllung dürfen keine größeren Steine (Körnung > 100 mm), kein schwerentfernbares Material und kein Bauschutt verwendet werden.

Sicherheitsabstände, Schutzstreifen und Schutzmaßnahmen

Folgende lichte Mindestabstände von Ver- und Entsorgungsleitungen zu Gasverteilungsanlagen (einschließlich Zubehör z.B. KKS- und Fernmeldekabel) der Netzbetreiber sind einzuhalten.

Gasleitung	Abstand bei offener Parallelverlegung	Abstand bei geschlossener Parallelverlegung	Abstand bei offener Kreuzung	Abstand bei geschlossener Kreuzung
Gasleitung aus Kunststoff ≤ 16 bar	0,40 m	1,00 m	0,20 m	1,00 m
Gasleitung aus Kunststoff ≤ 16 bar zu Kabel bis 1kV	0,20 m	1,00 m	0,10 m	1,00 m
Gasleitung aus Stahl ≤ 16 bar	0,40 m	1,00 m	0,20 m	1,00 m
Gasleitung aus Stahl > 16 bar innerhalb öffentlicher Verkehrsflächen	0,40 m	1,00 m	0,20 m	1,00 m
Gasleitung aus Stahl > 16 bar außerhalb öffentlicher Verkehrsflächen *				
▫ Leitung bis DN 150	1,00 m	1,00 m	0,50 m	1,00 m
▫ Leitung über DN 150 bis DN 400	1,50 m	1,50 m	0,50 m	1,00 m
▫ Leitung über DN 400 bis DN 600	2,00 m	2,00 m	0,50 m	1,00 m
▫ Leitung über DN 600 bis DN 900	3,00 m	3,00 m	0,50 m	1,00 m
▫ Leitung über DN 900	3,50 m	3,50 m	0,50 m	1,00 m

* Bei parallel verlegten Gasleitungen unterschiedlicher Durchmesser gilt für die Abstandsvorgabe stets der größere Durchmesser.

Für HS – Kabel gelten gesonderte Mindestabstände zu Gasleitungen aller Materialien und Druckstufen:

HS – Kabel	Abstand bei offener Parallelverlegung	Abstand bei geschlossener Parallelverlegung	Abstand bei offener Kreuzung	Abstand bei geschlossener Kreuzung
< 110 kV	2,00 m	2,00 m	0,50 m	1,00 m
>/ = 110 kV	5,00 m	5,00 m	1,00 m *	2,00 m
>/ = 380 kV	10,00 m	10,00 m	1,00 m *	2,00 m

* mit thermisch isolierenden Zwischenlagen

Des Weiteren gilt, dass sich die Schutzstreifen der HS – Kabel und die Schutzstreifen der Gasleitung nur berühren dürfen (keine Überlappung).

Für HS – Freileitungsanlagen (Leitungen, Maste, Erder, etc.) gelten beim Netzbetreiber folgende Mindestabstände zu Gasleitungen, oberirdischen Gasanlagen (Stationen) sowie Absperr- und Ausblasearmaturen.

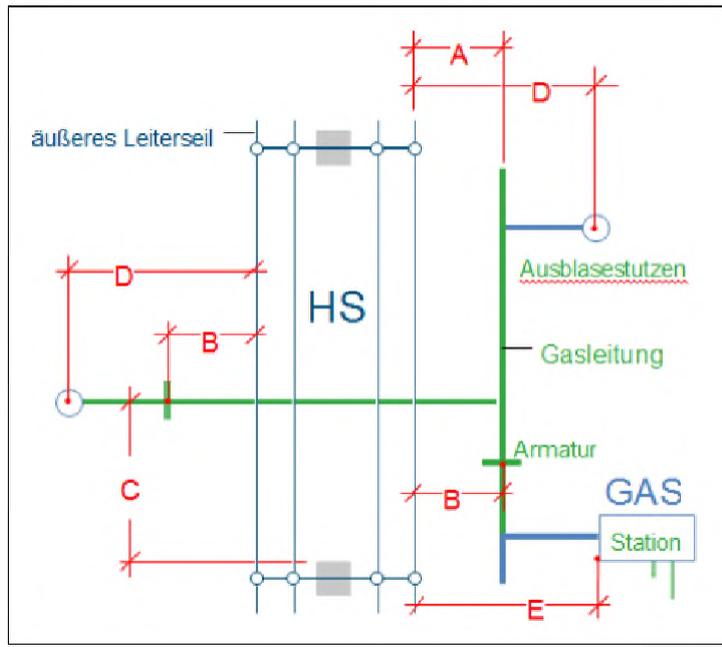


Bild: 1

Tabelle: 1

		Mindestabstände (m)	
		< 110 kV	≥ 110 kV
A	Rohrachse - Leiterseil ¹	10	10
B	Armatur - Leiterseil ¹	10	10
C	Rohrachse - Mast ²	20	20
D	Ausblasestutzen - Leiterseil ¹	35	35
E	Station - Leiterseil ¹	35	55

1 ... vertikale Projektion
2 ... Kreuzung / Querung der Freileitung
stets senkrecht zur Freileitungstrasse

Kathodische Korrosionsschutzanlagen müssen sich außerhalb der Beeinflussung von Hochspannungsfreileitungen (einschließlich Fahr- und Speiseleitung) befinden. Fremdstromanoden müssen bei Freileitungsmasten mit Erdseil mindestens 30 m vom Mastfuß und dessen Erdern entfernt sein.

Zwischen Gebäuden und oberirdischen Gasanlagen (Stationen) sowie Entspannungseinrichtungen der Gasversorgung sind folgende Mindestabstände zu beachten:

Tabelle 2

oberirdischen Gasanlagen (Station)	10,00 m
Entspannungseinrichtungen Leitung (Ausbläser)	20,00 m

Eine Bebauung näher als 20 m zu Gashochdruckleitungen größer 4 (5) bar bedarf der ausdrücklichen Genehmigung durch den Netzbetreiber, der individuelle Schutzmaßnahmen festlegt.

Zur Sicherung des Bestandes und Betriebes liegen Gasleitungen in einem Schutzstreifen. Die Außengrenzen des Schutzstreifens werden durch die Lage der Gasleitung bestimmt, deren Achse grundsätzlich unter der Mittellinie des Schutzstreifens liegt. Lageabweichungen können auftreten.

Tabelle 3

Gasleitung	Betriebsdruck (bar)	Schutzstreifen gesamt (m)
Nieder-, Mittel- und Hochdruck- Gasleitung	≤ 4 (5)	2
Hochdruck-Gasleitung	$> 4(5)$ bis ≤ 16	4
Hochdruck-Gasleitung	> 16	
- \leq DN 150		4
- $>$ DN 150 bis DN 300		6
- $>$ DN 300 bis DN 500		8
Hochdruck-Gasleitung (Baujahr vor 1990)	$> 4(5)$	8

Die Verlegung von unter- und oberirdischen Bauwerken und sonstigen Anlagen im Schutzstreifen einer Gasleitung > 16 bar wird vom Netzbetreiber nur im Ausnahmefall gestattet.

Voraussetzung dafür ist der Abschluss einer Interessensabgrenzungsvereinbarung.

Die Verlegung ist terrestrisch zu vermessen und an den Netzbetreiber im dxf-Format zu übergeben.

Die Kreuzung von Schutzstreifen einer Gasleitung > 16 bar durch Kabel oder Leitungen unterliegt folgenden Mindestanforderungen:

- Verlegung der Kabel oder Leitungen in einem Leerrohr, dessen Enden sich außerhalb des Schutzstreifens der Gasleitung befinden
- Kreuzung rechtwinklig zur Gasleitung
- dauerhafte und gut sichtbare Markierung der Kreuzung an beiden Enden des Leerrohres

Wichtige Hinweise zum Verhalten bei Beschädigungen an Gasverteilungsanlagen

Maßnahmen bei Gasaustritt im Freien:

Wenn eine Gasleitung so beschädigt worden ist, dass Gas austritt oder Undichtigkeiten zu befürchten sind, sind sofort folgende Vorkehrungen zur Verringerung von Gefahren zu treffen:

- Bei ausströmendem Gas besteht Brand- und Explosionsgefahr; Zündquellen (z. B. Funkenbildung) vermeiden, nicht rauchen, kein Feuer anzünden!
- Arbeiten im Bereich der Schadensstelle sofort einstellen, dazu gehört auch sofort alle Baumaschinen und Fahrzeugmotoren abzustellen!
- Keine Mobiltelefone im Gefahrenbereich verwenden!
- Keine elektrischen Verbindungen herstellen oder lösen!
- Markisen von Hand einrollen, Bewohner warnen und zum Verlassen des Gefahrenbereiches auffordern.
- Wenn möglich Kanalisation, Schächte, Telefonzellen und andere Hohlräume auf eingedrungenes Erdgas überprüfen.
- Gefahrenbereich räumen, weiträumig absichern und Zutritt unbefugter Personen verhindern!
- Den Netzbetreiber unverzüglich benachrichtigen! (jeweilige Entstörungsnummer Gas)
- Erforderlichenfalls Polizei und/oder Feuerwehr benachrichtigen.
- Erste Hilfe leisten!
- Keine elektrischen Geräte, Schalter, Klingeln etc. betätigen!
- Fenster und Türen angrenzender Gebäude schließen, damit kein im Freien ausströmendes Gas eindringen kann!
- Weitere Maßnahmen mit dem Netzbetreiber und den zuständigen Dienststellen abstimmen!
- Das Baustellenpersonal darf die Schadensstelle nur mit Zustimmung des Netzbetreibers verlassen!

Maßnahmen: Gasaustritt im Gebäude

- Gleiche Verfahrensweise wie Gasaustritt im Freien.
- Lüftungsmaßnahmen durchführen!
- Absperrarmatur nur auf ausdrückliche Anweisung des Netzbetreibers schließen!
- Mitbewohner durch Klopfen und lautes Rufen warnen (nicht klingeln oder telefonieren)!

Maßnahmen bei Gasbrand:

- Gleiche Vorgehensweise wie Gasaustritt
- Gasbrände nicht löschen (Vermeidung der Explosionsgefahr). Muss aus Gründen der Personenrettung doch ein Erdgasbrand gelöscht werden, sind Pulverlöscher der Brandklasse C zu verwenden.
- Ein Übergreifen der Flammen auf brennbare Materialien in der Umgebung verhindern.

Vorsicht bei Schäden an Biogasleitungen

- Gase aus der biologischen Erzeugung können neben Methan auch Kohlenstoffdioxid und Schwefelwasserstoff enthalten. Kohlenstoffdioxid kann den Sauerstoff in der Atemluft verdrängen, das Einatmen von Schwefelwasserstoff gefährdet die Gesundheit.

Strafrechtliche Konsequenzen und Schadenersatzansprüche

- Verstöße eines Unternehmens gegen die obliegende Erkundungs- und Sorgfaltspflicht führen im Schadensfall zu einer Schadenersatzverpflichtung nach § 823 BGB und können darüber hinaus auch mit strafrechtlichen Konsequenzen verbunden sein.
- Der Einsatz von Subunternehmern für die Tiefbauarbeiten setzt Übernahme und Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht voraus. Der Hauptunternehmer hat alle in einer eventuellen Einweisung gegebenen Informationen, übergebene Bestandspläne bzw. Kopien und die „Bestandsplan-Auskunft“ an die bauausführenden Firmen zu übergeben. Auch wenn das Tiefbauunternehmen für eigenes Verschulden gem. §§ 823, 31 BGB selbst haftet, bleibt der Hauptunternehmer für eventuell entstandene Leitungsschäden und deren Regulierung primär gegenüber dem Netzbetreiber haftbar.

5. Baumpflanzung/Bebauung im Bereich von Verteilungsanlagen

Von der Begrünung und Bepflanzung innerstädtischer Wege, Straßen und Plätze werden die unterirdischen Verteilungsanlagen und Freileitungen erfahrungsgemäß erheblich betroffen.

Verschiedene Interessen erfordern die gegenseitige Rücksichtnahme und ein rechtzeitiges Zusammenwirken aller Beteiligten bei der Planung und Durchführung von Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen. In diesem Zusammenhang verweisen wir Sie auf die Hinweise „Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“. Diese wurden vom Arbeitskreis „Baumpflanzungen im Bereich von Verteilungsanlagen“ im Arbeitsausschuss „Kommunaler Straßenbau“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) in Zusammenarbeit mit der DVGW der ATV-ad-hoc-Arbeitsgruppe „Baumstandorte“ im Fachausschuss 1.6 „Ausschreibungen und Ausführungen von Entwässerungsanlagen“ erarbeitet. Dies ist textgleich mit dem DVGW-Merkblatt GW 125 „Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle“.

Für unterirdische Trassen gilt zusätzlich:

Bei der Pflanzung im Bereich bestehender unterirdischer Gasleitungen und Kabel sind die Trassen grundsätzlich von Baumpflanzungen freizuhalten. Abstände von Baumpflanzungen zu bestehenden Verteilungsanlagen: (Die nachfolgenden Maße beziehen sich auf den horizontalen Abstand des Stammes zur Gasleitung bzw. Kabel)

- Bei einem Abstand von über 2,50 m sind Schutzmaßnahmen in der Regel nicht erforderlich.
- Bei einem Abstand zwischen 1,00 und 2,50 m ist in Abhängigkeit von Baumart und Leitungstyp der Einsatz von Schutzmaßnahmen zu prüfen und zu entscheiden.
- Bei einem Abstand unter 1,00 m ist eine Baumpflanzung nur im Ausnahmefall, unter Abwägung der Risiken, möglich. Besondere Schutzmaßnahmen sind zu vereinbaren.
- Pflanzgruben sind von Hand anzulegen, wenn die Außenkante einen geringeren Abstand als 0,50 m zur bestehenden Gasleitung oder Kabel besitzt.

Der Schutzbereich für 110 kV-Kabelanlagen beträgt 10 m. Innerhalb des Schutzbereiches darf keine Bepflanzung mit Gehölzen erfolgen. Der Schutzbereich darf nicht mit Bauwerken überbaut werden.

Bei geplanten Überbauungen (z. B. Straßen, Parkplätze usw.) sind zur Gewährleistung der erforderlichen Sicherheit eventuell zusätzliche Maßnahmen erforderlich. Die hierdurch verursachten Kosten sind durch den Antragsteller zu tragen.

Sofern Schutzmaßnahmen erforderlich werden, bedürfen diese der Abstimmung zwischen den Beteiligten.

Möglich sind z. B.:

- Trennwände aus Stahl, Beton oder wurzelfeste Kunststoffplatten
- ringförmige Trennwand (Betonrohr / Kanalschacht)
- Schutzrohre oder längsgeteilte Schutzrohre

Beim Einbau von parallelen Trennwänden müssen diese von der Oberfläche bis mindestens auf Sohlhöhe des Gasleitungs- bzw. Kabelgrabens geführt werden. Sie müssen aus schwer verrottbarem Material (Beton, Stahl, geeignete Kunststoffe) sein.

Ungeeignet sind z. B.:

- dünnwandige Folien < 2mm, Abdeckhauben, Trennwände mit ungeschützten Fugen
- Kabelkanalformsteine aus Beton

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen unsere Kundencenter/Standorte gerne zur Verfügung.

Für Freileitungen gilt:

Unter Freileitungen sind grundsätzlich keine Bauwerke zu errichten. Die Errichtung von Bauwerken ist nur möglich, wenn die innerhalb der vor genannten Normen geforderten Abstände nachgewiesen werden.

Verbindungen und Abspannungen, Plakate, Planen und sonstige Teile dürfen an Masten von Freileitungen nicht angebracht werden

Baumpflanzungen in der Nähe unserer Freileitungen stimmen wir grundsätzlich nicht zu, da diese bedingt durch den Baumwuchs, zur Beeinträchtigung der Versorgungszuverlässigkeit unserer Kunden führen können.

Die Zugänglichkeit der Maststandorte und der Trasse ist für Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten jederzeit zu gewährleisten.

Bei geplanten Straßen hat der Abstand zwischen Fahrbahnkante und den Masteckstielen, die der Fahrbahn zugewandt sind, mindestens 15 m zu betragen. Maßnahmen des Anfahrschutzes müssen im Einzelfall gesondert abgestimmt werden.

Bei der Kreuzung mit Straßen und befahrbaren Verkehrsflächen aller Art ist gemäß DIN EN 50341 zwischen Fahrbahnoberkante und Leiterseil ein Mindestabstand bei größtmöglichem Leiterseildurchhang von 7 m einzuhalten. Die Ermittlung des größten Leiterseildurchhanges und des seitlichen Ausschwingens erfolgt unter Berücksichtigung der DIN EN 50341. Es ist deshalb erforderlich, dass ein Bauprojekt beim Netzbetreiber zur Prüfung auf Einhaltung der nach DIN EN 50341 geforderten Abstände eingereicht wird, aus der die Fahrbahnhöhe, bisherige Geländehöhe und benachbarten Maststandorte hervorgehen.



E.DIS Netz GmbH Langewahler Straße 60 15517 Fürstenwalde/Spree

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Lydia Lenke
Gerstenstr. 9

17034 Neubrandenburg

E.DIS Netz GmbH

MB Fürstenwalde
Langewahler Straße 60
15517 Fürstenwalde/Spree
www.e-dis-netz.de

T +49 3361-7773-167

EDI_Betrieb_Fuerstenwalde@e-dis.de

Fürstenwalde/Spree, den 03.01.2022

Spartenauskunft: 0414884-EDIS in Steinhöfel Alte Poststraße 4

Anfragegrund: Stellungnahme & TöB **Projektname:** 1. Änderung des FNP's des OT

Erstellt am: 03.01.2022 **Projektzusatz:**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersenden wir Ihnen die gewünschte Spartenauskunft.

Im Bereich Ihrer Spartenanfrage befinden sich keine Versorgungsanlagen der E.DIS Netz GmbH.

Das rot umrandete Gebiet auf den Plänen stellt den Anfragebereich dar.

Folgende Planauszüge und sonstige Dokumente wurden übergeben:

Sparte	Spartenpläne ausgegeben	Sicherheitsrel. Einbauten	Sperrflächen	Leerauskunft
Gas:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Strom-BEL:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Strom-NS:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Strom-MS:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Strom-HS:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Telekommunikation:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Fernwärme:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Dokumente			
Indexplan:	<input checked="" type="checkbox"/>	Vermessungsdaten:	<input type="checkbox"/>
Gesamtmedienplan:	<input checked="" type="checkbox"/>	Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen:	<input checked="" type="checkbox"/>
Skizze:	<input type="checkbox"/>		

Bitte beachten Sie hierzu die Bestätigung über erfolgte Planauskunft / Einweisung, insbesondere die Informationen zu 'Örtliche Einweisung / Ansprechpartner' auf Seite 3, die 'Besonderen Hinweise' auf Seite 4, das Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen und die beigefügten Pläne.

Freundliche Grüße
E.DIS Netz GmbH
MB Fürstenwalde

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift gültig.

Geschäftsführung:
Stefan Blache
Harald Bock
Michael Kaiser

Sitz: Fürstenwalde/Spree
Amtsgericht Frankfurt (Oder)
HRB 16068
St.Nr. 061 108 06416
Ust.Id. DE285351013
Gläubiger Id: DE62ZZZ00000175587

Deutsche Bank AG
Fürstenwalde/Spree
IBAN DE75 1207 0000 0254 5515 00
BIC DEUTDE33HAN

Commerzbank AG
Fürstenwalde/Spree
IBAN DE52 1704 0000 0650 7115 00
BIC COBADE33HAN



Bestätigung über erfolgte Planausgabe / Einweisung

Achtung:

Arbeiten in der Nähe von Strom- und Gasverteilungsanlagen sind mit Lebensgefahr verbunden!!

Für das Bauvorhaben 0414884-EDIS, Steinhöfel Alte Poststraße 4
genaue Bezeichnung: Ort, Straße, Hausnummer, bzw. Leitungsabschnitt oder zwischen Hausnummern

Stellungnahme & TöB,
auszuführende Arbeiten voraussichtlicher Beginn der Arbeiten

wurde Herr/Frau Lydia Lenke Tel.: +49 (0) 395 / 42559-37 /

Beauftragter der Firma Baukonzept Neubrandenburg GmbH

Anschrift 17034 Neubrandenburg, Gerstenstr. 9
Ort, Straße, Hausnummer

über den Gefährdungsbereich nachstehender Verteilungsanlagen (hierzu gehören z. B. Rohrleitungen, Stationen, elektrische Freileitungen und Kabel, Armaturen, Anlagen für den Kathodenschutz, Steuer - und Messkabel, Erdungsanlagen u. a.) im Baustellenbereich eingewiesen.

Auskünfte über Verteilungsanlagen, die sich nicht im Eigentum des Netzbetreibers befinden, müssen bei den zuständigen Netzbetreibern (Übertragungsnetzbetreiber, Stadtwerke, Wasserzweckverbände, private Eigentümer, ...) eingeholt werden.

Eventuell kann die Gemeinde über weitere Versorgungsträger Auskunft erteilen.

Die Einweisung erfolgte mittels Aushändigung von Plänen (mit Übergabedatum).

Die Weitergabe an Dritte ist nicht erlaubt!

Für die Lagerichtigkeit der in den ausgegebenen Plänen eingezeichneten Anlagen, Kabel, Rohrleitungen und Neben-/Hilfseinrichtungen, insbesondere für Maßangaben, übernimmt der Netzbetreiber keine Gewähr.

Bei Arbeiten im Gefährdungsbereich (Nieder- und Mittelspannung 2m, Hochspannung 6m) von Verteilungsanlagen ist der genaue Verlauf, insbesondere die Tiefe, durch Graben von Suchschlitzen in Handschachtung oder in leitungsschonender Arbeitstechnik, wie z.B. der Einsatz eines Saugbaggers, festzustellen.

Bei Unklarheiten ist in jedem Fall Kontakt mit dem zuständigen Kundencenter/Standort des Netzbetreibers aufzunehmen.

Außerdem sind die Informationen zu "**Örtliche Einweisung / Ansprechpartner**" (Seite 3), die "**Besonderen Hinweise**" (Seite 4), das "**Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen**" sowie die spartenspezifischen Verhaltensregeln besonders zu beachten.

Die übergebenen/empfangenen Pläne sind gut lesbar und entsprechen dem nachgefragten Gebiet.

Die übergebenen/empfangenen Pläne geben den Zustand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauarbeiten aktuelle Pläne vor Ort vorliegen.

Kontaktadresse /
Meisterbereich E.DIS Netz GmbH, Fürstenwalde/Spree +49 3361-7773-167
Telefon

Spartenauskunft: 0414884-EDIS, Steinhöfel Alte Poststraße 4



Örtliche Einweisung / Ansprechpartner

Örtliche Einweisung notwendig

Vorgehensweise bei einer örtlichen Einweisung:

Für die Vereinbarung des Einweisungstermins setzen Sie sich bitte mit dem zuständigen Ansprechpartner in Verbindung. Die Durchführung des Einweisungstermins muss auf diesem Formular durch die Unterschrift der E.DIS Netz GmbH und Ihrem Unternehmen bestätigt werden.

Termin durchgeführt am

Unterschrift EDIS Netz GmbH

Unterschrift Unternehmen

Vor Baubeginn ist eine Abstimmung erforderlich

Im Bereich des Vorhabens befinden sich Telekommunikationsanlagen (Rohranlagen/ Kabel) in Planung/ im Bau. Vor Baubeginn ist eine Abstimmung mit der e.discom Telekommunikation GmbH erforderlich. Bitte wenden sie sich an Tel.: +49 331 9080 2490 oder e-mail: disposition@ediscom.net.

Für Rückfragen steht Ihnen gern zur Verfügung:

Standort Seelow

Moerser Straße 5

15306 Seelow

E-Mail: EDI_Betrieb_Fuerstenwalde@e-dis.de

Stromversorgungsanlagen: +49 3346 8839-167

Gasversorgungsanlagen: -

Kommunikationsanlagen: +49 331 9080 3000

Hochspannungsanlagen: +49 15254700407 +49 1732695463

(wenn nicht erreichbar: bitte folgende Nummer kontaktieren: +49 3361 7332333)

Standort Fürstenwalde

Langewahler Straße 60

15517 Fürstenwalde/Spree

E-Mail: EDI_Betrieb_Fuerstenwalde@e-dis.de

Stromversorgungsanlagen: +49 3361 7773-167

Gasversorgungsanlagen: -

Kommunikationsanlagen: +49 331 9080 3000

Hochspannungsanlagen: +49 15254700407 +49 1732695463

(wenn nicht erreichbar: bitte folgende Nummer kontaktieren: +49 3361 7332333)

Vor dem Beginn der Arbeiten, muss eine weitere Auskunft bei der E.DIS Netz GmbH eingeholt werden, falls irgendeine Ungewissheit hinsichtlich der Leitungsführung besteht oder die Arbeiten nicht umgehend ausgeführt werden. Übergebene Bestandspläne bzw. Kopien dieser sowie diese "Bestandsplan-Auskunft" müssen bei der bauausführenden Firma vor Ort vorliegen.

Spartenauskunft: 0414884-EDIS, Steinhöfel Alte Poststraße 4



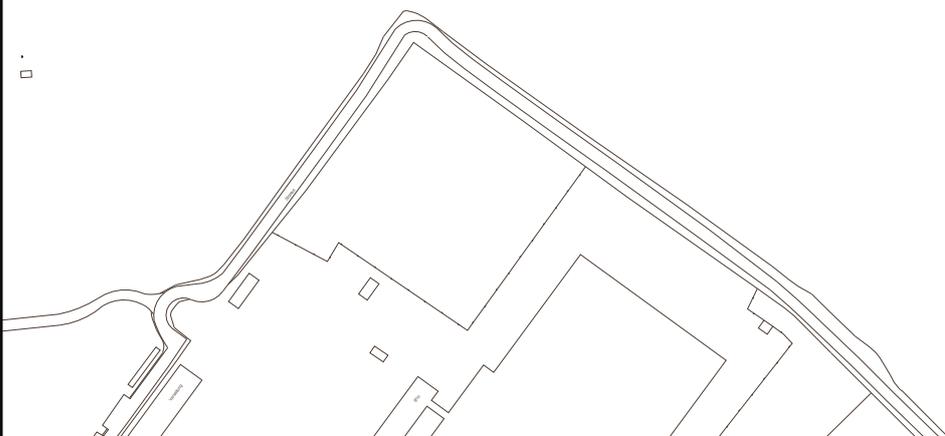
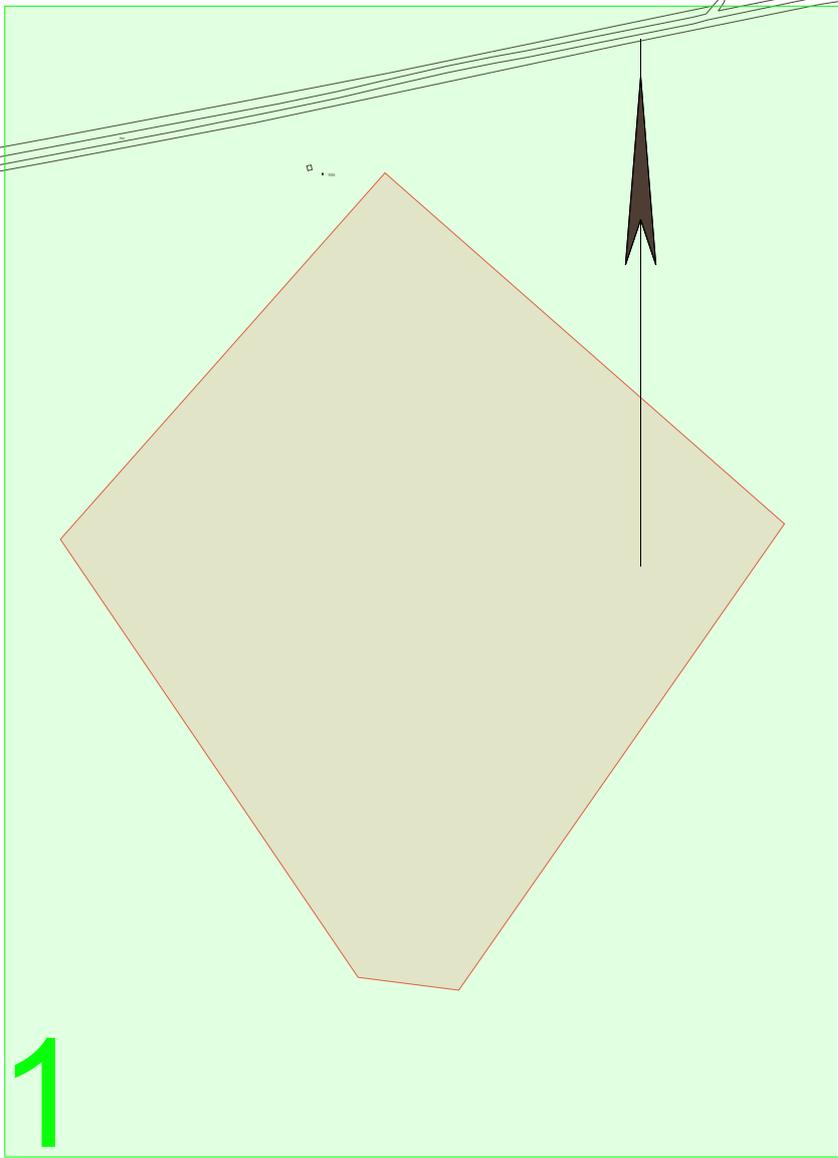
Besondere Hinweise:

Fürstenwalde/Spree, den 03.01.2022

Ort, Datum

Spartenauskunft: 0414884-EDIS, Steinhöfel Alte Poststraße 4

4/4



e.dis

Die Karte ist Eigentum der E.DIS Netz GmbH.
 Sie ist nur für den internen Verwendungszweck zu nutzen
 und muss datensicher entsorgt werden.
 Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

1:3735

Kartenname: Index
 Anfragenummer: 0414884-EDIS
 Plannummer:
 zuständig: MB Fürstenwalde
 Ausgabedatum: 03.01.2022

Ort/Ortsteil: Steinhöfel
 Straße: Alte Poststraße 4

- Farblegende**
- Strom-HS
 - Strom-MS
 - Strom-NS
 - Fernmelde
 - Gas-HD
 - Gas-MD
 - Gas-ND
 - Straßenbel.

Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen

1. Allgemeine Hinweise

Jahr für Jahr entstehen bei Erdarbeiten im Bereich von unterirdisch verlegten Verteilungsanlagen zahlreiche Schäden. Neben den erheblichen Sachschäden ist im Schadensfall eine Gefährdung von Personen nicht auszuschließen. Um dies zu vermeiden sind folgende Hinweise zu beachten:

- **Die für die Durchführung der Arbeiten bestehenden einschlägigen Vorschriften und Regeln werden durch diese Hinweise, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhalten, nicht berührt.**
- **Überall in der Erde können Verteilungsanlagen liegen.
Personen, die Verteilungsanlagen beschädigen, gefährden sich selbst und andere.
Eine Beschädigung kann zur Unterbrechung der Versorgung führen.
Deshalb: Vorsicht bei Erdarbeiten jeder Art!**
- Die Anwesenheit eines Beauftragten des Netzbetreibers an der Aufgrabungsstelle entbindet das ausführende Unternehmen nicht von seinen Sorgfaltspflichten und von der Haftpflicht bei evtl. auftretenden Schäden.
- In der Nähe von Gebieten mit Kampfmitteln sind die hierfür geltenden Bestimmungen einzuhalten.
- Verteilungsanlagen werden nicht nur in öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, sondern auch in privaten Grundstücken verlegt (z.B. Gärten, Felder, Wiesen, Wälder). Hierzu gehören z.B. Rohrleitungen, sonstige Betriebseinrichtungen, Hoch-, Mittel- und Niederspannungskabel, Armaturen, sonstige Einbauteile, Anlagen für den kathodischen Korrosionsschutz, Steuer- und Messkabel, Erdungsanlagen, Warnbänder u. a.
- Jeder Bauunternehmer hat bei Durchführung ihm übertragener Hoch- und Tiefbauarbeiten auf öffentlichem und privatem Grund mit dem Vorhandensein unterirdisch verlegter Ver- und Entsorgungsleitungen zu rechnen und seine Mitarbeiter und gegebenenfalls Subunternehmer zu unterweisen und zu überwachen. Die Erkundigungs- und Sicherungspflicht ergibt sich aus der DIN 18300 (VOB Teil C) Pkt. 3.1.3 und 3.1.5, dem DVGW-Arbeitsblatt GW 315 und den einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften.
- Der Einsatz von Subunternehmern für die Tiefbauarbeiten setzt Übernahme und Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht voraus. Der Hauptunternehmer hat alle in einer eventuellen Einweisung gegebenen Informationen, übergebene Bestandspläne bzw. Kopien und die „Bestandsplan-Auskunft“ an die bauausführenden Firmen zu übergeben. Auch wenn das Tiefbauunternehmen für eigenes Verschulden gem. §§ 823, 31 BGB selbst haftet, bleibt der Hauptunternehmer für eventuell entstandene Leitungsschäden und deren Regulierung primär gegenüber dem Netzbetreiber haftbar.
- Bei Beginn der Bauarbeiten müssen Leitungsauskünfte neuesten Standes vorliegen. Bei Abweichungen von der Bauplanung oder Erweiterung des Bauauftrages muss eine neue Leitungsauskunft eingeholt werden. Der Unternehmer hat sich vor Arbeitsaufnahme davon zu überzeugen, dass alle Planangaben eindeutig erkennbar sind und dass die Planauskunft tatsächlich mit der Anfrage übereinstimmt.
- Unsere Leitungstrassen und Erdungsanlagen sind bei den Bauarbeiten zu berücksichtigen und vor Beschädigung zu schützen. Bei Arbeiten in der Nähe von Kabeln sind insbesondere die Unfallverhütungsvorschriften DGUV Vorschrift 3 (Elektrische Anlagen und Betriebsmittel), DGUV Vorschrift 70 (ehemals BGV D 29), DGUV Vorschrift 38 (ehemals BGV C 22) und DGUV Regel 100-500 (ehemals BGR 500 Kap.2.12 -Erdbaumaschinen) zu beachten. Die jeweils gültigen gesetzlichen Vorschriften (z.B. Landesbauordnung, Baugesetzbuch) sind zu beachten. In Leitungsnähe sind Erdarbeiten unbedingt mit Hand und mit äußerster Vorsicht auszuführen. Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist gegebenenfalls durch Kabelortung oder Quergrabungen in Handschachtung festzustellen. Das Abgreifen (Ausmessen) von Maßen aus der Leitungsdokumentation ist nicht zulässig. Leitungsverdrängungen von Parallelkabel (u. a. in Mehrspartenplänen) können zusätzliche Verfälschungen der Leitungslagen in der Dokumentation darstellen.
- Bagger oder sonstige maschinelle Aufgrabungsgeräte sowie spitze Geräte (Dorne, Schnurpfähle) dürfen im Gefährdungsbereich der Verteilungsanlagen nur dann eingesetzt werden, wenn deren genaue Lage bekannt und eine Beschädigung ausgeschlossen ist. Dies gilt insbesondere auch für den Einsatz von grabenlosen Verlegeverfahren (z.B. Bodenraketen).
- Werden Verteilungsanlagen oder Warnbänder an Stellen, die in keinen Plan eingezeichnet sind angetroffen, so ist der Betreiber der Verteilungsanlage unverzüglich zu ermitteln und zu verständigen. Die Arbeiten sind in diesem Bereich zu unterbrechen, bis mit dem Zuständigen Einvernehmen über das weitere Vorgehen erzielt wurde.

2. Verhaltensregeln bei Freileitungen

- Achtung: Wer Freileitungen – gleichgültig mit welchen Gegenständen – **berührt**, befindet sich in **akuter Lebensgefahr**. Eine **Annäherung an die Leitung innerhalb des Schutzbereiches kommt wegen eines Überschlages einer Berührung gleich**.
- Vor Beginn der Arbeiten sind alle beteiligten Personen über die Gefahren bei Arbeiten in der Nähe bzw. unter Freileitungen zu unterweisen.
- Bei Verwendung von Baugeräten, wie Bagger, Krane, Kipper-Lastwagen, Leitern, Bauaufzügen, Baugerüsten usw. sowie Transport und Lagerung von Baumaterialien sind folgende Schutzabstände lt. DGUV Vorschrift 3 von spannungsführenden Leitungen einzuhalten:

Bei Freileitungen mit Spannungen	Schutzabstände
Bis 1000 Volt (Niederspannung)	1 m nach allen Seiten
über 1 kV bis 110 kV	3 m nach allen Seiten
unbekannt	5 m nach allen Seiten

- Im Zweifelsfalle erteilt der zuständige Standort des Netzbetreibers über die Höhe der Spannung einer Freileitung sowie über den erforderlichen Schutzabstand Auskunft. Neben der ergonomischen Komponente ist auch ein technisches Versagen von Geräten und Betriebsmitteln für die Einhaltung der Abstände zu berücksichtigen.
- Die einzuhaltenden Schutzabstände beziehen sich auf die tatsächliche Lage der Leiterseile. Daher ist das mögliche seitliche Ausschwingen der Leiterseile bei Wind zusätzlich zu beachten. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass sich der Durchhang der Leiterseile witterungs- und belastungsabhängig erheblich ändern kann. Innerhalb des Spannfeldes ist sicherzustellen, dass durch Aufschüttungen etc. der Mindestabstand von 6 m zwischen Leiter und Erdoberfläche eingehalten wird. Bei der Ermittlung des Abstandes sind der größte Durchhang und die Windlast unter Anwendung der DIN EN 50341 bzw. die DIN EN 50423 zu berücksichtigen. Bei Unsicherheiten bezüglich Durchhangs- und Abstandsermittlung ist im zuständigen Standort des Netzbetreibers Auskunft einzuholen.
- Bei einer unumgänglichen Annäherung an die Schutzabstände sind wahlweise folgende Maßnahmen zu treffen, damit die genannten Abstände mit Sicherheit nicht unterschritten werden:
 - Aufstellen von Warnposten, welche die Bewegung der Geräte überwachen und die Verantwortung für die Sicherheit übernehmen.
 - Aufstellen von Sperrschranken, welche den Schutzabstand absichern.
 - Umgeben der Freileitung mit einem Schutzgerüst (nur bei abgeschalteter Leitung und unter Aufsicht eines Mitarbeiters des Netzbetreibers).
 - Wenn obige Maßnahmen nicht durchgeführt werden können, muss in Verbindung mit einem Mitarbeiter des zuständigen Standortes des Netzbetreibers eine andere Lösung gefunden werden, wie z. B. bei kreuzenden Fahrwegen das Aufstellen einer **Höhenbegrenzung** vor und hinter der Freileitung.
- Sollten Schutzabstände oder obige Maßnahmen nicht eingehalten werden können, so muss die betreffende Anlage bzw. Leitung freigeschaltet werden. Hierfür sind rechtzeitige Informationen und Abstimmungen mit dem zuständigen Standort des Netzbetreibers durchzuführen.
- Bitte setzen Sie sich zur Abstimmung der weiteren Verfahrensweise mit dem zuständigen Standort des Netzbetreibers in Verbindung:
 - **wenn Masterder** (z. B. verzinktes Bandeisen) beschädigt werden.
 - **zu eventuellen Möglichkeiten der Freischaltung, Umsetzung bzw. Isolierung von Freileitungen.**
 - wenn trotz aller Sorgfalt eine Freileitungsanlage beschädigt wird, um weitere Schäden und Gefahren abzuwenden. Die Gefahrenstelle ist zu sichern und die Arbeiten sind bis zum Eintreffen des Mitarbeiters des Netzbetreibers einzustellen.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass eine beschädigte Freileitung vor „Freigabe“ durch unseren Mitarbeiter auf keinen Fall berührt werden darf, da hier **Lebensgefahr** besteht.

3. Verhaltensregeln bei Kabeln

- Die Verlegetiefe von Verteilungsanlagen beträgt zwar in der Regel 60 – 150 cm; abweichende Tiefen sind jedoch aus den verschiedensten Gründen möglich (selbst 10 – 20 cm), aber auch größere Tiefen sind aus verschiedensten Gründen, wie z.B. Niveauänderungen, möglich.
- Kabel sind bei Legung mit sogenannten Kabelsteinen, Ton- bzw. Kunststoffhauben oder Schutzrohren abgedeckt und/oder durch Trassen- oder Kunststoffbänder gekennzeichnet oder liegen frei im Erdreich. Bei Arbeiten im Erdreich darf nicht auf das Vorhandensein derartiger Schutz-/Warnmaßnahmen vertraut werden, da diese z. B. durch Baumaßnahmen nachträglich entfernt sein können. Diese können die Kabel auch nicht gegen mechanische Beschädigungen schützen, sondern lediglich auf das Vorhandensein von Energieanlagen aufmerksam machen (Warnschutz!). Für den Fall abweichender Legetiefen oder Leitungsverläufen kann ein Mitverschulden des Netzbetreibers bei Leitungsbeschädigungen nicht begründet werden.
- Kabel können sowohl mit rotem bzw. schwarzem Kunststoffmantel als auch mit Jute/Metall-Außenmantel angetroffen werden. In den Plänen werden grundsätzlich alle Verteilungsanlagen als System dargestellt, das heißt, ein Kabelsystem kann im Erdreich als 3 x Einleiterkabel bzw. 1 x Mehrleiterkabel vorkommen. Werden in der Nähe von Verteilungsanlagen Erdungsleitungen (meist verzinkte Bandeisen oder Kupferseile) freigelegt, dürfen diese nicht unterbrochen werden, da sie Schutzfunktionen erfüllen. Wir weisen darauf hin, dass auch Kabel anderer Versorgungsträger bzw. stillgelegte Kabel angetroffen werden können.
- Baumaschinen sind bis zu einer Annäherung an die Trasse einzusetzen, die mit Sicherheit eine Gefährdung der Verteilungsanlagen ausschließt. Erforderlichenfalls sind besondere Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Diese sind, ebenso wie Rohrvortriebs-, Bohr- und Sprengarbeiten, das Einschlagen (Rammen) von Pfählen, Bohlen und Spundwänden, das Einspülen von Filtern für Grundwasserabsenkungen, der Einsatz von Durchörterungsgeräten u. ä. mit dem Netzbetreiber abzustimmen. Im Bereich von Kabelanlagen dürfen Pfähle, Dorne oder andere spitze Gegenstände nicht in den Erdboden getrieben werden. Werden Warnbänder, Schutzrohre, Kabelabdecksteine, Erdungsanlagen oder Kabel angetroffen, so ist die Arbeit mit besonderer Vorsicht (ggf. Handschachtung) fortzusetzen. Freigelegte Kabel müssen beim Verfüllen wieder ordnungsgemäß abgedeckt, verdichtet und mit Kabelwarnband (20 cm über Kabelscheitel) versehen werden. Erst ab einer Überdeckung von 40 cm (30 cm nach ATV DIN 18300) ist eine lagenweise, maschinelle Verdichtung zulässig.
- Lageänderungen und/oder das Verfüllen von freigelegten Verteilungsanlagen dürfen vom ausführenden Unternehmen nicht selbstständig, sondern nur in Abstimmung mit dem Netzbetreiber vorgenommen werden.
- Schachtdeckel müssen stets zugänglich bleiben. Hinweisschilder oder andere Markierungen dürfen ohne Zustimmung nicht verdeckt oder entfernt werden.
- Wenn unzulässige Näherungen von Kabeln zu Gasverteilungsleitungen festgestellt werden, ist der Netzbetreiber zu informieren. (Sicherheitsbereich: 10 cm (MS-Kabel 20 cm) bei Kreuzungen, 20 cm) (MS-Kabel 40 cm) bei Parallelverlegung. Für lichte Mindestabstände von Kabeln zu Gasverteilungsanlagen gelten die Werte im Merkblatt „Verhaltensregeln bei Gasanlagen“.
- Bitte setzen Sie sich zur Abstimmung der weiteren Verfahrensweise mit dem zuständigen Kundencenter/Standort des Netzbetreibers in Verbindung:
 - bevor mit den Arbeiten begonnen wird. Unsere Verteilungsnetze sind ständigen Veränderungen unterworfen. Aus diesem Grund haben die anliegenden Pläne eine begrenzte Gültigkeitsdauer. Der zuständige Standort nimmt gegebenenfalls eine örtliche Einweisung vor. Es werden Aufträge zur Kabelortung und Kabelfeststellung ggf. Schalthandlungen abgestimmt.
 - wenn es, bedingt durch Ihre Baumaßnahmen bzw. Planungen, zur Überbauung unserer Kabel, zur Veränderung der Legetiefe bzw. zur Behinderung Ihrer Baumaßnahme durch unsere Verteilungsanlagen kommt. Beantragen Sie bitte die Umlegung unserer Verteilungsanlagen bzw. die Legung dieser im Schutzrohr durch den Netzbetreiber. Der Netzbetreiber wird dann bei Erfordernis dem Antragsteller auf Grundlage des Antrages ein Angebot für die Umlegung unterbreiten und dafür sorgen, dass die notwendigen Maßnahmen gefahrlos und entsprechend geltenden Richtlinien durchgeführt werden. Ggf. sind für Planungszwecke Quergrabungen in Handschachtung durchzuführen.
 - wenn durch den Bauausführenden Kabel in einer Baugrube freigelegt werden. Ihr Netzbetreiber wird eventuell durch Beistellen eines erfahrenen Mitarbeiters dafür Sorge tragen, dass diese Arbeiten gefahrlos und sachlich richtig durchgeführt werden.

- wenn eingetragene Leitungslagen nicht aufgefunden werden. Es kann nicht automatisch von dem Nichtvorhandensein dieser Leitungen ausgegangen werden.
- wenn in der Nähe von Verteilungsanlagen Schutzrohre und Erdungsanlagen angetroffen werden, die nicht in den Bestandsplan-Ausschnitten enthalten sind.
- Wenn trotz aller Sorgfalt Kabel oder Schutzrohre beschädigt (auch (leichte) Beschädigungen, die nicht zur unmittelbaren Zerstörung des Kabels führen, wie z.B. leichte Pickhiebe) werden, dann gilt zur Abwendung weiterer Schäden und Gefahr:
 - Die Bauarbeiten sind sofort einzustellen, der Gefährdungsbereich ist sicher zu verlassen. Die Schadenstelle ist außerhalb des Schutzbereiches gegen Betreten zu sichern.
 - Es besteht Lebensgefahr für alle Personen in der Umgebung der Schadenstelle. Es können noch lebensgefährliche Schrittspannungen auftreten.
 - Einem beteiligten Fahrzeug oder Gerät darf man sich auf keinen Fall nähern, auch wenn die Spannung abgeschaltet zu sein scheint.
 - Fahrzeugführer dürfen den Fahrzeugstand nicht verlassen, sondern sollten versuchen durch Schwenken des Auslegers das Kabel oder durch Wegfahren des Fahrzeuges, den Kontakt zum Kabel zu unterbrechen, um so aus dem Gefahrenbereich zu gelangen. Sich nähernde Personen sind zu warnen.
 - Unverzüglich Störungsnummer „Strom“ anrufen.
 - Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass ein beschädigtes Kabel vor „Freigabe“ durch unseren Mitarbeiter auf keinen Fall berührt werden darf, da hier Lebensgefahr besteht.

4. Verhaltensregeln bei Gasanlagen

- Beschädigungen (auch ohne Gasaustritt z. B. Deformierung oder Beschädigung der Umhüllung) von Verteilungsanlagen sind sofort und unmittelbar an die o. g. Entstörungsnummer zu melden.
- Ist die Rohrumhüllung beschädigt worden, so darf die Verfüllung erst nach Instandsetzung und mit Zustimmung des Netzbetreibers erfolgen.
- Im Netz eingebaute Armaturen dürfen nur vom Fachpersonal des Netzbetreibers oder auf dessen ausdrückliche Anweisung bedient werden!
- Die Anwesenheit eines Beauftragten des Netzbetreibers an der Aufgrabungsstelle entbindet das ausführende Unternehmen nicht von seinen Sorgfaltspflichten und von der Haftpflicht bei evtl. auftretenden Schäden.
- In Leitungsnähe sind Erdarbeiten generell nur von Hand oder Saugbagger und mit äußerster Vorsicht auszuführen.
- Lageänderungen und/oder ggf. das Verfüllen von freigelegten Verteilungsanlagen dürfen vom ausführenden Unternehmen nicht selbstständig, sondern nur in Abstimmung mit dem Netzbetreiber vorgenommen werden und nur nach dessen Anweisung erfolgen.
- Werden Warnbänder, Schutzrohre, Kabel oder Gasleitungen angetroffen, so ist die Arbeit mit besonderer Vorsicht (Handsichtung) fortzusetzen. Freigelegte Gasleitungen müssen beim Verfüllen wieder ordnungsgemäß abgedeckt, verdichtet und mit Gaswarnband (30 cm über der Gasleitung) versehen werden. Erst ab einer Überdeckung von 40 cm ist eine lagenweise, maschinelle Verdichtung zulässig.
- Straßenkappen müssen stets zugänglich bleiben. Hinweisschilder oder andere Markierungen dürfen ohne Zustimmung nicht verdeckt oder entfernt werden.
- Bei Anwendung grabenloser Verfahren im Bereich von Gasleitungen gelten die unten aufgeführten Mindestabstände. Die grabenlosen Verfahren sind im Vorfeld dem Netzbetreiber anzuzeigen und mit ihm abzustimmen. Erforderlichenfalls wird der Netzbetreiber die Abstände erweitern und die Herstellung von zusätzlichen Suchschachtungen im gefährdeten Bereich bzw. die Freilegung der Kreuzung der Gasleitung als Auflage erteilen. Im Bereich von Gasleitungen sind grabenlose Verlegungsverfahren nur zulässig, die eine genaue Position des Vortriebs unter Beachtung der Sicherheitsabstände gewährleisten. Zur Sicherstellung der Lage der eingezogenen Leitung sind durch den Bauherrn ggf. auch Maßnahmen erhöhten Aufwandes durchzuführen.
- Kreuzungen von Gasleitungen sind grundsätzlich rechtwinklig und als Unterkreuzung auszuführen. Bei Vorhandensein eines Schutzstreifens sind Knickpunkte außerhalb davon anzuordnen.
- Werden Gasleitungen gekreuzt, die im Bohrverfahren errichtet worden sind, sind grundsätzlich Suchschachtungen zur Freilegung des Bohranfangs und des Bohrendes durchzuführen.
- Bei Kreuzung von Gasleitungen mit einer Baustraße für Schwerlastverkehr (≥ 40 t), für das Kreuzen der Gasleitung durch Land- und Fortwirtschaftsfahrzeuge (≥ 40 t) sowie Aufstellung von Kränen auf Gasleitungen sind bei dem Netzbetreiber die Sicherheitsmaßnahmen im Einzelfall abzufragen.
- Vor Ramm- und Bohrarbeiten ist die genaue Lage der Gasleitung durch Ortung und/oder Suchschachtung festzustellen. Der Abstand richtet sich nach der Intensität der übertragenen Schwingungen und wird vom Netzbetreiber individuell festgelegt. Kann die genaue Lage der Gasleitung nicht festgestellt werden (z. B. bei gesteuerten Bohrungen $> 2,0$ m Tiefe), so ist von der Achse der Gasleitung (Lageplan) zur Außenwand der Spundung allseitig ein Mindestabstand von 3,00 m einzuhalten.
- Eine Überbauung von Gasleitungen oder die Überpflanzung mit Bäumen oder tiefwurzelnden Gehölzen ist nicht zulässig. Um den kathodischen Korrosionsschutz von Leitungen nicht zu gefährden, dürfen keine elektrisch leitenden Verbindungen zu metallischen Gasrohrleitungen hergestellt werden. Außerdem sind in der Örtlichkeit vorgefundene Messsäulen durch ein Erdkabel mit der Stahlleitung, dem Mantelrohr sowie dem Steuerkabel verbunden. Bei Kreuzungen bzw. Parallelverlegungen sind Beeinflussungen auszuschließen.
- Bei der Verfüllung des Rohrgrabens sind freigelegte Gasverteilungsanlagen mind. 0,10 m allseitig mit steinfreiem neutralem Boden (Rundkorn 0 – 2 mm) zu umhüllen. Die Weiterverdichtung hat lagenweise zu erfolgen. Zur weiteren Verfüllung dürfen keine größeren Steine (Körnung > 100 mm), kein schwerentfernbares Material und kein Bauschutt verwendet werden.

Sicherheitsabstände, Schutzstreifen und Schutzmaßnahmen

Folgende lichte Mindestabstände von Ver- und Entsorgungsleitungen zu Gasverteilungsanlagen (einschließlich Zubehör z.B. KKS- und Fernmeldekabel) der Netzbetreiber sind einzuhalten.

Gasleitung	Abstand bei offener Parallelverlegung	Abstand bei geschlossener Parallelverlegung	Abstand bei offener Kreuzung	Abstand bei geschlossener Kreuzung
Gasleitung aus Kunststoff ≤ 16 bar	0,40 m	1,00 m	0,20 m	1,00 m
Gasleitung aus Kunststoff ≤ 16 bar zu Kabel bis 1kV	0,20 m	1,00 m	0,10 m	1,00 m
Gasleitung aus Stahl ≤ 16 bar	0,40 m	1,00 m	0,20 m	1,00 m
Gasleitung aus Stahl > 16 bar innerhalb öffentlicher Verkehrsflächen	0,40 m	1,00 m	0,20 m	1,00 m
Gasleitung aus Stahl > 16 bar außerhalb öffentlicher Verkehrsflächen *				
◦ Leitung bis DN 150	1,00 m	1,00 m	0,50 m	1,00 m
◦ Leitung über DN 150 bis DN 400	1,50 m	1,50 m	0,50 m	1,00 m
◦ Leitung über DN 400 bis DN 600	2,00 m	2,00 m	0,50 m	1,00 m
◦ Leitung über DN 600 bis DN 900	3,00 m	3,00 m	0,50 m	1,00 m
◦ Leitung über DN 900	3,50 m	3,50 m	0,50 m	1,00 m

* Bei parallel verlegten Gasleitungen unterschiedlicher Durchmesser gilt für die Abstandsvorgabe stets der größere Durchmesser.

Für HS – Kabel gelten gesonderte Mindestabstände zu Gasleitungen aller Materialien und Druckstufen:

HS – Kabel	Abstand bei offener Parallelverlegung	Abstand bei geschlossener Parallelverlegung	Abstand bei offener Kreuzung	Abstand bei geschlossener Kreuzung
< 110 kV	2,00 m	2,00 m	0,50 m	1,00 m
>/ = 110 kV	5,00 m	5,00 m	1,00 m *	2,00 m
>/ = 380 kV	10,00 m	10,00 m	1,00 m *	2,00 m

* mit thermisch isolierenden Zwischenlagen

Des Weiteren gilt, dass sich die Schutzstreifen der HS – Kabel und die Schutzstreifen der Gasleitung nur berühren dürfen (keine Überlappung).

Für HS – Freileitungsanlagen (Leitungen, Maste, Erder, etc.) gelten beim Netzbetreiber folgende Mindestabstände zu Gasleitungen, oberirdischen Gasanlagen (Stationen) sowie Absperr- und Ausblasearmaturen.

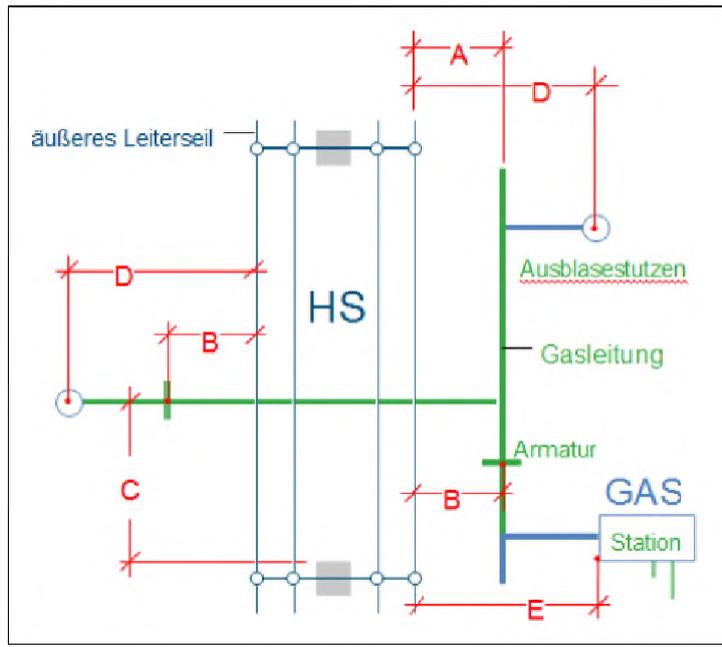


Bild: 1

Tabelle: 1

		Mindestabstände (m)	
		< 110 kV	≥ 110 kV
A	Rohrachse - Leiterseil ¹	10	10
B	Armatur - Leiterseil ¹	10	10
C	Rohrachse - Mast ²	20	20
D	Ausblasestutzen - Leiterseil ¹	35	35
E	Station - Leiterseil ¹	35	55

1 ... vertikale Projektion
2 ... Kreuzung / Querung der Freileitung
stets senkrecht zur Freileitungstrasse

Kathodische Korrosionsschutzanlagen müssen sich außerhalb der Beeinflussung von Hochspannungsfreileitungen (einschließlich Fahr- und Speiseleitung) befinden. Fremdstromanoden müssen bei Freileitungsmasten mit Erdseil mindestens 30 m vom Mastfuß und dessen Erdern entfernt sein.

Zwischen Gebäuden und oberirdischen Gasanlagen (Stationen) sowie Entspannungseinrichtungen der Gasversorgung sind folgende Mindestabstände zu beachten:

Tabelle 2

oberirdischen Gasanlagen (Station)	10,00 m
Entspannungseinrichtungen Leitung (Ausbläser)	20,00 m

Eine Bebauung näher als 20 m zu Gashochdruckleitungen größer 4 (5) bar bedarf der ausdrücklichen Genehmigung durch den Netzbetreiber, der individuelle Schutzmaßnahmen festlegt.

Zur Sicherung des Bestandes und Betriebes liegen Gasleitungen in einem Schutzstreifen. Die Außengrenzen des Schutzstreifens werden durch die Lage der Gasleitung bestimmt, deren Achse grundsätzlich unter der Mittellinie des Schutzstreifens liegt. Lageabweichungen können auftreten.

Tabelle 3

Gasleitung	Betriebsdruck (bar)	Schutzstreifen gesamt (m)
Nieder-, Mittel- und Hochdruck- Gasleitung	≤ 4 (5)	2
Hochdruck-Gasleitung	$> 4(5)$ bis ≤ 16	4
Hochdruck-Gasleitung	> 16	
- \leq DN 150		4
- $>$ DN 150 bis DN 300		6
- $>$ DN 300 bis DN 500		8
Hochdruck-Gasleitung (Baujahr vor 1990)	$> 4(5)$	8

Die Verlegung von unter- und oberirdischen Bauwerken und sonstigen Anlagen im Schutzstreifen einer Gasleitung > 16 bar wird vom Netzbetreiber nur im Ausnahmefall gestattet.

Voraussetzung dafür ist der Abschluss einer Interessensabgrenzungsvereinbarung.

Die Verlegung ist terrestrisch zu vermessen und an den Netzbetreiber im dxf-Format zu übergeben.

Die Kreuzung von Schutzstreifen einer Gasleitung > 16 bar durch Kabel oder Leitungen unterliegt folgenden Mindestanforderungen:

- Verlegung der Kabel oder Leitungen in einem Leerrohr, dessen Enden sich außerhalb des Schutzstreifens der Gasleitung befinden
- Kreuzung rechtwinklig zur Gasleitung
- dauerhafte und gut sichtbare Markierung der Kreuzung an beiden Enden des Leerrohres

Wichtige Hinweise zum Verhalten bei Beschädigungen an Gasverteilungsanlagen

Maßnahmen bei Gasaustritt im Freien:

Wenn eine Gasleitung so beschädigt worden ist, dass Gas austritt oder Undichtigkeiten zu befürchten sind, sind sofort folgende Vorkehrungen zur Verringerung von Gefahren zu treffen:

- Bei ausströmendem Gas besteht Brand- und Explosionsgefahr; Zündquellen (z. B. Funkenbildung) vermeiden, nicht rauchen, kein Feuer anzünden!
- Arbeiten im Bereich der Schadensstelle sofort einstellen, dazu gehört auch sofort alle Baumaschinen und Fahrzeugmotoren abzustellen!
- Keine Mobiltelefone im Gefahrenbereich verwenden!
- Keine elektrischen Verbindungen herstellen oder lösen!
- Markisen von Hand einrollen, Bewohner warnen und zum Verlassen des Gefahrenbereiches auffordern.
- Wenn möglich Kanalisation, Schächte, Telefonzellen und andere Hohlräume auf eingedrungenes Erdgas überprüfen.
- Gefahrenbereich räumen, weiträumig absichern und Zutritt unbefugter Personen verhindern!
- Den Netzbetreiber unverzüglich benachrichtigen! (jeweilige Entstörungsnummer Gas)
- Erforderlichenfalls Polizei und/oder Feuerwehr benachrichtigen.
- Erste Hilfe leisten!
- Keine elektrischen Geräte, Schalter, Klingeln etc. betätigen!
- Fenster und Türen angrenzender Gebäude schließen, damit kein im Freien ausströmendes Gas eindringen kann!
- Weitere Maßnahmen mit dem Netzbetreiber und den zuständigen Dienststellen abstimmen!
- Das Baustellenpersonal darf die Schadensstelle nur mit Zustimmung des Netzbetreibers verlassen!

Maßnahmen: Gasaustritt im Gebäude

- Gleiche Verfahrensweise wie Gasaustritt im Freien.
- Lüftungsmaßnahmen durchführen!
- Absperrraum nur auf ausdrückliche Anweisung des Netzbetreibers schließen!
- Mitbewohner durch Klopfen und lautes Rufen warnen (nicht klingeln oder telefonieren)!

Maßnahmen bei Gasbrand:

- Gleiche Vorgehensweise wie Gasaustritt
- Gasbrände nicht löschen (Vermeidung der Explosionsgefahr). Muss aus Gründen der Personenrettung doch ein Erdgasbrand gelöscht werden, sind Pulverlöscher der Brandklasse C zu verwenden.
- Ein Übergreifen der Flammen auf brennbare Materialien in der Umgebung verhindern.

Vorsicht bei Schäden an Biogasleitungen

- Gase aus der biologischen Erzeugung können neben Methan auch Kohlenstoffdioxid und Schwefelwasserstoff enthalten. Kohlenstoffdioxid kann den Sauerstoff in der Atemluft verdrängen, das Einatmen von Schwefelwasserstoff gefährdet die Gesundheit.

Strafrechtliche Konsequenzen und Schadenersatzansprüche

- Verstöße eines Unternehmens gegen die obliegende Erkundungs- und Sorgfaltspflicht führen im Schadensfall zu einer Schadenersatzverpflichtung nach § 823 BGB und können darüber hinaus auch mit strafrechtlichen Konsequenzen verbunden sein.
- Der Einsatz von Subunternehmern für die Tiefbauarbeiten setzt Übernahme und Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht voraus. Der Hauptunternehmer hat alle in einer eventuellen Einweisung gegebenen Informationen, übergebene Bestandspläne bzw. Kopien und die „Bestandsplan-Auskunft“ an die bauausführenden Firmen zu übergeben. Auch wenn das Tiefbauunternehmen für eigenes Verschulden gem. §§ 823, 31 BGB selbst haftet, bleibt der Hauptunternehmer für eventuell entstandene Leitungsschäden und deren Regulierung primär gegenüber dem Netzbetreiber haftbar.

5. Baumpflanzung/Bebauung im Bereich von Verteilungsanlagen

Von der Begrünung und Bepflanzung innerstädtischer Wege, Straßen und Plätze werden die unterirdischen Verteilungsanlagen und Freileitungen erfahrungsgemäß erheblich betroffen.

Verschiedene Interessen erfordern die gegenseitige Rücksichtnahme und ein rechtzeitiges Zusammenwirken aller Beteiligten bei der Planung und Durchführung von Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen. In diesem Zusammenhang verweisen wir Sie auf die Hinweise „Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“. Diese wurden vom Arbeitskreis „Baumpflanzungen im Bereich von Verteilungsanlagen“ im Arbeitsausschuss „Kommunaler Straßenbau“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) in Zusammenarbeit mit der DVGW der ATV-ad-hoc-Arbeitsgruppe „Baumstandorte“ im Fachausschuss 1.6 „Ausschreibungen und Ausführungen von Entwässerungsanlagen“ erarbeitet. Dies ist textgleich mit dem DVGW-Merkblatt GW 125 „Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle“.

Für unterirdische Trassen gilt zusätzlich:

Bei der Pflanzung im Bereich bestehender unterirdischer Gasleitungen und Kabel sind die Trassen grundsätzlich von Baumpflanzungen freizuhalten. Abstände von Baumpflanzungen zu bestehenden Verteilungsanlagen: (Die nachfolgenden Maße beziehen sich auf den horizontalen Abstand des Stammes zur Gasleitung bzw. Kabel)

- Bei einem Abstand von über 2,50 m sind Schutzmaßnahmen in der Regel nicht erforderlich.
- Bei einem Abstand zwischen 1,00 und 2,50 m ist in Abhängigkeit von Baumart und Leitungstyp der Einsatz von Schutzmaßnahmen zu prüfen und zu entscheiden.
- Bei einem Abstand unter 1,00 m ist eine Baumpflanzung nur im Ausnahmefall, unter Abwägung der Risiken, möglich. Besondere Schutzmaßnahmen sind zu vereinbaren.
- Pflanzgruben sind von Hand anzulegen, wenn die Außenkante einen geringeren Abstand als 0,50 m zur bestehenden Gasleitung oder Kabel besitzt.

Der Schutzbereich für 110 kV-Kabelanlagen beträgt 10 m. Innerhalb des Schutzbereiches darf keine Bepflanzung mit Gehölzen erfolgen. Der Schutzbereich darf nicht mit Bauwerken überbaut werden.

Bei geplanten Überbauungen (z. B. Straßen, Parkplätze usw.) sind zur Gewährleistung der erforderlichen Sicherheit eventuell zusätzliche Maßnahmen erforderlich. Die hierdurch verursachten Kosten sind durch den Antragsteller zu tragen.

Sofern Schutzmaßnahmen erforderlich werden, bedürfen diese der Abstimmung zwischen den Beteiligten.

Möglich sind z. B.:

- Trennwände aus Stahl, Beton oder wurzelfeste Kunststoffplatten
- ringförmige Trennwand (Betonrohr / Kanalschacht)
- Schutzrohre oder längsgeteilte Schutzrohre

Beim Einbau von parallelen Trennwänden müssen diese von der Oberfläche bis mindestens auf Sohlhöhe des Gasleitungs- bzw. Kabelgrabens geführt werden. Sie müssen aus schwer verrottbarem Material (Beton, Stahl, geeignete Kunststoffe) sein.

Ungeeignet sind z. B.:

- dünnwandige Folien < 2mm, Abdeckhauben, Trennwände mit ungeschützten Fugen
- Kabelkanalformsteine aus Beton

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen unsere Kundencenter/Standorte gerne zur Verfügung.

Für Freileitungen gilt:

Unter Freileitungen sind grundsätzlich keine Bauwerke zu errichten. Die Errichtung von Bauwerken ist nur möglich, wenn die innerhalb der vor genannten Normen geforderten Abstände nachgewiesen werden.

Verbindungen und Abspannungen, Plakate, Planen und sonstige Teile dürfen an Masten von Freileitungen nicht angebracht werden

Baumpflanzungen in der Nähe unserer Freileitungen stimmen wir grundsätzlich nicht zu, da diese bedingt durch den Baumwuchs, zur Beeinträchtigung der Versorgungszuverlässigkeit unserer Kunden führen können.

Die Zugänglichkeit der Maststandorte und der Trasse ist für Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten jederzeit zu gewährleisten.

Bei geplanten Straßen hat der Abstand zwischen Fahrbahnkante und den Masteckstielen, die der Fahrbahn zugewandt sind, mindestens 15 m zu betragen. Maßnahmen des Anfahrschutzes müssen im Einzelfall gesondert abgestimmt werden.

Bei der Kreuzung mit Straßen und befahrbaren Verkehrsflächen aller Art ist gemäß DIN EN 50341 zwischen Fahrbahnoberkante und Leiterseil ein Mindestabstand bei größtmöglichem Leiterseildurchhang von 7 m einzuhalten. Die Ermittlung des größten Leiterseildurchhanges und des seitlichen Ausschwingens erfolgt unter Berücksichtigung der DIN EN 50341. Es ist deshalb erforderlich, dass ein Bauprojekt beim Netzbetreiber zur Prüfung auf Einhaltung der nach DIN EN 50341 geforderten Abstände eingereicht wird, aus der die Fahrbahnhöhe, bisherige Geländehöhe und benachbarten Maststandorte hervorgehen.

Schulz, Fanny-Maria

Von: info@ewe-netz.de <info@ewe-netz.de>

Gesendet: Mittwoch, 5. Januar 2022 11:30

An: Lenke, Lydia <lenke@baukonzept-nb.de>

Betreff: AW: 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel, Stellungnahme, EWE-NETZ GmbH, 2022 - 5018 ID[|#1695324880#41914062#748019c#|]

Guten Tag Frau Lenke,

vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

Die Aufstellung oder Veränderung von Leitplanungen kollidiert in der Regel nicht mit unserem Interesse an einer Bestandswahrung für unsere Leitungen und Anlagen. Sollte sich hieraus im nachgelagerten Prozess die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben, die anerkannten Regeln der Technik sowie die Planungsgrundsätze der EWE NETZ GmbH gelten. Gleiches gilt auch für die Neuherstellung, z.B. Bereitstellung eines Stationsstellplatzes. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen.

Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite:

<https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen>.

Zur effizienten Bearbeitung von Anfragen und Stellungnahmen bauen wir unsere elektronischen Schnittstellen kontinuierlich aus. Bitte schicken Sie uns Ihre Anfragen und Mitteilungen zukünftig an unser Postfach info@ewe-netz.de.

Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Katja Mesch unter der folgenden Rufnummer: 0441 4808-1345.

Freundliche Grüße

Ihr EWE NETZ-Team

Katja Mesch

EWE NETZ GmbH

Cloppenburger Str. 302, 26133 Oldenburg

<https://www.ewe-netz.de/kontakt>

Internet: www.ewe-netz.de

Handelsregister Amtsgericht Oldenburg, HRB 5236

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. Urban Keussen

Geschäftsführung: Torsten Maus (Vorsitzender) Jörn Machheit

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Frau Leddermann
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



per E-Mail an: jleddermann@baukonzept-nb.de

René Czech

Tel. +49 561 934-1077

GNL-Cze / 2022.00008

Kassel, 06.01.2022

Leitungsrechte und -dokumentation

Fax +49 561 934-2369

Leitungsauskunft@gascade.de

BIL Nr.: 20220103-0212

**1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf
der Gemeinde Steinhöfel (2/3)
- Ihr Schreiben vom 03.01.2022 -
Unser Aktenzeichen: 99.99.99.000.00012.22
Vorgangsnummer: 2022.00008**

Sehr geehrte Frau Leddermann,

wir danken für die Übersendung der Unterlagen zu o. g. Vorhaben.

Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG.

Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.

In Ihren Unterlagen wird darauf hingewiesen, dass für die vollständige Kompensation externe Flächen benötigt werden. Um für diese externen Kompensationsflächen eine Stellungnahme abgeben zu können, sind uns entsprechende Planunterlagen zu übersenden. Eine Auflistung der Flurstücke in der Begründung oder im Umweltbericht ist nicht ausreichend.

Wir bitten Sie daher, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen.

Mit freundlichen Grüßen

GASCAD Gastransport GmbH
Leitungsrechte und -dokumentation

Czech

Welche personenbezogenen Daten unsererseits nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen erhoben und verarbeitet werden, können Sie unserer Datenschutzzinformation nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) entnehmen. Diese finden Sie im Internet unter <https://www.gascade.de/datenschutz>.

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Frau Leddermann
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



per E-Mail an: jleddermann@baukonzept-nb.de

René Czech

Tel. +49 561 934-1077

GNL-Cze / 2022.00009

Kassel, 06.01.2022

Leitungsrechte und -dokumentation

Fax +49 561 934-2369

Leitungsauskunft@gascade.de

BIL Nr.: 20220103-0214

**1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf
der Gemeinde Steinhöfel (3/3)
- Ihr Schreiben vom 03.01.2022 -
Unser Aktenzeichen: 99.99.99.000.00012.22
Vorgangsnummer: 2022.00009**

Sehr geehrte Frau Leddermann,

wir danken für die Übersendung der Unterlagen zu o. g. Vorhaben.

Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG.

Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.

In Ihren Unterlagen wird darauf hingewiesen, dass für die vollständige Kompensation externe Flächen benötigt werden. Um für diese externen Kompensationsflächen eine Stellungnahme abgeben zu können, sind uns entsprechende Planunterlagen zu übersenden. Eine Auflistung der Flurstücke in der Begründung oder im Umweltbericht ist nicht ausreichend.

Wir bitten Sie daher, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen.

Mit freundlichen Grüßen

GASCAD Gastransport GmbH
Leitungsrechte und -dokumentation

Czech

Welche personenbezogenen Daten unsererseits nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen erhoben und verarbeitet werden, können Sie unserer Datenschutzhinformer nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) entnehmen. Diese finden Sie im Internet unter <https://www.gascade.de/datenschutz>.

GDMcom GmbH | Maximilianallee 4 | 04129 Leipzig

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
 Dipl.-Ing. (FH) Michael Meißner
 Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

Ansprechpartner Ines Urbanneck
 Telefon 0341 3504 495
 E-Mail leitungsauskunft@gdmcom.de
 Unser Zeichen Reg.-Nr.: 00110/22
 PE-Nr.: 00110/22
 Reg.-Nr. bei weiterem Schriftverkehr
 bitte unbedingt angeben!
 Datum 06.01.2022

1. Änderung des Flächennutzungsplanes des Ortsteils Heinersdorf

Ihre Anfrage/n vom: an: **Ihr Zeichen:**
 Brief 03.01.2022 VNG 31320-wib/len

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:

Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
VNG Gasspeicher GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein

¹⁾ Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).

²⁾ Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen.

Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!

Bitte prüfen Sie, ob der dargestellte Bereich den Ihrer Anfrage enthält.



Karte: onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH

Darstellung angefragter Bereich: 1 WGS84 - Geographisch (EPSG:4326) 52.486082, 14.191731



Karte: onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH

Darstellung angefragter Bereich: 2 WGS84 - Geographisch (EPSG:4326) 52.451512, 14.190287

Seite 3 von 3



Karte: onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH

Darstellung angefragter Bereich: 3 WGS84 - Geographisch (EPSG:4326) 52.459740, 14.182345

Mit freundlichen Grüßen
GDMcom GmbH

-Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig.-

Kostenlos mit BIL - BUNDESWEITESTES INFORMATIONSSYSTEM ZUR LEITUNGSRECHERCHE
<https://portal.bil-leitungsauskunft.de/login>

Anlagen: Anhang

Anhang - Auskunft Allgemein

zum Betreff: **1. Änderung des Flächennutzungsplanes des Ortsteils Heinersdorf**

Reg.-Nr.: 00110/22

PE-Nr.: 00110/22

ONTRAS Gastransport GmbH
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)
VNG Gasspeicher GmbH
Erdgasspeicher Peissen GmbH

Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s.

Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.

Auflage:

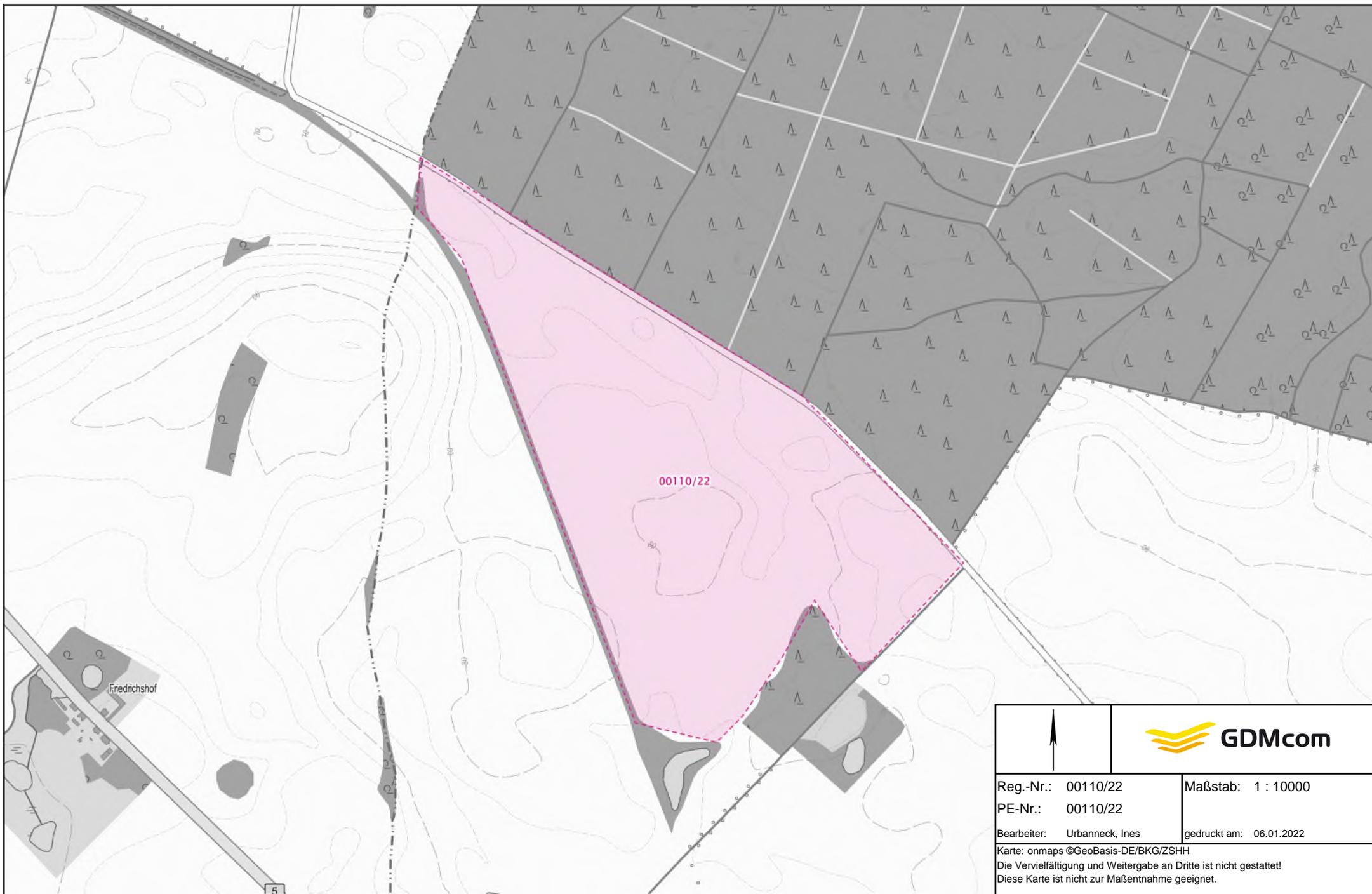
Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen.

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.

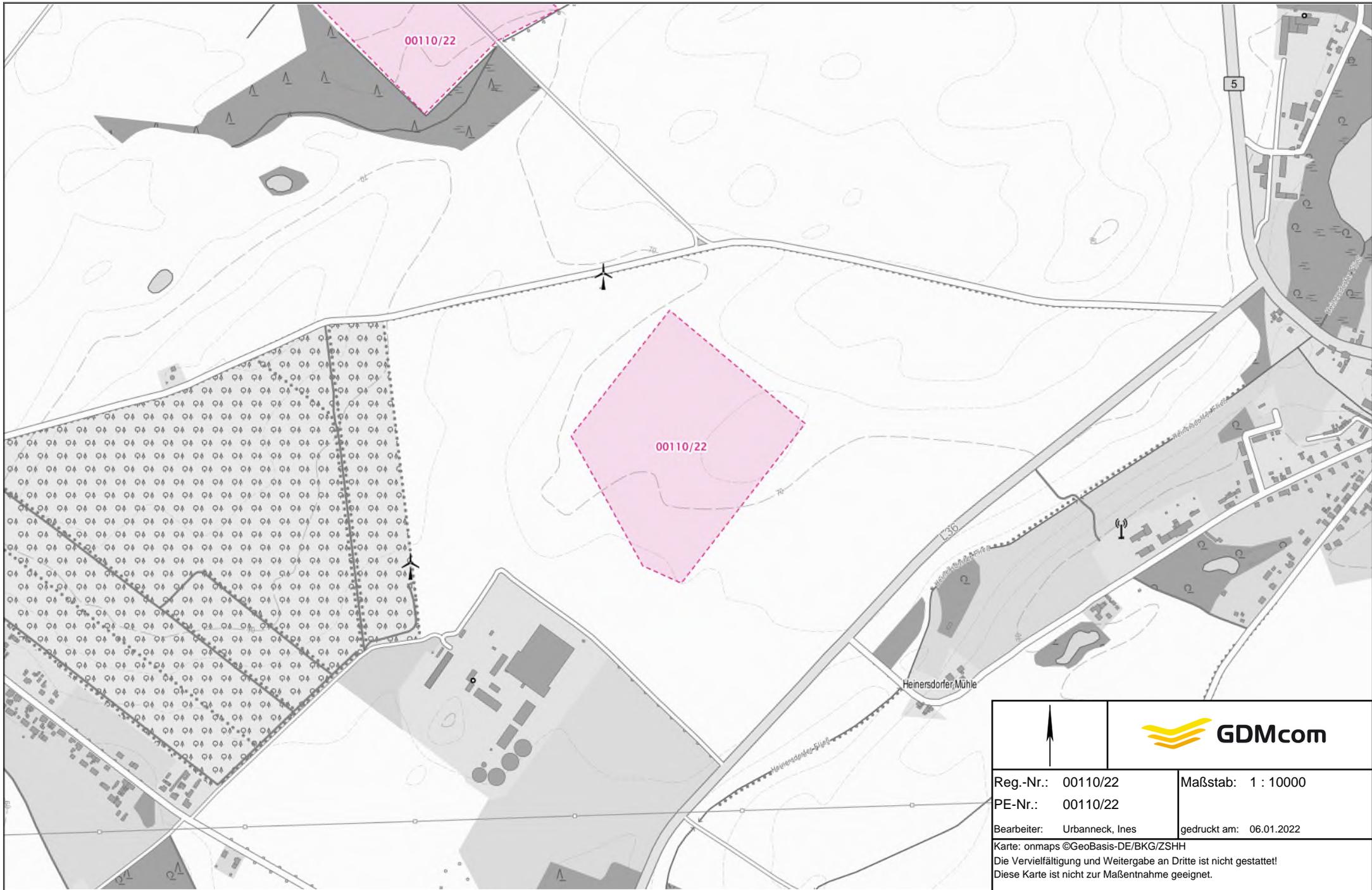
Weitere Anlagenbetreiber

Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.

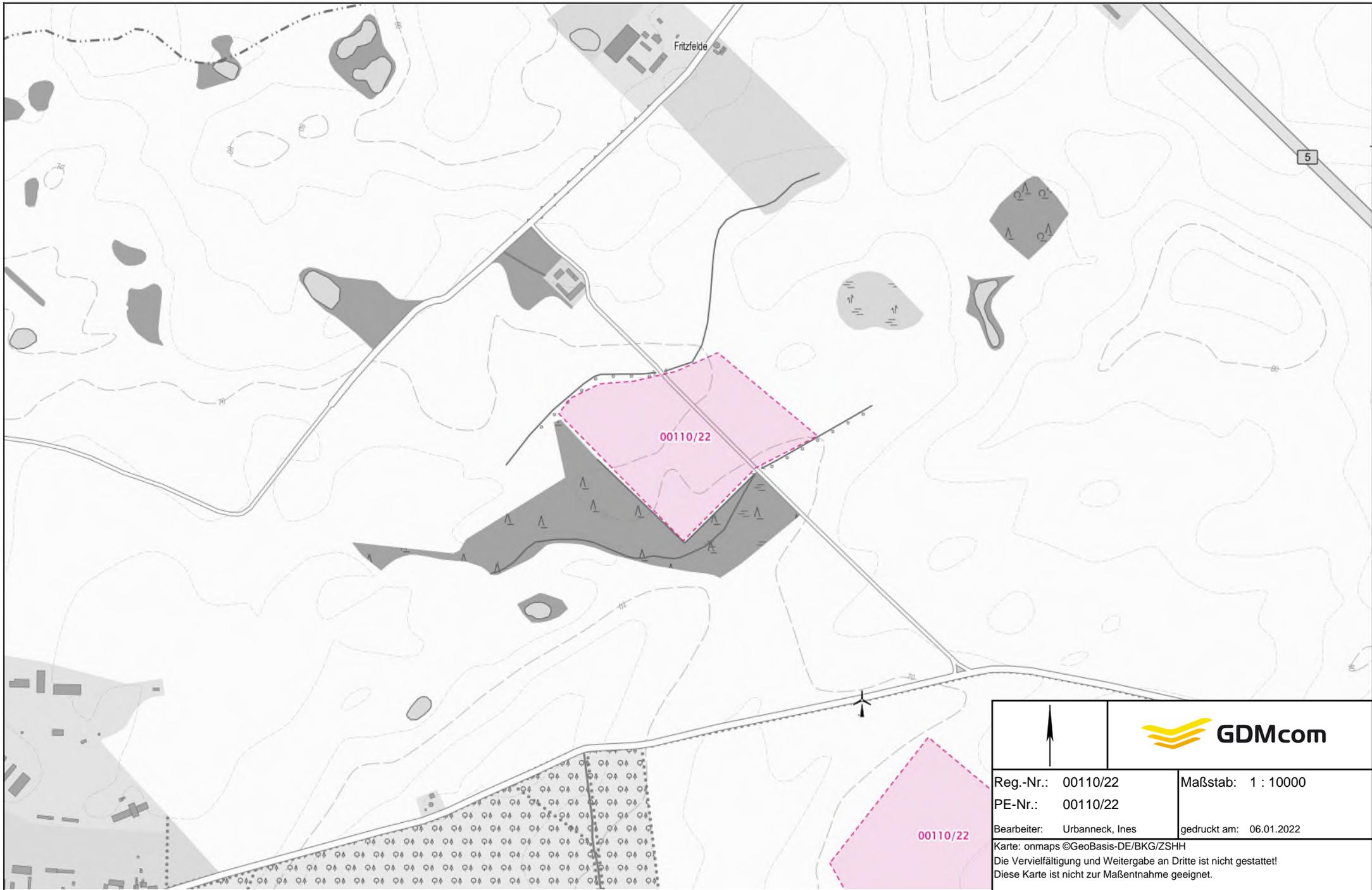
- Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig. -



			
Reg.-Nr.: 00110/22		Maßstab: 1 : 10000	
PE-Nr.: 00110/22		gedruckt am: 06.01.2022	
Bearbeiter: Urbanneck, Ines			
Karte: onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH Die Vervielfältigung und Weitergabe an Dritte ist nicht gestattet! Diese Karte ist nicht zur Maßentnahme geeignet.			



	
Reg.-Nr.: 00110/22	Maßstab: 1 : 10000
PE-Nr.: 00110/22	
Bearbeiter: Urbanneck, Ines	gedruckt am: 06.01.2022
Karte: onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH Die Vervielfältigung und Weitergabe an Dritte ist nicht gestattet! Diese Karte ist nicht zur Maßnahme geeignet.	



Gemeinsame Landesplanungsabteilung

Gemeinsame Landesplanungsabteilung | Henning-von-Tresckow-Straße 2-8 | 14467 Potsdam

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
14467 Potsdam

Gemeinde Steinhöfel
- über -
Amt Odervorland
Bahnhofstraße 3-4
15518 Briesen (Mark)

Bearb.: Jens-Uwe Gutsche
Gesch.-Z.: GL5.17-46132-304-0008/2022 (BP)
GL5.17-46132-304-0021/97 (FNP)
Tel.: 0335/60676-9937
Fax: 0335/60676-9940
jens-uwe.gutsche@gl.berlin-brandenburg.de
Internet: gl.berlin-brandenburg.de

Frankfurt (Oder), 01.02.2022

Planung / Vorhaben: BP „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf“ und „1. Änderung des T-FNP des OT Heinersdorf“ (Stand November 2021)

Gemeinde / Ortsteil: Steinhöfel / Heinersdorf
Kreis: Oder-Spree
Region: Oderland-Spree

Ihre Anfrage vom:
03.01.2022

eingegangen am:
03.01.2022

Ihr Zeichen/Reg-Nr.:
30810 – wib/ten

- | | |
|-------------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Stellungnahme zur Zielfrage gemäß Art. 12 bzw. 13 des Landesplanungsvertrages |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB |
| <input type="checkbox"/> | Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB |

Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht:

- | | |
|-------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> | Die Planungsabsicht ist nicht hinreichend zu beurteilen |
| <input type="checkbox"/> | Die Planungsabsicht steht im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Es ist derzeit kein Widerspruch zu Zielen der Raumordnung zu erkennen |
| <input type="checkbox"/> | Die Planungsabsicht ist an die Ziele der Raumordnung angepasst |
| <input type="checkbox"/> | Anrechnung auf die Eigenentwicklungsoption (EEO) |

Zielemitteilung / Erläuterungen

Für die drei Geltungsbereiche des o. g. BP sind in der Festlegungskarte des LEP HR keine flächenbezogenen Festsetzungen (i. S. v. beachtungspflichtigen Zielen) getroffen worden. Dies trifft gleichfalls auf die vorgesehenen drei Änderungsbereiche im T-FNP des OT Heinersdorf zu.

Es wird festgestellt, dass sowohl dem eingereichten Planentwurf (BP „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf“) als auch der eingereichten „1. Änderung des T-FNP im Ortsteil Heinersdorf“ (in den aus dem v. g. BP resultierenden drei Änderungsbereichen) derzeit keine rechtsverbindlichen Ziele der Raumordnung entgegenstehen.

Dienststelle

AL/SAL/GL 1, 2, 3, 5, 6 14467 Potsdam
GL 4 03046 Cottbus
GL 5 15236 Frankfurt (Oder)

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
Gulbener Straße 24
Müllroser Chaussee 54

Telefon

0331-866-8701
0355-494924-51
0335-60676-9932

Fax

0331-866-8703
0355-494924-99
0335-60676-9944

ÖPNV

Tram 92, 93, 96, Bus 606
Bus 16
Tram 3, 4, Bus 981

Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung gibt es von unserer Seite keine Hinweise. Eigene umweltbezogene Informationen liegen bei der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung nicht vor.

Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht

- Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235)
- Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)
- Sachlicher Teilregionalplan „Regionale Raumstruktur und Grundfunktionale Schwerpunkte“ der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree (RPI-RS/GSP), in Kraft getreten mit Bekanntmachung der Genehmigung (im ABl. Nr. 42 vom 27.10.2021, S. 812)

Bindungswirkung

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.

Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.

Hinweise

Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.

- Wir bitten,
 - Beteiligungen gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen **in digitaler Form** durchzuführen;
 - bei Mitteilungen über das Inkrafttreten von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 Abs. 4 Ziff. 1-3 BauGB oder die Einstellung von Verfahren (vgl. Artikel 20 des Landesplanungsvertrages) den Plan bzw. die Satzung und seine Bekanntmachung vorzugsweise in digitaler Form als **pdf-Datei** per E-Mail zu übersenden (oder alternativ in Papierform);
 - Beteiligungen bzw. Mitteilungen über die Bekanntmachung soweit möglich ergänzend als **shape-Datei** für eine Übernahme der für GL relevanten Geometrien von Bauleitplänen in unser Planungsinformationssystem (PLIS) zu übersenden; dabei sollte der verwendete Raumbezug angegeben werden (möglichst als EPSG-Schlüssel); alternativ wäre auch das .dxf-Format möglich;
 - dafür ausschließlich unser **Referatspostfach** zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de.
- Schreiben und Mitteilungen per Post bitte nur noch an die Postadresse Henning-von-Tresckow-Straße 2-8, 14467 Potsdam.
- Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: <https://gl.berlin-brandenburg.de/service/info-personenbezogene-daten-gl-5.pdf>.

Im Auftrag



Jens-Uwe Gutsche



GEWÄSSER – UND DEICHVERBAND ODERBRUCH

Körperschaft des öffentlichen Rechts
Träger der SERVICE – STATION "Östliches Brandenburg"
Der Verbandsvorsteher



1717

Gewässer- und Deichverband Oderbruch · Feldstraße 3d · 15306 Seelow

Telefon: (03346) 8988-0
Fax: (03346) 88931
E-mail: gedo@gedo-seelow.de

Baukonzept
Neubrandenburg GmbH
Gerstenstr. 9
17034 Neubrandenburg

nur per E-Mail: info@baukonzept-nb.de

Ihre Zeichen
31320-wib/len

Unsere Zeichen
hu

Datum
06.01.2022

1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Planungsbereich liegt nicht in unserem Verbandsgebiet.

Mit freundlichen Grüßen


Martin Porath
Geschäftsführer

Ines Wiehn

An: Lenke, Lydia
Betreff: AW: IHK Steinhöfel

Von: Annekathrin Kuss <Kuss@ihk-ostbrandenburg.de>

Gesendet: Donnerstag, 10. Februar 2022 15:37

An: Info <Info@baukonzept-nb.de>

Betreff: Klimapark Steinhöfel

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für die Beteiligung am Verfahren.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zu den Teilplanverfahren sowie den FNP-Änderungen teilen wir mit, dass uns für **alle Flächen** in den einzelnen Ortsteilen momentan keine Wechselwirkungen bzw. entgegenstehenden Planvorhaben unserer Mitgliedsunternehmen bekannt sind.

Für Rückfragen stehe ich selbstverständlich zur Verfügung, auch wenn diese zusammengefasste Einschätzung Probleme bereiten sollte.

Freundliche Grüße

Annekathrin Kuss
Referentin
Geschäftsbereich Wirtschaftspolitik

IHK Ostbrandenburg
Puschkinstraße 12b | 15236 Frankfurt (Oder)
Tel.: +49 335 5621-1326 | Fax: +49 335 5621-1390
E-Mail: Kuss@ihk-ostbrandenburg.de
www.ihk-ostbrandenburg.de



[Datenschutzerklärung](#) [Pflichtinformation DSGVO](#)

Sie möchten künftig keine E-Mails von der IHK Ostbrandenburg erhalten?
Schreiben Sie uns formlos unter: widerruf@ihk-ostbrandenburg.de



Von: Bernd Richter <brichter@kwu-entsorgung.de>

Gesendet: Donnerstag, 13. Januar 2022 11:53

An: Info <Info@baukonzept-nb.de>

Betreff: Klimapark Gemeinde Steinhöfel, Landkreis Oder-Spree

Klimapark Gemeinde Steinhöfel, Landkreis Oder-Spree

Stellungnahme des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers (örE)

Sehr geehrter Herr Meißner,

nach den vorliegenden Unterlagen gemäß nachstehende Aufstellung werden die Belange des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers (örE) **nicht** berührt.

B-Plan Klimapark Steinhöfel				
OT Heinersdorf	30810	1. Änderung FNP	31320	Freiflächen-PV-Anlage
OT Arensdorf	30811	1. Änderung FNP	31321	Freiflächen-PV-Anlage
OT Hasenfelde	30812	1. Änderung FNP	31322	Freiflächen-PV-Anlage
OT Demnitz	30813	1. Änderung FNP	31323	Freiflächen-PV-Anlage
OT Steinhöfel	30814	2. Änderung FNP	31324	Freiflächen-PV-Anlage
OT Tempelberg	30815	1. Änderung FNP	31325	Freiflächen-PV-Anlage
OT Neuendorf i. S.	30816			Freiflächen-PV-Anlage
OT Schönfelde/Gölsdorf	30817	1. Änderung FNP	31326	Freiflächen-PV-Anlage

Freundliche Grüße

Im Auftrag

Bernd Richter

SB örE

--

Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung

Eigenbetrieb des Landkreises Oder-Spree

Frankfurter Straße 81, 15517 Fürstenwalde/Spree

Telefon: +49 (0)3361 7743-0, Fax: +49 (0)3361 7743-50

E-Mail: post@kwu-entsorgung.de

Internet: www.kwu-entsorgung.de

Werkleiterin: Sölve Drawe

Sitz des Unternehmens: Fürstenwalde/Spree

E-Mail-Adressen des Kommunalen Wirtschaftsunternehmens Entsorgung – Eigenbetrieb des Landkreises Oder-Spree - dienen nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung. Rechtsverbindliche Erklärungen und Anträge, die nach geltendem Recht der Schriftform bedürfen und nur durch ein elektronisches Dokument in Verbindung mit einer qualifizierten elektronischen Signatur ersetzt werden könnten, müssen daher weiterhin auf dem Postwege übermittelt werden.

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese E-Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser E-Mail sind nicht gestattet.

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

Bearb.: Frau Schulze
Gesch.-Z.: 4122-50180/00870LF/2022
Telefon: 03342/4266-4112

Fax: 03342/4266-7612

Internet: <https://lbv.brandenburg.de>
E-Mail: nadin.schulze@lbv.brandenburg.de

Schönefeld, 02.02.2022

1. Änderung des Flächennutzungsplans für den Ortsteil Heinersdorf und Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel OT Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel im Parallelverfahren

Hier: Beteiligung der Behörden
Ihr Schreiben vom 03.01.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Prüfung der eingereichten Unterlagen zur 1. Änderung des Flächennutzungsplans für den Ortsteil Heinersdorf und den Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel OT Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel im Parallelverfahren (Stand: November 2021) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen:

1. Das Plangebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB.
2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftrechtlicher Sicht durch den o.g. Bebauungsplan nicht berührt.
3. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem o.g. Vorhaben nicht entgegen.
4. Es bestehen derzeit keine Bedenken gegen die 1. Änderung des Flächennutzungsplans für den Ortsteil Heinersdorf und den Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel OT Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel im Parallelverfahren (Stand: November 2021).

Begründung:

Die im Kartenmaterial ausgewiesenen Plangebiete liegen ca. 6,3 km östlich des Flugplatzbezugspunktes (FBP) des Sonderlandeplatzes (SLP) Eggersdorf.

Für den SLP Eggersdorf wurde ein beschränkter Bauschutzbereich i.S.d §§ 13, 17 LuftVG mit einem radius von 1,5 km um den Flugplatzbezugspunkt (FBP) festgesetzt.

Zur Beurteilung von Luftfahrthindernissen sind die „Gemeinsamen Grundsätzen des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb“ in den Nachrichten für Luftfahrer (NfL) I 92/13 zu beachten.

Durch die geplante Festsetzung, welche außerhalb des beschränkten Bauschutzbereiches liegt und die Festlegung der Verwendung des Gebietes als Photovoltaik Freiflächenanlage (mit einer max. Höhe von 3,5 m oberhalb des anstehenden Geländes), ist eine Beeinträchtigung ziviler luftfahrtrechtlicher Belange gegenwärtig nicht zu erwarten. Die Verwendung von reflexionsarmen Modulen wird hierbei vorausgesetzt.

Das Plangebiet liegt weiter außerhalb von Schutzbereichen ziviler Flugsicherungsanlagen (Vgl. § 18a LuftVG).

Im Ergebnis bestehen derzeit keine Bedenken gegen die 1. Änderung des Flächennutzungsplans für den Ortsteil Heinersdorf und den Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel OT Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel im Parallelverfahren (Stand: November 2021).

Hinweise:

1. Sollten das im Kartenmaterial ausgewiesene Plangebiet und / oder die Planzeichnungen geändert werden, reichen Sie die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde bitte erneut zur Prüfung ein.

2. Zur Abklärung militärischer Belange empfehle ich Ihnen, das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw), Postfach 2963, 53019 Bonn, zu beteiligen.

Ich bitte, der Luftfahrtbehörde nach Abschluss des Verfahrens, einen die luftrechtlichen Belange betreffenden Auszug vom Abwägungsprotokoll zuzusenden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Schulze

Diese Stellungnahme wurde am 02.02.2022 von Frau Nadin Schulze gezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

Bearb.: Frau Reisener
Gesch-Z.: 2226-34212-22-035
Telefon: 03342 4266 2213
Fax: 03342 4266 7604
Internet: <https://lbv.brandenburg.de>
E-Mail: LBV-TOEB@LBV.Brandenburg.de

Hoppegarten, 04.02.2022

1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Ihre Nachricht vom: 03.01.2022 Ihr Zeichen: 31320 – wib/ten

Sehr geehrte Damen und Herren,

den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planverfahren“ Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17.06.2015 (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 15.07.2015) geprüft.

Gegen die vorliegende 1. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Heinersdorf bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt, übriger ÖPNV und Luftfahrt keine Bedenken.

Anlagen der Eisenbahn sowie schiffbare Landesgewässer werden nicht berührt.

Zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung werden von Seiten der Landesverkehrsplanung keine Anforderungen erhoben, auch liegen keine planungs- und umweltrelevanten Informationen vor, die zur Verfügung gestellt werden können.

Für die Verkehrsbereiche übriger ÖPNV, Schienenpersonennahverkehr, ziviler Luftverkehr (Flugplätze), Landeswasserstraßen und Häfen liegen mir Informationen zu Planungen, die das Vorhaben betreffen können, nicht vor.

Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Reisener



LBGR | Postfach 100933 | 03009 Cottbus

Inselstraße 26
03046 Cottbus

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



Bearb.: Herr Gerber
Gesch.-Z.: 74.21.45-26-674
Telefon: 0355 / 48 640 - 333
Telefax: 0355 / 48 640 - 110
E-Mail: lbgr@lbgr.brandenburg.de
Internet: www.lbgr.brandenburg.de

Cottbus, 20. Januar 2022

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

A Allgemeine Angaben

1. Änderung des Flächennutzungsplanes des Ortsteils Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel

Ihr Schreiben vom 3. Januar 2022

Anhörungsfrist: 10. Februar 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung/Vorhaben wie folgt:

B Stellungnahme

1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:

Keine.

2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:

Keine.

Überweisungen an:

Landesbank Hessen-Thüringen
Kontoinhaber: Landeshauptkasse Potsdam
Konto-Nr.: 7 110 401 747
Bankleitzahl: 300 500 00

IBAN: DE43 3005 0000 7110 4017 47
BIC-Swift: WELADEDXXX

3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:

Planteil 1:

Laut aktueller Moorbodenkundlicher Karte (MoorFIS 2013) befinden sich südlich angrenzend an das Vorhabengebiet (siehe Übersichtskarte, Anlage) Niedermoore mit unterschiedlicher Mächtigkeit (siehe <http://www.geo.brandenburg.de/boden>).

Dies ist bei der Planung entsprechend zu berücksichtigen.

Planteil 2:

Keine Betroffenheit durch die Planung.

Planteil 3:

Östlich des Planbereichs befinden sich Altbergbauflächen der ehemaligen Braunkohlengrube „Cons. Preußen“. Nach den vorliegenden Unterlagen liegt das Plangebiet jedoch außerhalb des bergschadenkundlichen Einwirkungsbereiches stillgelegter bergbaulicher Anlagen, die nicht mehr der Bergaufsicht unterliegen (siehe Übersichtskarte, Anlage).

Laut aktueller Moorbodenkundlicher Karte (MoorFIS 2013) befinden sich im südlichen Teil des Vorhabengebietes (siehe Übersichtskarte, Anlage) Moore mit unterschiedlicher Mächtigkeit (siehe <http://www.geo.brandenburg.de/boden>).

Dies ist bei der Planung entsprechend zu berücksichtigen.

Geologie:

Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.

Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).

Freundliche Grüße

Im Auftrag

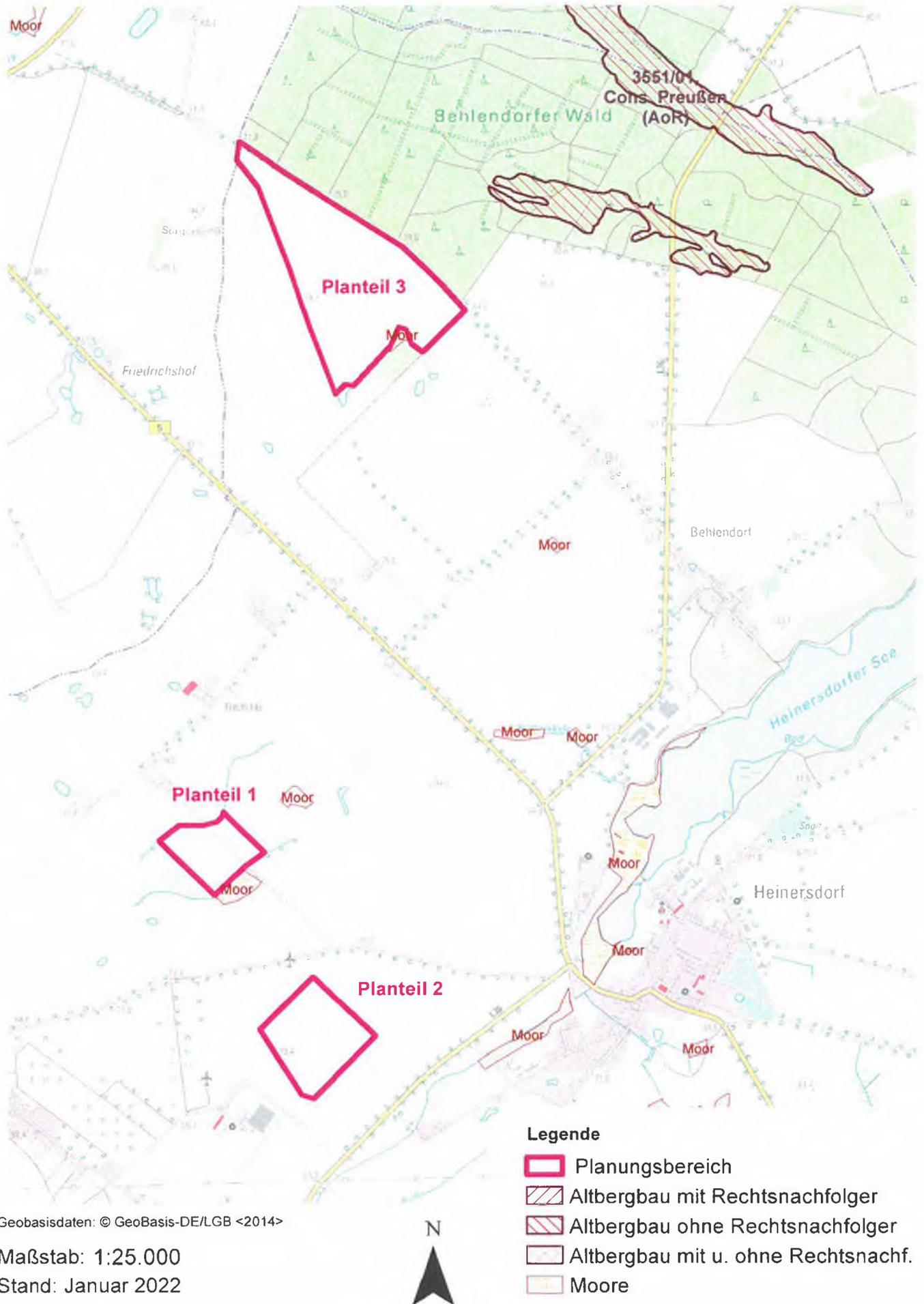


Gerber

Anlage: 1 Übersichtskarte

Vorhaben: 1. Änderung des Flächennutzungsplans
des Ortsteils Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel

Az.: 74.21.45-26-674



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB <2014>

Maßstab: 1:25.000

Stand: Januar 2022



Landesamt für Soziales und Versorgung | Postfach 10 01 23 | 03001 Cottbus

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



Lipezker Straße 45, Haus 5
03048 Cottbus

Bearb.: Herr Mangler
GZ.: 11-TÖB
Telefon: (0355) 2893-349
Fax: (0331) 27548-4516
Internet: www.lasv.brandenburg.de
Dettef.Mangler@lasv.brandenburg.de

Bus 16 bis Poznaner Str. / BTU
Tram 4 bis Gelsenkirchener Platz
Anschluss: Bus 13, 14
bis Lipezker Str./ Schwarzheider Str.
oder Tram 4 bis Schwarzheider Str.

Cottbus, 17.01.2022

Bebauungspläne und Änderungen des Flächennutzungsplans „Klimapark Steinhöfel“
- Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange nach § 4 (2) und § 2 (2) BauGB i. V. m. § 4 (1) BauGB

Betrifft Ihre Schreiben vom 03.01.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihren o. g. Schreiben begehren Sie die Stellungnahme des LASV im Rahmen der Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange nach § 4 (2) und § 2 (2) BauGB i. V. m. § 4a BauGB.

Hierzu möchte ich Ihnen mitteilen, dass das LASV von der beabsichtigten Maßnahme nicht betroffen ist.

Dies bezieht sich auf folgende Zeichen:

30811 – wib/len	30813 – wib/len	30815 – wib/len	31326 – wib/len
31321 – wib/len	31323 – wib/len	31325 – wib/len	30810 – wib/len
30812 – wib/len	30814 – wib/len	30816 – wib/len	31320 – wib/len
31322 – wib/len	31324 – wib/len	30817 – wib/len	

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Mangler

Besucheranschrift

Lipezker Str. 45, Haus 5
03048 Cottbus

Leitweg-ID für E-Rechnungen

12-121096894459866-05

Umsatzsteuer-IdNr.

DE343672726





LAND BRANDENBURG

Landesamt für Umwelt

Abteilung Technischer Umweltschutz 2

Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstr. 9
17034 Neubrandenburg



Bearb.: Frau Andrea Barenz
Gesch.-Z.: LFU-TOEB-
3700/576+7#40867/2022
Hausruf: +49 355 4991-1332
Fax: +49 331 27548-2659
Internet: www.lfu.brandenburg.de
Andrea.Barenz@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 2. Februar 2022

1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 03.01.2022
- Begründung, 11/2021
- Planzeichnung, 11/2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Der Fachbereich Naturschutz kann kapazitätsbedingt keine Stellungnahme abgeben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Barenz

Dieses Dokument wurde am 2. Februar 2022 durch Andrea Barenz schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Besucheranschrift:
Von-Schön-Straße 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:
Seeburger Chaussee 2
14476 Potsdam
OT Groß Glienicke



FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel
Ansprechpartner*In: Telefon: E-Mail:	Frau Hoffmann 0355 4991 1345 TOEB@lfu.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)
a) Einwendung
b) Rechtsgrundlage
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts
a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:
b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen
a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Sachstand:

Mit der 1. Änderung des FNP Heinersdorf sollen die Darstellungen in drei Teilbereichen entsprechend den Planungsabsichten des Bebauungsplanes „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf“ von Fläche für die Landwirtschaft in sonstiges Sondergebiet „AGRI-PV“ geändert werden.

Stellungnahme:

Rechtsgrundlagen

§ 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

§ 1 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)

Aus immissionsschutzfachlicher Sicht ergeben sich zur 1. Änderung des FNP Heinersdorf, Stand November 2021, keine grundsätzlichen Bedenken.

Es wird auf die Hinweise der Stellungnahme des LfU, Belang Immissionsschutz, zum Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf“ verwiesen.

Dieses Dokument wurde am 26. Januar 2022 durch Fanni Hoffmann schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel; Landkreis Oder Spree
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail:	Heike Priesner W 13 03 55 / 49 91 – 13 88 Heike.Priesner@LfU.Brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input checked="" type="checkbox"/>
---	-------------------------------------

1. Einwendungen Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)
a) Einwendung
b) Rechtsgrundlage
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts
a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:
b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen
a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger

Auswirkungen
b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise
<input type="checkbox"/> Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input type="checkbox"/> Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Dieses Dokument wurde am 28. Januar 2022 durch Heike Priesner schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

308/10
31320



LAND BRANDENBURG

Landesbetrieb
Forst Brandenburg
- untere Forstbehörde -

Landesbetrieb Forst Brandenburg | Oberförsterei Briesen | Frankfurter Straße 7 | 15518 Briesen

Oberförsterei Briesen

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



Bearb.: Lars Heinrich
Gesch.Z.: LFB 23.02-3154/08/22 FNP
LFB 23.02-3155/08/22 BP
Hausruf: +49 33607 592620
Fax: +49 33607 592612
Obf.Briesen@LFB.Brandenburg.de
www.forst.brandenburg.de
www.forstwirtschaft-in-deutschland.de

Briesen, 20. Januar 2022

VORENTWURF, November 2021

Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf, und 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf, Behördenbeteiligung gemäß § 4 Absatz 1 BauGB

Hier: Stellungnahme untere Forstbehörde

Unser GZ: LFB.23.02-3154/08/2022 (FNP)
LFB 23.02-3155/08/2022 (BP)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von ihnen eingereichten Unterlagen zum Vorentwurf Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf und 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf, wurden von der unteren Forstbehörde, Oberförsterei Briesen, geprüft. Innerhalb der dargestellten Baugrenzen befinden sich keine Waldflächen gemäß § 2 LWaldG¹. Eine forstbehördliche Betroffenheit liegt nicht vor.

Die untere Forstbehörde, Oberförsterei Briesen, stimmt den Vorentwürfen mit Stand November 2021 zum Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf und zur 1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf zu.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Lars Heinrich

Dieses Dokument wurde am 20. Januar 2022 durch Lars Heinrich schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Dienstgebäude

Frankfurter Straße 7

Telefon

(033607) 59260

Fax

(033607) 592612

15518 Briesen

Rechtsgrundlage

- 1) Waldgesetz des Landes Brandenburg (**LWaldG**) vom 20. April 2004 (GVBl.I/04, [Nr. 06], S.137) zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. April 2019 (GVBl.I/19, [Nr. 15])



BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
z.Hd. Herr Meißner

02/2022/Frau Pape-Zierke

Gerstenstr. 9

Potsdam, den 09.02.2022

17034 Neubrandenburg

tel.: 0331/20155-53

Vorab per Mail: info@baukonzept-nb.de

**Vorläufige Stellungnahme der o.g. Naturschutzverbände zu Photovoltaik-Bauleitplanungen
in der Gemeinde Steinhöfel (Amt Odervorland)
und den dazugehörigen Flächennutzungsplanänderungen**

Klimapark Steinhöfel

OT	Fläche	Ihr Zeichen:			
OT Arensdorf	14ha		30811 +	31321	wib/len
OT Demnitz	97ha		30813 +	31323	wib/len
OT Hasenfelde	24ha		30812 +	31322	wib/len
OT Heinersdorf	85ha		30810 +	31320	wib/len
OT Neuendorf i.S.	34ha		30816		wib/len
OT Schönfelde/Gölsdorf	120ha		30817 +	31326	wib/len
OT Steinhöfel	87ha		30814 +	31324	wib/len
OT Tempelberg	96ha		30815 +	31325	wib/len

Sehr geehrter Herr Meißner,
die Verbände bedanken sich für die Beteiligung und nehmen wie folgt Stellung:

Wir verweisen auf unsere Stellungnahme dem Amt Odervorland gegenüber, wo wir uns zum Gesamträumlichen Konzept zur energetischen Nutzung von Flächen für Photovoltaikanlagen im Gemeindegebiet Steinhöfel geäußert haben (s. Anhang).

Dort hatten wir uns grundsätzlich gegenüber der Erstellung einer Konzeption positiv geäußert. Darüber hinaus haben wir auf die verbindliche Bauleitplanung hingewiesen, wo verschiedenartige Belange geprüft und gegeneinander abgewogen werden.

Allerdings haben wir keine weitere Beteiligung zum gesamträumlichen Konzept erhalten und uns ist auch nicht bekannt, ob dieses in der uns vorliegenden Form bestätigt wurde.

Vorbehaltlich weisen wir darauf hin, daß uns bereits in der Vergangenheit eine Reihe von Planungen zur Stellungnahme vorgelegt wurden, die eine Energieerzeugung durch Biogas bzw. Photovoltaik beinhalteten:

- Solarpark Flugplatz Steinhöfel/Neuendorf i.S.
- Solarpark II Flugplatz Schönfelde/Eggersdorf
- Solarpark III Steinhöfel
- Biogas Steinhöfel/Gölsdorf
- Biogas Tempelberg/Hasenfelde

Auch hier ist uns allerdings nicht bekannt, ob all diese Planungen planungsrecht erhalten haben und auch umgesetzt wurden.

Nun liegen zu den o.g. Planungen Bebauungspläne vor, zu denen wir Stellung nehmen möchten. Diese Stellungnahmen gelten im übertragenen Sinn auch für die Flächennutzungsplanänderungen (Hinweis: für den Bereich Neuendorf i.S. lag nur der Bebauungsplan vor).

Insgesamt wird im Gemeindegebiet von Steinhöfel mit einer Gesamtfläche von 160km² für ca. 560ha für die Aufstellung von Photovoltaikanlagen überplant. Das wären somit 3% der Gesamtfläche im Gemeindegebiet (zuzüglich der bereits vorhandenen Planungen).

OT Arensdorf

14 ha landwirtschaftliche Fläche (Ackerzahl 30) mit östlich angrenzendem Waldgebiet
-es sind keine Schutzgebiete betroffen-aber ein Kleingewässer (§Biotop) wird umbaut
-östlich (Mühlenfließ) und westlich angrenzende Grabensysteme
-Vollversiegelung 125m² Teilversiegelung 9.367m²

Die Verbände lehnen die Umbauung des geschützten temporären Kleingewässers ab. Es handelt sich hier um ein Strukturelement in der ansonsten ausgeräumten Agrarlandschaft, die für das Landschaftsbild aber auch für eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten ein wertvoller Lebens- und Rückzugsraum darstellt.

Somit wäre durch die Planung einerseits das Landschaftsbild beeinträchtigt und andererseits ein Lebensraumverlust für eine Vielzahl von Tierarten zu erwarten.

Die landwirtschaftlich genutzte Ackerfläche als Offenlandbereich in Nähe des nordöstlich angrenzenden Waldbereiches ist Nahrungsgebiet für eine Vielzahl von Vögeln und Fledermäusen und Lebensraum für Insekten.

OT Demnitz (3 Planteile)

97ha landwirtschaftliche Fläche (Ackerzahl 34) mit im Osten und Süden angrenzenden Waldgebieten

-östlich grenzt das Demnitzer Mühlenfließ und westlich der Kuhluchsgraben an
-Vollversiegelung 0m² Verschattung 41.279m² Teilversiegelung 44.551m²

Folgende Bedenken werden geäußert:

Das Dorf Demnitz liegt landschaftlich eingebettet in Wiesen, Feldern und Wäldern.

Es handelt sich bei den geplanten Flächen derzeit um landwirtschaftliche Ackerflächen, ohne jegliche Versiegelung.

Es werden schon aufgrund der Überdimensionierung negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild befürchtet. Es handelt sich um Flächen, die direkt der Ortslage Demnitz vorgelagert und drei Mal so groß wie das gesamte Dorf sind.

Die landwirtschaftlich genutzte Ackerfläche als Offenlandbereich in Nähe des östlich und südlich angrenzenden Waldbereiches ist Lebensraum, insbesondere Nahrungsgebiet für eine Vielzahl von Vögeln, Fledermäusen und Insekten.

Genannt werden hier insbesondere Kranich, Storch, Seeadler, Großwild, Reptilien, Amphibien.

Es handelt sich um Gebiete, die Wald- und Offenlandschaften umfassen und vor allem für störungsempfindliche Tiere von großer Bedeutung sind.

Hier werden Brut- und Wanderungszeiten standortspezifischer Arten nachhaltig beeinträchtigt und es kommt zur Zerschneidung von Lebensräumen.

Es wird befürchtet, daß Vögel von den Solarmodulen geblendet werden und diese als Wasserfläche betrachten könnten.

Die geplanten Anlagen haben entlang der Kreisstraße - dann einen exponierten Standort— sie begleiten rechts und links die Kreisstraße und werden das Landschaftsbild nachteilig verändern sowie auch seinen Erholungswert für die Menschen.

Bei Ausgrabungsarbeiten in den 80er Jahren kamen auf den geplanten Flächen, Bodenfunde zum Vorschein die den Nachweis einer slawischen Besiedelung aus dem 7. Jahrhundert belegten (ausgewiesenes Bodendenkmal). Das Bodendenkmal befindet sich mitten im Planungsgebiet.

OT Hasenfelde (3 Planteile)

24ha landwirtschaftliche Fläche (Ackerzahl 21-37)

Planteil 1 davon 11,7ha mit nord/nordost angrenzenden geschützten Biotopen und der besten Ackerzahl (37) und 2 Söllen/Gehölzinseln in der Planfläche

-für Planfläche 3 wird auf den westlich anschließenden Graben verwiesen

-Verschattung 12.619m² Teilversiegelung 15.887m²

OT Heinersdorf (3 Planteile)

84,6ha landwirtschaftliche Fläche (Ackerzahl 22-36)

Planfläche 1

-FFH-Gebiet Mücheberg-Ergänzung in 340m Entfernung

-Gräben an Grenze im Norden und Süden

Planfläche 3

-Wald und Gehölzstrukturen im Norden

-südlich 4 in der Planfläche eingeschlossene geschützte Kleingewässer und ein Kleingewässer im Norden

-Vollversiegelung 868m² Teilversiegelung 36689m²

OT Neuendorf im Sande (3 Planteile)

34ha landwirtschaftliche Fläche (Ackerzahl 13-37)

Planteil 1 vom Neuendorfer Hauptgraben im Westen begrenzt/Ackerzahl 29

Planteil 2 der Margaretenhofer Graben verläuft von Südwest nach Nordost/Ackerzahl 37

Planteil 3 im Norden/Osten und Westen vollständig von Wald umgeben/Ackerzahl 13

Verschattung 16.962m² Teilversiegelung 28.245m²

OT Schönfelde/Gölsdorf (4 Planteile)

119,2ha landwirtschaftliche Fläche (Ackerzahl 21-29)

Planteil 2 befindet sich südlich eines ausgedehnten Waldgebietes/Ackerzahl 21

Planteil 3 mit vorhandenen linearen Gehölzstrukturen/Ackerzahl 27

Planteil 4 mit hoher Strukturvielfalt (Gehölze) und Kleingewässern/Ackerzahl 29

Verschattung 58.542m² Teilversiegelung 48.646m²

OT Steinhöfel (5 Planteile)

87,2ha landwirtschaftliche Fläche (Ackerzahl 26-37)

Planteil 1 mit geschütztem Kleingewässer und Graben mit geschützter Wasserfläche

Planteil 2 mit geschütztem Kleingewässer und mittig verlaufendem Graben

Planteil 3 geschütztes Biotop außerhalb Plangebiet an der südlichen Grenze und südlich angrenzender Wald

Planteil 5 Grünstreifen mittig und außerhalb an südwestlicher Grenze ein geschütztes Kleingewässer

Verschattung 42.592m² Teilversiegelung 59.571m²

OT Tempelberg (2 Planteile)

96,3ha landwirtschaftliche Fläche (Ackerzahl 18-22)

Planteil 1 mit südlich anschließendem Tempelberger Forst und von Nord nach Süd querendem Charlottenhofer Graben/Ackerzahl 22

Planteil 2 mit südlich angrenzendem Tempelberger Forst

Verschattung 49.395m² Teilversiegelung 42.378m²

FAZIT

Die Verbände lehnen die Umbauung geschützter temporären Kleingewässers/Gräben ab. Es handelt sich hier um ein Strukturelement in der ansonsten ausgeräumten Agrarlandschaft, die für das Landschaftsbild aber auch für eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten ein wertvoller Lebens- und Rückzugsraum darstellt.

Somit wäre durch die Planung einerseits das Landschaftsbild beeinträchtigt und andererseits ein Lebensraumverlust für eine Vielzahl von Tierarten zu erwarten.

Dies betrifft insbesondere:

Arensdorf

Heinersdorf/Planfläche 3

Schönfelde/Gölsdorf/Planfläche 4

Steinhöfel/Planteil 1+2

Bedenken werden auch geäußert bei Um-/Überbauung von wertvollen Grünstrukturen und/oder bei unmittelbarem Anschluß an Waldflächen:

Dies betrifft insbesondere

Arensdorf-Wald östlich

Heinersdorf/Planteil 3-Wald nördlich

Steinhöfel/Planteil 3-Wald südlich

Tempelberg/Planteil 1+2 Wald südlich (Tempelberger Forst)

Darüber hinaus wird gefordert deutlich höhere Abstandsflächen zu Gräben (mindestens 20m) einzuhalten

Dies betrifft insbesondere:

Ahrensdorf

Demnitz (Demnitzer Mühlenfließ+Kuhluchsgraben

Heinersdorf/Planfläche 1

Neuendorf im Sande Planfläche 1-Neuendorfer Hauptgraben

Planfläche 2 Margaretenhofer Graben

Steinhöfel/ Planteil 1-Graben mit geschützter Wasserfläche

Planteil 2-Graben mittig

Tempelberg Planteil 1 Charlottenhofer Graben

Eine deutlich höhere Abstandsfläche ist auch zu unmittelbar an der Grenze befindlichen geschützten Biotopen (mindestens 20m) einzuhalten

Dies betrifft insbesondere:

Hasenfelde/Planteil 1

Steinhöfel/Planteil 3

Somit bestehen gegenüber allen ausgewiesenen Planflächen zumindest für einzelne Planteile aus naturschutzfachlicher Sicht Bedenken.

Zur abschließenden Bewertung der artenschutzrechtlichen Belange wird für alle Planflächen ein **Artenschutzfachbeitrag** gefordert.

Die Umbauung von geschützten Biotopen (Kleingewässer/Gehölzinseln ect) wird grundsätzlich **abgelehnt**.

Die Abstandsflächen zu Wald sind mindestens auf 50m zu vergrößern.

Dies trifft auch auf Gräben zu.

Straßen, wie die K 6740 stellen bereits ein landschaftszerschneidendes Element (Migrationshindernis) dar, welches durch angrenzende Solarfelder noch verstärkt wird. Die Überbauung angrenzender Flächen durch Solarmodule verstärkt bau- und anlagebedingt die bereits vorhandenen Eingriffe.

Die **kumulative Wirkung** der gesamten Planung einschließlich der Vorbelastungen im Gemeindegebiet sind dringend berücksichtigen und hinsichtlich der Gesamtwirkung im Zuge der Eingriffsbilanzierung zu prüfen.

Die **Verschattung und Mehrversiegelung** (Voll- und Teilversiegelung) lediglich durch Kompensationspflanzungen und Umwandlung von Intensivacker in minder bewirtschaftete Nutzformen zu kompensieren wird kritisch gesehen. Hier sollten zwingend auch nach **Entsiegelungsmaßnahmen** gesucht werden.

Insgesamt betrachtet, erachten wir die Inanspruchnahme von 560ha Fläche innerhalb des Gemeindegebietes zuzüglich der bereits bestehenden Vorbelastungen als viel zu hoch, um die Belange von Natur und Landschaft ausreichend berücksichtigen zu können.

Die Naturschutzverbände orientieren auf die höhere Inanspruchnahme von Dachflächen, um die Inanspruchnahme von Grund und Boden (welche Art auch immer) zu minimieren.

Dire Verbände bitten um weitere Beteiligung am laufenden Verfahren einschließlich der Bekanntgabe der Abwägungsergebnisse.

Mit freundlichen Grüßen



Anlage:

eMail an das Amt Odervorland zum Gesamträumlichen Konzept zur energetischen Nutzung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Gebiet der Gemeinde Steinhöfel vom 26.11.2021



LAND BRANDENBURG



LGB | Heinrich-Mann-Allee 103 | 14473 Potsdam

Baukonzept
Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9

17034 Neubrandenburg

Postanschrift

Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Bearb.: Herr Hilke
Gesch.-Z.: 21.3 - 548 - 1
Telefon: (0331) 270 9745
Fax: (0331) 270 9746
Internet: www.geobasis-bb.de

juergen.hilke@geobasis-bb.de

Potsdam, den 14. Januar 2022

1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf

Ihr Zeichen: Ihr Schreiben vom 03.01.2022
Ihr Zeichen: 31320 – wib/len

Hier: Gefährdung von Festpunkten der Landesvermessung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Prüfung der durch die Landesvermessung zu vertretenden öffentlichen Belange beim o.g. Projekt stelle ich fest, dass durch die vorgesehenen Bauarbeiten keine amtlichen Lage- und Höhenfestpunkte gefährdet sind.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Jürgen Hilke

Besucheradressen

Betriebsitz Robert-Havemann-Straße 4 · 15236 Frankfurt (Oder) · +49 335 5582-521
Betriebsstelle Heinrich-Mann-Allee 103 · 14473 Potsdam · +49 331 8844-0
Betriebsstelle Ahornweg 3 · 17291 Prenzlau · +49 3984 8568-0

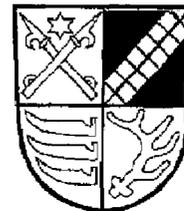
Die LGB ist ein Landesbetrieb, der dem Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg zugeordnet ist.



Landkreis Oder-Spree

Der Landrat

untere Bauaufsichtsbehörde



Postanschrift:
Landkreis Oder-Spree, Breitscheidstr. 7, 15848 Beeskow

Dezernat: III - Bauen, Ordnung und Umwelt
Amt: Bauordnungsamt - AG Bauleitplanung
Dienstgebäude: 15848 Beeskow
Rathenaustraße 13
Haus C, Zimmer 201

Amtsdirktorin
des Amtes Odervorland
Frau Marlen Rost
Bahnhofstr. 3
15518 Briesen

Ansprechpartner(in): Frau Schaper
Telefon: 03366 35-1603
Telefax: 03366 35-2639
E-Mail: bauleitplanung@landkreis-oder-spree.de

Aktenzeichen:	eingegangen am:	Datum:	03. Februar 2022	
63.02-51.10.20-20004-22-93	04.01.2022			
Grundstück:	Steinhöfel, Heinersdorf, ~			
Gemarkung:	Heinersdorf	Heinersdorf	Heinersdorf	Heinersdorf
Flur:	1	1	2	2
Flurstück:	19	56	25	26
Anlass:	Stellungnahme zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 4 Abs. 1 BauGB			

Planungsabsicht: Darstellung von drei Sondergebieten Zweckbestimmung AGRI-PV
Fläche: ca. 65,3 ha
Planungsstand: November 2021

Sehr geehrte Frau Rost,

wir bedanken uns für die Beteiligung am Planverfahren.
Zum Planentwurf äußern sich die beteiligten Ämter und Behörden wie folgt:

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

Umweltamt
SG untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Amt für Infrastruktur und Gebäudemanagement
SG Kreisliche Infrastruktur/Staßenaufsicht

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen).

Eine angegebene Emailadresse dient nur dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur. Für die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation per Email ist folgende Emailadresse eingerichtet worden: vps@landkreis-oder-spree.de. Rahmenbedingungen siehe www.l-os.de/vps.

Sprechzeiten:	Telefon: 03366 35-0	Bankverbindung:	Sparkasse Oder-Spree
Di / Do 09 - 12; 13 - 18 Uhr	Telefax: 03366 35-1111	BIC:	WELADED1LOS
Mo / Fr nach Vereinbarung	Internet: www.l-os.de	IBAN:	DE43 1705 5050 2200 6011 77
Mi geschlossen	E-Mail: kreisverwaltung@l-os.de	Umsatzsteuer ID-Nr.:	DE162705039

Umweltamt
SG untere Wasserbehörde

a. Einwendungen:

Bauflächen, für die eine zentrale Abwasserbeseitigung nicht vorgesehen ist, sind in dem Flächennutzungsplan nicht eingezeichnet.

b. Rechtsgrundlage:

§ 5 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 4 BauGB

c. Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder Überwindung (z.B. Ausnahme oder Befreiungen):

Bei nicht vorhandener und geplanter Schmutzwasserleitung sind die Bauflächen darzustellen, für die eine zentrale Abwasserbeseitigung nicht vorgesehen ist.

- X** Sonstige fachliche Informationen oder rechtliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Kreisentwicklungsamt
SG Kreisentwicklung und Investitionsförderung

Nach dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) ist im Interesse des Klimaschutzes, der weiteren Reduzierung von Treibhausgasen durch komplexe Umsetzung von Maßnahmen, u. a. der Nutzung regenerativer Energien, Rechnung zu tragen. Voraussetzungen für den weiteren Ausbau regenerativer Energieträger sollen an geeigneten Standorten geschaffen werden. PV-Freiflächenanlagen können, nach Prüfung ihrer Raumverträglichkeit, insbesondere hinsichtlich der naturschutzfachlichen und touristischen Auswirkungen, flächenschonend hauptsächlich auf Konversionsflächen errichtet werden.

Aus Sicht der Kreisplanung ist die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Steinhöfel, OT Heinersdorf grundsätzlich zu befürworten und die hierfür notwendigen bauleitplanerischen Aktivitäten zu unterstützen.

Das Vorhaben entspricht den aktuellen Zielen der Landesplanung hinsichtlich der Energiestrategie 2030 sowie den im Entwurf vorliegenden Zielen zur Energiestrategie 2040.

Nach den gegenwärtigen Erkenntnissen ist für das betroffene Gebiet keine aktuelle, dem Vorhaben widersprechende Planung in Arbeit.

Umweltamt
SG untere Naturschutzbehörde

Die Änderung des Flächennutzungsplans für den Ortsteil Heinerdorf kann auf der Grundlage der vorliegenden Unterlagen nicht abschließend bearbeitet werden. Eine qualifizierte naturschutzfachliche Stellungnahme ist derzeit nicht möglich.

Begründung

Laut § 5 BauGB sind „im Flächennutzungsplan für das **ganze** Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen darzustellen.“

Die Amtsgemeinde Steinhöfel verfügt für die einzelnen Ortsteile über Teil- FNP.

Nun beabsichtigt die Gemeinde mit dem Projekt „Klimapark Steinhöfel“ an acht verschiedenen Bereichen im Gemeindegebiet Freiflächen-PV Anlagen mit einer Fläche von insgesamt ca. 560 ha zu installieren.

Mit diesem Projekt soll ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet und gleichzeitig eine alternative Nutzung von sogenannten benachteiligten Ackerböden herbeigeführt werden.

Aufgrund der großen räumlichen Ausdehnung können die Umweltauswirkungen dieses Projekts nicht nur auf der Ebene der einzelnen Bebauungspläne betrachtet werden, wie in der vorliegenden Begründung zur FNP Änderung argumentiert wird, sondern es muss für bestimmte Schutzgüter die kumulierende Wirkung der Summe der Teilprojekte betrachtet werden. Dazu ist es unabdingbar, dass die Gemeinde als erstes einen gesamtgemeindlichen FNP aufstellt, in dem diese Fragen bewertet werden können und eine Prioritätensetzung für das gesamte Gemeindegebiet erfolgen kann.

Hierzu sind die Grundsätze über die Festlegung des Untersuchungsrahmens eines Umweltberichtes aus dem UVPG zu beachten: (UVPG § 39 Abs. 3)

„Sind Pläne und Programme Bestandteil eines mehrstufigen Planungs- und Zulassungsprozesses, soll zur Vermeidung von Mehrfachprüfungen bei der Festlegung des Untersuchungsrahmens bestimmt werden, auf welcher der Stufen dieses Prozesses bestimmte Umweltauswirkungen schwerpunktmäßig geprüft werden sollen.[...] Bei nachfolgenden Plänen und Programmen sowie bei der nachfolgenden Zulassung von Vorhaben, für die der Plan oder das Programm einen Rahmen setzt, soll sich die Umweltprüfung auf zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen sowie auf erforderliche Aktualisierungen und Vertiefungen beschränken.“

Aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde hat an dieser Stelle der FNP als Rahmenplan die Prüfung im Bereich Landschaftsbild, Freiraumverbund, Biotopverbund, Wanderkorridore von Säugetieren sowie Rastplätze von Zugvögeln zu übernehmen. Die Prüfung der Eingriffsregelung für die Schutzgüter Boden und Wasser dagegen und die artenschutzrechtliche Betrachtung der Arten mit einem lokalen Territorialanspruch können auf der B-Plan Ebene verbleiben.

Ergänzend zu der Aufstellung des Gesamt-FNP hat die Gemeinde die Fortschreibung ihres Landschaftsplanes entsprechend des § 11 BNatSchG zu prüfen. Danach sind Landschaftspläne aufzustellen, sobald und soweit dies [...] erforderlich ist, insbesondere weil wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten, vorgesehen oder zu erwarten sind.

Dies bezieht sich nicht nur auf Veränderungen, die eintreten werden, wie im Falle der Änderungen des FNP, sondern auf Veränderungen, die bereits eingetreten sind.

Die untere Naturschutzbehörde empfiehlt der Gemeinde somit unbedingt die Fortschreibung der Landschaftspläne gerade auch im Hinblick auf die kommende Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes, die u.a. folgende Änderung des § 11 vorsieht:

§ 11 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.

b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Landschaftspläne sind mindestens alle zehn Jahre daraufhin zu prüfen, ob und in welchem Umfang mit Blick auf die in Absatz 2 Satz 1 genannten Kriterien eine Fortschreibung erforderlich ist.“

Gerne stellt die untere Naturschutzbehörde bei der Bewältigung dieser Aufgaben den in den nächsten Tagen rechtskräftig werdenden Landschaftsrahmenplan sowie den fachlichen Austausch als Hilfestellung zur Verfügung.

SG untere Wasserbehörde

Im Bereich der Änderungsflächen des Flächennutzungsplans sind keine Abwasserleitungen und Trinkwasserleitungen eingetragen.

Diese können gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 BauGB in den Flächennutzungsplan mit aufgenommen werden.

Bauordnungsamt

AG untere Denkmalschutzbehörde

Durch das o.g. Vorhaben sind nach dem derzeitigen Kenntnisstand weder Bau- noch Bodendenkmale betroffen.

AG Bauleitplanung

Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB ist im Rahmen der Flächennutzungsplanung eine Umweltprüfung durchzuführen. Lediglich ein Verweis auf die Prüfung im Bebauungsplanverfahren ist nicht ausreichend.

Bei der Ausweisung von neuen Standorten für bauliche Nutzungen im Flächennutzungsplan ist eine Untersuchung von Standortalternativen Bestandteil der Abwägungsentscheidung und in der Begründung darzulegen.

Siehe dazu Beschluss des OVG für das Land Schleswig-Holstein vom 05.07.2012, AZ: 1 LA 30/12 „Die Gemeinde muss sich in ihrer planerischen Abwägung mit Standortalternativen auseinandersetzen, dabei mehrere - sich anbietende - Varianten in den Blick nehmen und im Ergebnis eine den allgemeinen Planungsvorgaben in § 1 Abs. 6 BauGB gerecht werdende Abwägungsentscheidung treffen.(Rn.7)(Rn.8)

Die vorbereitende Bauleitplanung von (großflächigen) Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Außenbereich darf weder von "Wünschen" betroffenen Eigentümer noch von "förderrechtlichen" Voraussetzungen des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien dominiert sein. Die Standortsuche und die Flächenauswahl muss im gesamten der Gemeinde zur Verfügung stehenden Planungsraum nach objektiven Kriterien erfolgen und dabei - insbesondere - die allgemeinen Belange der Siedlungsentwicklung, der Bau - und Bodendenkmäler, des Landschaftsbildes sowie des Umwelt- und Naturschutzes berücksichtigen und abwägen.(Rn.9)“

Es wird daher begrüßt, dass für das Gebiet der Gemeinde Steinhöfel ein gesamtgemeindliches Konzept zur Ermittlung von geeigneten Flächen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen erstellt wird.

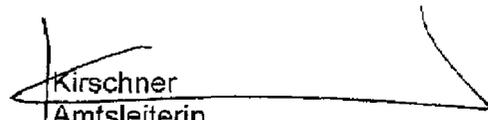
Dieses Konzept sollte die Grundlage für die Abwägungsentscheidung zur Ausweisung von entsprechenden Bauflächen/-gebieten im Flächennutzungsplan darstellen.

Landwirtschaftsamt
SG Agrarentwicklung

Der Änderung des o. g. FNP des OT Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel des Amtes Oderland zur energetischen Nutzung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf Landwirtschaftsflächen wird zugestimmt, aber nur unter der Maßgabe der Einhaltung der im Landkreis Oder Spree gefassten Kriterien und Leitfaden für PV-FFA , Stand November 2021 und der Stellungnahme des Dezernates IV zum Konzept für PV-FFA in der Gemeinde Steinhöfel.

Freundliche Grüße

im Auftrag


Kirschner
Amtsleiterin

Mineralölverbundleitung GmbH Schwedt, Lange Straße 1, 16303 Schwedt/O.

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

Ihre Zeichen: 31320
Ihre Nachricht v.: 03.01.2022

Unser Zeichen: -A 011/22-
Telefon: 03332/ 38 286
E-Mail: hoffmann@mvl-schwedt.de
Datum: 10.01.2022

Betreff

1. Änderung des FNP des Ortsteils Heinersdorf (Nr.: 31320)

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsererseits wird gegen die o. g. Maßnahme kein Einwand erhoben, da sich im gekennzeichneten Bereich Ihrer uns zugesandten Unterlagen keine Anlagen oder Anlagenteile unseres Unternehmens befinden bzw. diese von Ihrem Vorhaben nicht beeinflusst werden.

Die Beantragung eines Schachtscheines für Erd- und Stemmarbeiten ist nicht erforderlich.

Wir bitten Sie, bei künftigen Anfragen das für Sie kostenfreie „Bundesweite Informationssystem zur Leitungsrecherche“ – BIL (online unter ***bil-leitungsauskunft.de***) zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen



ppa. Enrico Monzert



i.A. Antje Hoffmann

Informationspflichten bei Erhebung von Daten bei der betroffenen Person gem. Art. 13 DSGVO

Sehr geehrter Geschäftspartner,
sehr geehrte Damen und Herren,

Datenschutz hat einen besonders hohen Stellenwert für uns. Die am 25.05.2018 in Kraft getretene EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verpflichtet uns, Sie darüber in Kenntnis zu setzen, dass in unserem Hause Daten über Ihr Unternehmen sowie personenbezogene Daten gespeichert und vorgehalten werden. (Rechtsgrundlagen der Verarbeitung und Speicherung bilden die Art. 6 Abs. 1 Buchstaben a), b) und f) DSGVO sowie die einschlägigen Vorschriften des HGB und der AO.)

Dies betrifft vornehmlich unternehmensspezifische Daten, wie Ansprechpartner, Anschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen, Steuernummern, Bankverbindungen sowie Daten über unsere Geschäftsprozesse, (u.a. Anfragen, Angebote, Bestellungen, Auftragsbestätigungen, Lieferscheine, Rechnungen, Standortzustimmungen, Schachtscheine sowie Bauherren- und Baustellenanschriften) welche im Zuge der ordnungsgemäßen Geschäftsabwicklung notwendig und erforderlich sowie aufgrund anderer gesetzlicher Vorschriften (Aufbewahrungsfristen) vorzuhalten sind.

Eine Weitergabe der Daten an Dritte, die nicht im Zusammenhang mit den Verarbeitungsvorgängen bzw. der Durchführung der Geschäftsprozesse beauftragt sind, erfolgt nicht.

Wir haben technische und organisatorische Maßnahmen zum angemessenen Schutz der Daten getroffen, die den gesetzlichen Anforderungen genügen. Hierbei sind die Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit, Belastbarkeit der Systeme und Dienste im Zusammenhang mit der Verarbeitung der Daten auf Dauer geregelt.

Die Daten werden gelöscht, sofern der Zweck der Verarbeitung nicht mehr erforderlich und nicht mehr zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung erfordert (z. B. gesetzliche Aufbewahrungsfristen), notwendig ist.

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen die folgenden Rechte zu:

Das Recht auf

- Auskunft (Art. 15 DSGVO),
- Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Löschung oder Einschränkung, sowie Widerspruch (Art. 17, 18 und 21 DSGVO)
- Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Dafür wenden Sie sich bitte per E-Mail an kontakt@mvl-schwedt.de.

Wenn kein Einspruch auf Speicherung der Daten vorliegt, setzen wir Ihr Einverständnis voraus, auch für zukünftig entsprechende personenbezogene und unternehmensspezifische Daten, die zur Abwicklung der Geschäftsprozesse erforderlich sind, Ihre Daten zu speichern und zu verarbeiten. Ihren Widerspruch können Sie auch zu jedem späteren Zeitpunkt entscheiden. Dazu bitten wir Sie, uns entsprechend schriftlich zu informieren. Bitte nutzen Sie dazu die o.g. E-Mail-Adresse oder unsere im Folgenden aufgeführten Kontaktdaten:

Mineralölverbundleitung GmbH Schwedt
Datenschutz
Lange Straße 1
16303 Schwedt

Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter:
<https://www.mvl-schwedt.de/datenschutz.html>.

Vielen Dank für Ihre Zusammenarbeit und weiterhin auf eine gute und erfolgreiche Partnerschaft.

NBB - EUREF-Campus 1-2- 10829 Berlin

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH

Gerstenstr. 9
17034 Neubrandenburg

- **NBB Netzgesellschaft
Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG**
EUREF-Campus 1-2, 10829 Berlin
HRA 37374 B Amtsgericht Charlottenburg
- Martin Sammert (WGI i.A. der NBB)
EUREF-Campus 1-2, 10829 Berlin
Telefon 030 / 45 30 52 31
Planauskunft@nbb-netzgesellschaft.de
www.nbb-netzgesellschaft.de



NetzinfoBB – Die Service-App
für unterwegs: www.nbb-app.de

Berlin, 26.01.2022

Unser Zeichen: 2022-002548_O
Ihr Schreiben vom 20.01.2022 mit Zeichen wib/len
zur Maßnahme Steinhöfel, , ; Klimapark Steinhöfel

Sehr geehrte Frau Lenke,

die WGI GmbH wird von der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG (nachfolgend NBB genannt) beauftragt, Auskunftsersuchen zu bearbeiten und handelt namens und in Vollmacht der NBB. Die NBB handelt im Rahmen der ihr übertragenen Netzbetreiberverantwortung auch namens und im Auftrag der GASAG AG, der EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, der Stadtwerke Bad Belzig GmbH, der Gasversorgung Zehdenick GmbH, der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, der NGK Netzgesellschaft Kyritz GmbH, der Netzgesellschaft Hohen Neuendorf (NHN) Gas mbH & Co.KG, der Rathenower Netz GmbH, der Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH (NGHGas), der Stadtwerke Forst GmbH und der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG.

In der gesamten Gemeinde Steinhöfel und deren Ortsteile sind keine Anlagen die sich in unserer Verantwortung befinden vorhanden.

Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu sind von Ihnen gesonderte Auskünfte einzuholen.

Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der NBB vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen



i.A. B. Kiesow

i.A. Benjamin Kiesow

i.A. Martin

i.A. Martin Sammert

Anlagen:
Plan

SCHNELL UND KOSTENLOS: DIE LEITUNGSPLANAUSKUNFT ONLINE

Für die Bearbeitung aller Anfragen an die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG zum Leitungsbestand, zur Zustimmung zu Bauvorhaben und bei Beteiligung als Träger öffentlicher Belange steht das Leitungsauskuftsportal (LAP) der infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH unter www.infrest.de zur Verfügung.

Die NBB kann dauerhaft, unbegrenzt und kostenfrei mit dem Einmalzugang über das LAP beteiligt werden. Für mehrfache oder regelmäßige Nutzung empfehlen wir den Premiumzugang.



 Maßstab: 1:100000 DIN A3	Ort/Transportleitung: Sparte/Ferngas, Gas Steinhöfel		 NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG Registriernr.: 2022-002548 Firma: WGI Erstellt am: 26.1.2022
	Plannr.: Seite:	Straße: Übersicht	
Erstellt von: Martin Sammert		Leitungsschutzanweisung und Freistellungsvermerk sind zu beachten	

Schulz, Fanny-Maria

Von: PIOSFF Froberg, Thomas <Thomas.Frohberg@polizei.brandenburg.de>

Gesendet: Freitag, 7. Januar 2022 12:36

An: Info <Info@baukonzept-nb.de>

Betreff: WG: TöB / 31320 und 30810

Guten Tag,

keine Bedenken, Hinweise oder Anregungen. Zukünftig reicht es aus, die Anfragen per mail zu senden.

Mit freundlichen Grüßen

*Thomas Froberg
Polizeipräsidium Brandenburg
Polizeidirektion Ost
Polizeiinspektion Oder-Spree/ Frankfurt (Oder)
Führungsdienst
Verkehrsangelegenheiten / EUSKA / PKS / Sportkoordinator
August-Bebel-Straße 63
15517 Fürstenwalde*

Telefon 03361/ 568-1012 (TkSoNe 07-471-1012)

Fax 03361/ 568-1009

Mail thomas.frohberg@polizei.brandenburg.de oder: fued.piosff@polizei.brandenburg.de

 think green - read on screen

Sofern Sie uns Daten als Mailanlage übermitteln wollen, beschränken Sie sich bitte auf aktuelle Standardformate (jpg, png, tiff, docx, xlsx, pdf) und verzichten Sie auf Makros oder passwortgeschützte Bereiche. Für Archive (z.B. zip, 7z) gilt eine maximal 3fache Komprimierung und kein Passwortschutz.



Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree * Regionale Planungsstelle
Eisenbahnstraße 140 * 15517 Fürstenwalde/Spree

Ansprechperson: Philipp Zenz
Telefon: 03361 598 02 46
Fax: 03361 598 92 41
E-Mail: post@rpg-oderland-spree.de

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH

Geschäftsführer

Michael Meißner

Gerstenstr. 9

17034 Neubrandenburg



Ort, Datum: Fürstenwalde/Spree,
17. Januar 2022

Regionalplanerische Stellungnahme zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes des Ortsteils Heinersdorf in der Gemeinde Steinhöfel

Ihr Schreiben vom 03.01.2021

Sehr geehrter Herr Meisner,

wir danken Ihnen für die frühzeitige Beteiligung bei der Änderung des Flächennutzungsplanes zum „Klimapark Steinhöfel - OT Heinersdorf“ in der Gemeinde Steinhöfel, OT Heinersdorf.

Unsere regionalplanerische Beurteilung lautet:

Die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Heinersdorf zur Ermöglichung moderner Agri-Photovoltaik Flächennutzungskonzepte in einem sonstigen Sondergebiet „AGRI-PV“ ist mit den regionalplanerischen Zielen (Maßstab 1:100.000) der Raumordnung vereinbar.

Die zur regionalplanerischen Beurteilung genutzte Grundlage, entnehmen Sie bitte der Stellungnahme zum Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel – OT Heinersdorf“.

Für weitere Fragen hierzu stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Rump

Leiter Reg. Planungsstelle

Verteiler

GL 5

LK LOS

R:\TOEBI\Oderland\PVA\Förmliche Beteiligung\OT Heinersdorf\2022-17-01-FNP-Klimapark Steinhöfel-OT Heinersdorf.docx



Stadt Frankfurt (Oder) | PSF 13 63 | 15203 Frankfurt (Oder)

Amt Bauamt

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstr. 9
17034 Neubrandenburg

Gebäude Stadthaus, Goepelstraße 38
Auskunft erteilt Frau Pilchowski
Zimmer 1.421
Telefon +49 (0)335 / 552 6107
Telefax +49 (0)335 / 552 6199
E-Mail antje.pilchowski@frankfurt-oder.de
Aktenzeichen
Personennummer
Datum 07.02.2022

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom
30810 – wib/len; 03.01.2022
31320 – wib/len; 03.01.2022

Unser Zeichen (bitte bei Antwort angeben)
DII/61-2/6157/BP-Klimapark Steinhöfel OT Heinersdorf

Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf“ und 1.Änderung des Flächennutzungsplanes des Ortsteiles Heinersdorf

Hier: Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Absatz 2 BauGB

Sehr geehrter Herr Meißner,

mit Schreiben vom 03.01.2022 wurde der Stadt Frankfurt (Oder) Gelegenheit zur Äußerung an den o.g. Verfahren gegeben.

Seitens der Stadt Frankfurt (Oder) bestehen keine Einwände gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf“ und der 1.Änderung des Flächennutzungsplanes des Ortsteiles Heinersdorf. Planungen und Vorhaben der Stadt Frankfurt (Oder) werden nicht berührt.

Für die weitere Planung wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Pilchowski

Stadt Frankfurt (Oder) Der Oberbürgermeister

Für den Schriftwechsel verwenden Sie bitte grundsätzlich die nachstehende Postfachadresse:

Postfach 13 63 | 15203 Frankfurt (Oder)
Telefon: +49 (0)335 552-0
Fax: +49 (0)335 552-1099
E-Mail: stadt@frankfurt-oder.de
Internet: www.frankfurt-oder.de

Unsere allgemeinen Sprechzeiten:

Dienstag:
09:00 – 12:00 Uhr | 13:00 – 18:00 Uhr
Donnerstag:
09:00 – 12:00 Uhr | 13:00 – 16:00 Uhr,
sowie nach Vereinbarung

Bankverbindung:

Sparkasse Oder-Spree
IBAN: DE42 1705 5050 1700 1004 98
BIC: WELADED1LOS
Gläubiger-ID: DE30ZZZ00000171216

Wichtiger Hinweis:

Die genannten E-Mail-Adressen dienen nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung. Formgebundene Erklärungen, insbesondere Einhaltung der Schriftform können daher nicht wirksam an die genannten E-Mail-Adressen übermittelt werden.





Wasser- und Landschaftspflegeverband „Untere Spree“
Waldweg 9, 15518 Steinhöfel/ OT Hasenfelde

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
31320 – wib/len

Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
Wei

Name, Telefon

Datum
28. Januar 2022

- **Bebauungsplan „Klimapark Steinhöfel, OT Heinersdorf“**
- **1. Änderung Flächennutzungsplan**

Sehr geehrter Herr Meißner,

mit Schreiben vom 3. Januar 2022 baten Sie mich um eine Stellungnahme gemäß § 4 Abs 1 BauGB. Ich möchte hiermit darauf hinweisen, dass es die Aufgabe der unteren Naturschutzbehörde ist, den Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung mitzuteilen.

Die Ausführungen des Verbandes beschränken sich auf eine Stellungnahme in Bezug auf die Unterhaltung von Anlagen und Gewässern der II. Ordnung, für die der Verband unterhaltungspflichtig ist.

Gleichzeitig werden Vorschläge unterbreitet für die Planung und Durchführung erforderlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Hier bietet der Wasser- und Landschaftspflegeverband „Untere Spree“ an, diesbezügliche Maßnahmen für den Investor vorzubereiten und umzusetzen.

Zur Erläuterung der einzelnen Planteile habe ich Ihnen einen Lageplan zur ersten Orientierung beigelegt.

Planteil 1:

Hier wird eine größere Entwässerungsleitung überplant, welche teilweise in einer Tiefe von ca. 4 m verläuft. Südöstlich und nordwestlich befinden sich Gewässer der II. Ordnung. Gemäß Ihrer Aussage halten sie einen Abstand von mindestens 10 m zu den Gewässern ein, sodass die Unterhaltungsarbeiten am Gewässer jederzeit erfolgen können.

Unabhängig davon, wer für die Unterhaltung und ggf. Instandsetzung der vorgenannten Entwässerungsleitung zuständig ist, halte ich einen unbebauten Streifen von ca. 30 m über der Leitung erforderlich, um spätere Reparaturarbeiten an der Leitung realisieren zu können.

Planteil 2:

Gemäß den im Verband vorliegenden Katasterunterlagen verläuft in diesem Bereich ein Dränagesystem. Für dieses ist nicht der Verband, sondern der Grundstückseigentümer zuständig. Hier empfehle ich dringend eine Rücksprache mit dem Eigentümer.

Planteil 3:

In diesem Gebiet befinden sich keine Anlagen oder Gewässer in der Unterhaltungspflicht des Verbandes.

Vorschläge für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen:

- Pflanzung von gewässerbegleitenden Gehölzen/Strauchstreifen auf der 10 m breiten Abstandsfläche zu den Gewässern der II. Ordnung im Plangebiet 1
- Sanierung des sog. Ölpfuhls im OT Heinersdorf/Behlendorf.
- Die Sanierung von Stillgewässern nebst wasserrückhaltenden Maßnahmen an Fließgewässern im weitesten Sinne.

Für Rückfragen und eine enge Zusammenarbeit stehe ich Ihnen sehr gern zur Verfügung. Erforderlich ist eine noch konkretere Betrachtung und Abstimmung in Bezug auf jeden einzelnen Planteil auch in Bezug auf die jeweilige Erreichbarkeit. Zu klären ist z.B. konkret, wie Sie die Erreichbarkeit der Gewässer für den Verband absichern wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Thorsten Weidner
Geschäftsführer



Zweckverband

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland

- Der Verbandsvorsteher -



Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland
Uferstraße 5 15517 Fürstenwalde

BAUKONZEPT
Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



Ihnen schreibt: Detlef Waldner
Prozessingenieur
Abteilung: Technik

Telefon: 03361 59659-49
info@fuewasser.de

20. Januar 2022

1. Änderung des Flächennutzungsplans des Ortsteils Heinersdorf - Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Ihr Schreiben vom 03.01.2022, Ihr Zeichen 31320 – wib/len

Sehr geehrter Herr Meißner,

wir teilen Ihnen mit, dass gegen die 1. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) des Ortsteils Heinersdorf in der Gemeinde Steinhöfel, bei Beachtung der folgenden Hinweise und Forderungen, unsererseits keine grundsätzlichen Einwände bestehen.

Der Zweckverband betreibt im Gebiet der Gemeinde Heinersdorf öffentliche Trinkwasserversorgungsanlagen und öffentliche Schmutzwasserentsorgungsanlagen. Zu möglichen Konflikt- oder Berührungspunkten zwischen den Änderungsbereichen 1 bis 3 des FNP und den bereits vorhanden sowie geplanten Anlagen zur Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Trinkwasserversorgung / Schmutzwasserentsorgung

Innerhalb der Änderungsbereiche 1 bis 3 des FNP des Ortsteils Heinersdorf befinden sich keinen Anlagen des Zweckverbandes zur Trinkwasserversorgung oder Schmutzwasserentsorgung.

2. Niederschlagswasserentsorgung

Als abwasserbeseitigungspflichtige Körperschaft gemäß § 66 Abs. 1 BbgWG hat der Zweckverband Fürstenwalde und Umland im ABK 2020 für sein Verbandsgebiet festgelegt, wo öffentliche Anlagen zur Niederschlagswasserbeseitigung errichtet werden und wo die örtlichen Verhältnisse eine Versickerung am Ort des Anfalls gemäß den Vorgaben des § 55 Abs. 2 WHG in Verbindung mit § 54 Abs. 4 BbgWG es zulassen. Für das FNP-Gebiet des Ortsteils Heinersdorf lassen die örtlichen Verhältnisse eine schadlose Unterbringung des auf den Grundstücken anfallende Niederschlagswasser entsprechend der gesetzlichen Vorgaben zu, öffentliche Anlagen zur Niederschlagswasserbeseitigung werden durch die abwasserbeseitigungspflichtige Körperschaft daher nicht errichtet. Das auf den Grundstücken im FNP-Gebiet anfallende Niederschlagswasser ist vom Grundstückseigentümer unter Beachtung der vorstehend genannten gesetzlichen Grundlagen schadlos auf dem Grundstück unterzubringen. Dies gilt insoweit auch für das auf den Verkehrsflächen des Plangebietes anfallende Niederschlagswasser. Neben der vornehmlich flächigen Versickerung am Ort des Anfalls kommt auch eine Wiederverwendung des Niederschlagswassers für Bewässerungszwecke in

Betracht. Das ABK 2020 kann auf der Homepage des Zweckverbandes www.fuewasser.de eingesehen werden.

3. Planungsabsichten des Zweckverbandes

Im und um die Änderungsbereiche 1 bis 3 des FNP sind mittelfristig keine Investitionen im Wirtschafts- und Investitionsplan des Zweckverbandes eingestellt.

Die Belange des Zweckverbandes werden durch die 1. Änderung des FNP des Ortsteils Heinersdorf in der Gemeinde Steinhöfel nicht berührt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Marlies Gorsdorf
Techn. Geschäftsführerin

PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG • Luisenstraße 113 • 47799 Krefeld

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

Antrags-Nr. 363932

Es betreut Sie Leitungsauskunft
Luisenstr. 113
47799 Krefeld
Fon: 02151 – 85 21 16
Fax: 02151 – 85 23 10

Datum 20.01.2022

PRIMAGAS Leitungsauskunft

Projektbezeichnung: Bebauungsplan der Gemeinde Steinhöfel "Klimapark Steinhöfel", OT Heinersdorf & Änderung des FNP der Gemeinde Steinhöfel als Rec"

Lokation: Steinhöfel,

Sehr geehrte Frau Lenke,

hiermit teilen wir Ihnen mit, dass durch das oben genannte Vorhaben keine Flüssiggas-Versorgungsleitungen im öffentlichen Bereich der PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG berührt werden.

Sollte sich ein Flüssiggasbehälter auf dem angefragten Grundstück befinden, so wenden Sie sich bitte an den Eigentümer des angefragten Grundstückes.

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und bedarf deshalb keiner Unterschrift.

Freundliche Grüße

PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG
Leitungsauskunft

saferay operations GmbH · Rosenthaler Str. 34/35 10178 Berlin ·
Germany

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

20.01.2022

Portalnummer: 363932

Projektbezeichnung: Bebauungsplan der Gemeinde Steinhöfel "Klimapark Steinhöfel", OT Heinersdorf & Änderung des FNP der Gemeinde Steinhöfel als Rec"

Lokation: Steinhöfel,

Sehr geehrte Damen und Herren,

die infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH wird von der saferay Gruppe beauftragt, Auskunftersuchen zu bearbeiten und handelt namens und in Vollmacht der saferay Gruppe.

In dem o. g. Bereich liegen zurzeit keine Leitungen der saferay Gruppe.

Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu empfehlen wir Ihnen gesonderte Auskünfte unter Nutzung von www.infrest.de einzuholen.

Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der saferay Gruppe vorzulegen.

Für technische Rückfragen steht Ihnen Herr Böhm von der saferay operations GmbH gerne unter der Telefonnummer +49 (0)173 3233714 zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

saferay operations GmbH

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und trägt daher keine Unterschrift.